



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Ausbeutung von Migrant*innen in der Care-Ökonomie
zwischen Zentrum und Peripherie.

Eine Analyse über die Ausbeutung rumänischer Migrant*innen in der
österreichischen 24-Stunden-Betreuung.“

verfasst von / submitted by

Bettina Busch, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2021 / Vienna, 2021

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von / Supervisor:

Mag. Dr. Rudolf Weissenbacher

Abstract

In dieser Masterarbeit wird die Ausbeutung rumänischer 24-Stunden-Betreuer*innen in Österreich im Kontext des Europäischen Dependenzparadigmas betrachtet. Aus theoretischer Sicht werden zur Erläuterung des Phänomens sowohl dependenztheoretische Konzepte (Zentrum-Peripherie-Schema, Güterketten-Ansatz), als auch marxistische und feministische Ansätze herangezogen. Damit wird verdeutlicht, inwiefern Care-Beziehungen innerhalb der 24-Stunden-Betreuung das Zentrum-Peripherie-Schema in Europa widerspiegeln und inwiefern Arbeitskraft die Ware einer Güterkette – konkret der Care Chain – im Sinne der Weltsystemtheorie ist. Die empirische Erforschung des Themas bezieht sich des Weiteren auf die Ausbeutungs- und Abhängigkeitsbeziehung zwischen Österreich und rumänischen 24-Stunden-Betreuer*innen, sowie auf aktuelle Entwicklungen in diesem Bereich aufgrund der Corona-Krise.

In this thesis, the exploitation of Romanian 24-hour-care-workers in Austria is examined in the context of the European Dependency School. The theoretical concepts that are used to explain the phenomenon are concepts from the European Dependency School (centre-periphery-schema, commodity-chain-approach), as well as marxist and feminist approaches. Thereby, it is examined if and how care-relations within the 24-hour-care-work reflect the centre-periphery-scheme in Europe and whether labor power can be seen as a commodity in a supply chain – the care chain – in the framework of world-systems-theory. The empirical part examines the relations of exploitation and dependency between Austria and Romanian 24-hour-care-workers and looks into current developments in this field because of the coronavirus-crisis.

Danksagung

An erster Stelle gilt mein Dank Herrn Mag. Dr. Rudolf Weissenbacher für die Betreuung der vorliegenden Arbeit. Seine Expertise half mir, diese Arbeit möglich zu machen.

Esthera, die mich durch das Studium als Kollegin begleitet hat, danke ich für die Motivation während des Studiums und während des Verfassens dieser Arbeit, sowie für die Freundschaft, die dadurch entstanden ist.

Weiters gilt mein Dank meinen Korrekturleser*innen – allen voran Magdalena und Pia – für die Korrekturen und Anregungen.

Meinem Partner David danke ich für die Unterstützung in allen Lebenslagen.

Letztendlich danke ich meinen Freund*innen und meiner Familie, die stets für mich da sind und mir Kraft geben; besonders meiner Mutter, die mir immer Rückhalt gibt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Fragestellung	4
2	Methode.....	4
2.1	Dokumentenanalyse und Themenanalyse.....	5
2.2	Umsetzung.....	6
3	Theorie	9
3.1	Europäisches Dependenzparadigma	10
3.1.1	Österreich und Rumänien als Beispiele für Zentrum und Peripherie der EU	15
3.1.2	Güterketten-Ansatz	32
3.2	Marxistische Ansätze und feministische Kritik und Erweiterungen	36
4	Die Care-Ökonomie	44
4.1	Die 24-Stunden-Betreuung: Forschungsstand und aktuelle Daten	47
4.2	Die 24-Stunden Betreuung als Ausdruck einer ausbeuterischen Dependenzbeziehung.....	55
4.2.1	Arbeitsmigration von der Peripherie ins Zentrum	66
4.2.2	Die Care Chain.....	74
4.3	Die Corona-Krise.....	79
4.3.1	Die Krise als Brennglas	81
4.3.2	Die Krise als Chance.....	87
5	Conclusio.....	90
6	Ausblick	95
7	Quellenverzeichnis	96

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: BNE-Indikator pro Kopf (Deutschland = 100).....	20
Tabelle 2: Politökonomische Aspekte aus den Bereichen Lebensbedingungen und Arbeitsmarkt (2019)	21
Tabelle 3: Politökonomische Aspekte aus dem Bereich Landwirtschaft (2018).....	23
Tabelle 4: Politökonomische Aspekte aus dem Bereich Tourismus (2019).....	23
Tabelle 5: Migration zwischen Österreich, Rumänien und Deutschland (2019).....	24
Tabelle 6: Fläche und Bevölkerung (2020).....	26
Tabelle 7: Bruttowertschöpfungsindikator der Fertigungsindustrie (Deutschland =100)	28
Tabelle 8: Grad an Industrialisierung und Grad an Industrieproduktion.....	29
Tabelle 9: Grad an Industrialisierung, TNC pro Kopf (Deutschland = 100), FDI pro Kopf (Deutschland = 100)	30
Tabelle 10: Selbstständige Personenbetreuer*innen nach Herkunft (per 31.12.2020).....	53
Tabelle 11: 24-Stunden-Betreuungskräfte nach Alter (per 31.12.2015)	54
Tabelle 12: Rücküberweisungen und Kategorisierung nach dem Europäischen Dependenzparadigma (Spalte Indikator: Kroatien = 100)	71
Tabelle 13: BIP-Veränderung und Arbeitslosenquote seit Beginn der Corona-Krise.....	82
Tabelle 14: Lebensqualität, Arbeit und finanzielle Situation seit Beginn der Corona-Krise	83

1 Einleitung

„Die 24-Stunden-Pflege fußt auf dem Wohlstandsgefälle zwischen Österreich und den östlichen Nachbarn. Sie habe eine „gewisse ökonomische Logik“, sagt die Wirtschaftswissenschaftlerin Ulrike Famira-Mühlberger vom Wifo. Alle Seiten profitieren: Die Betreuerinnen verdienen für ihre Verhältnisse ein Facharbeitergehalt, die Betreuten können zu Hause altern, die Angehörigen können ruhigen Gewissens schlafen. Die öffentliche Hand spart sich Geld, das sie nicht in teure stationäre Pflegeplätze in Heimen stecken muss. Und dann sind da noch die Agenturen, die Scharniere zwischen Betreuungsangebot und Nachfrage. Im guten Fall sind sie Wegweiser durch Sprachbarriere und Rechtsvorschriften. Im schlechten Fall zocken sie ab: bei den Betreuerinnen und den Betreuten.“

(Fischer und Konzett 2020: 13)

Das österreichische Modell der 24-Stunden-Betreuung lässt auf den ersten Blick tatsächlich nur Vorteile für alle Beteiligten erkennen. Beim genaueren Betrachten dieses Modells stellt sich jedoch heraus, dass dieses ein prekäres Beschäftigungsverhältnis darstellt. Vorwiegend wird diese Arbeit von osteuropäischen Frauen ausgeführt, fast die Hälfte davon stammt aus Rumänien. Dass sie nicht nur Vorteile für die Betreuer*innen bietet, verdeutlichen aktuelle Berichte über diesen „systemrelevanten“ Beruf: „In der Branche herrscht Frustration, Erschöpfung und Wut. „Das System macht dich zum Sklaven“, sagt eine Rumänin, die seit zwei Jahren in Österreich eine bettlägerige Frau versorgt. Sie arbeitet 16 Stunden am Tag, hat keine Ruhepausen, schläft selten durch, weil die Patientin in der Nacht schreit oder nach Palatschinken verlangt“ (Fischer und Konzett 2020: 13).

Ausgehend vom Europäischen Dependenzparadigma können europäische Länder, bzw. die EU, in ein Zentrum-Semiperipherie-Peripherie-Schema eingeteilt werden. Innerhalb dieser Theorie zählt Österreich zum Zentrum, während Rumänien zur Peripherie zählt. Die vorliegende Arbeit zielt darauf ab, die europäische Care-Ökonomie – speziell das österreichische Modell der 24-Stunden-Betreuung – innerhalb des Zentrum-Peripherie-Schemas zu analysieren. Grund für die Annahme, dass sich diese Verhältnisse in einem Zentrum-Peripherie-Schema fassen lassen, liefern aktuelle Entwicklungen, die durch die

Corona-Krise nicht nur verdeutlicht, sondern auch verschärft wurden, weil sich damit neue Problematiken, beispielsweise aufgrund von Lockdowns und Reisewarnungen ergeben. Somit wurden durch die Krise Machtstrukturen deutlich, als beispielsweise von Österreich Reisebeschränkungen für viele Länder, unter anderem Rumänien, ausgesprochen wurden, gleichzeitig jedoch dringend benötigtes Pflege- und Betreuungspersonal aus eben jenen Ländern nach Österreich geholt wurde, um dem „systemrelevanten“ Beruf weiter nachkommen zu können. In einem Bericht im Mosaik-Block vom April 2020 wurden jene migrantischen Arbeitskräfte mit Waren verglichen:

„Während für den Großteil der Gesellschaft strenge Schutzmaßnahmen gelten, verfügen Staaten über migrantische Arbeiter*innen wie über Waren. Auf Initiative der Wirtschaftskammer und des Landes Niederösterreich wurden Anfang letzter Woche 281 Betreuer*innen aus Rumänien und Bulgarien eingeflogen. Das Land übernahm die Flugkosten, die Wirtschaftskammer die Kosten für die erforderliche Hotelunterbringung für die 14-tägige Quarantäne. Sie ließen sich dafür medial abfeiern.“

(Matei 2020)

In der vorliegenden Arbeit wird erstens dargestellt, inwiefern sich die Care-Ökonomie in Europa in einem Zentrum-Peripherie-Schema fassen lässt, da das Europäische Dependenzparadigma den theoretischen Rahmen der Forschung darstellt. Um die Beziehungen konzeptuell fassen zu können, wird die Care Chain herangezogen, die auf dem Güterketten-Ansatz aufbaut. Dieser stammt aus der Tradition der Weltsystemtheorie, die mit dem Dependenzparadigma zusammenhängt (vgl. Schmidt 2016: 139f).

Hinsichtlich dieser Thematik werden Analysen bezüglich Werttransfer von der Peripherie ins Zentrum vorgenommen. Dieser Transfer erfolgt unter anderem durch die Arbeitsmigration von osteuropäischen Pflege- und Betreuungskräften nach Österreich. Wie von Matei beschrieben, werden diese – ähnlich wie Waren – nach Österreich exportiert. Es handelt sich daher um einen Export von Arbeitskraft von der Peripherie ins Zentrum.

Damit zusammenhängend werden Ausbeutungs- und Abhängigkeitsbeziehungen, die zwischen Österreich und den rumänischen Betreuer*innen bestehen, und die im engen Zusammenhang mit Fragen nach der Handlungsmacht der jeweiligen Akteur*innen stehen, analysiert. Es wird sich zeigen, dass sowohl Ausbeutung, als auch Abhängigkeiten eine große Rolle in den Verhältnissen der 24-Stunden-Betreuung spielen, die auf einer internationalen

Arbeitsteilung nach Geschlecht, Ethnizität und Klasse beruhen. Zudem sind es Konzepte, die sich dependenztheoretisch fassen lassen und den Kern der Arbeit ausmachen.

Zweitens wird aus aktuellem Anlass auf die Auswirkungen der Corona-Krise innerhalb der 24-Stunden-Betreuung eingegangen, da die Sichtbarkeit von Pflege- und Betreuungskräften aus osteuropäischen Ländern und deren „Systemrelevanz“ aufgrund der Corona-Krise die Bedeutung der Thematik aufzeigt. Dass dieser Beruf ein prekäres Feld darstellt, ist, wie sich zeigen wird, bereits weitgehend erforscht. Dass sich ein hoher Bedarf an Beschäftigten in der Pflege und Betreuung in Österreich aufgrund von erhöhtem Anteil und erhöhter Lebenserwartung betagter Menschen sowie aufgrund der verminderten Verfügbarkeit unbezahlter Pflegender durch die erhöhte Erwerbstätigkeit von Frauen bereits vor der Corona-Krise abzeichnen ließ (vgl. Kügler und Sardadvar 2015: 4ff), verdeutlicht die Relevanz, die das Thema auch unabhängig von der Krise hat. Trotzdem trägt die Krise dazu bei, dass Pflege und Betreuung in den Fokus der Aufmerksamkeit der Gesellschaft rückte. Aufgrund der Krise und der damit einhergehenden Sichtbarkeit der „Systemrelevanz“ dieser Arbeit und der Abhängigkeit Österreichs von osteuropäischen Pflege- und Betreuungskräften, nimmt dieses Thema derzeit einen wichtigen Stellenwert in öffentlichen Debatten ein. Forderungen nach Alternativen und Verbesserung der Situation für die Beschäftigten in der Pflege und Betreuung werden damit einhergehend immer lauter. Gesellschaftlich stellt dieses Feld daher sowohl auf ökonomischer als auch auf politischer Ebene ein wichtiges Thema dar, das internationale Beziehungen fokussiert.

Der wissenschaftliche Beitrag, den diese Arbeit erbringen soll, rückt die Care-Ökonomie in einen neuen Rahmen. So wird diese einerseits auf europäischer Ebene analysiert, als auch in einen theoretischen Rahmen eingebettet, zu dem es bis jetzt für dieses Forschungsfeld noch keine Verknüpfung gab, da Gender-Debatten hinsichtlich der Care-Ökonomie im Vordergrund stehen. Natürlich spielt auch in dieser Arbeit der Gender-Aspekt weiterhin eine wichtige Rolle. Trotzdem soll die Arbeit dazu beitragen, eine neue Perspektive auf dieses Thema zu werfen. Gleichzeitig wird mit der Arbeit auf die aktuelle Krisensituation eingegangen, wobei jedoch angemerkt werden muss, dass die Auswirkungen noch nicht vollständig erfasst werden können, da die Corona-Krise noch nicht vorbei ist. Die Arbeit ist somit als vorläufige Analyse darüber zu sehen, inwiefern die Krise zur Aufrechterhaltung oder zur Veränderung der Verhältnisse in der 24-Stunden-Betreuung beiträgt und welche

Probleme und Chancen die aktuelle Situation für die 24-Stunden-Betreuer*innen mit sich bringt.

1.1 Fragestellung

Die Forschungsfragen, die sich aus der dargelegten Thematik ergeben und die im Laufe der Arbeit beantwortet werden, sind:

- Inwiefern spiegeln Care-Beziehungen innerhalb der 24-Stunden-Betreuung das Zentrum-Peripherie-Schema in Europa wider?
- Inwiefern stellt die transnationale Pflege- und Betreuungsarbeit in Europa eine Güterkette im Sinne der Weltsystemtheorie dar (in der Arbeit eine Ware der Güterkette ist)?

Als untergeordnete Forschungsfrage ergibt sich außerdem:

- Welche Auswirkungen hat die Corona-Krise auf die Zentrum-Peripherie-Beziehung hinsichtlich der 24-Stunden-Betreuung?

Die Hypothesen, die zudem im Zuge der Forschungsarbeit überprüft werden, sind:

- In Europa zeichnet sich innerhalb der Care-Ökonomie ein Muster ab, das dem Zentrum-Peripherie-Schema des Europäischen Dependenzparadigmas entspricht.
- Transnationale Pflegearbeit in Europa kann in einem Konzept gefasst werden, das sich am Güterketten-Ansatz der Weltsystemtheorie orientiert.

2 Methode

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um eine theoriegeleitete historische und empirische Entwicklungsforschung. Das bedeutet, dass sich die Arbeit sehr stark auf den theoretischen Rahmen – das Europäische Dependenzparadigma – bezieht, sich aber ebenfalls auf empirische Daten stützt.

Für die Beantwortung der Forschungsfragen ist vorerst die intensive Auseinandersetzung mit Literatur erforderlich, um eine Analyse der relevanten theoretischen Konzepte durchführen zu

können. Danach werden die theoretischen Konzepte mithilfe empirischer Daten erklärt und überprüft und die Theorie mit der Empirie verknüpft.

Sowohl für die Auswahl der Literatur als auch der empirischen Daten wird die Dokumentanalyse angewandt. Im Zuge der Forschung dienen daher als Sampling Dokumente wie Statistiken, Studien, Berichte und Analysen über die europäische Care-Ökonomie, vor allem über die 24-Stunden-Betreuung allgemein, sowie im Zusammenhang mit der Corona-Krise als Datenmaterial. Besonderer Fokus liegt dabei auf Österreich, als Zentrums-Land, und Rumänien, als Land der Peripherie der EU, aus denen Pflege- und Betreuungspersonal nach Österreich pendelt, um dort zu arbeiten, sowie die Beziehungen der beiden Länder.

Für die inhaltliche Analyse wird die Themenanalyse angewandt. Im Folgenden werden zuerst die angewandten Methoden erläutert, um dann die konkrete Umsetzung darzustellen.

2.1 Dokumentenanalyse und Themenanalyse

In der Dokumentenanalyse werden Dokumente als „Spuren“ sozialer Settings aufgefasst. Als „Dokument“ können viele unterschiedliche Quellen bezeichnet werden, wie beispielsweise offizielle Staatsdokumente, Datenbanken, Briefe, digitale Inhalte (wie Social-Media, Webseiten oder E-Mail-Inhalte), Zeitungsartikel, Werbeanzeigen und vieles mehr. Die Dokumentenanalyse stellt eine Möglichkeit dar, soziale und organisatorische Settings analytisch zu erfassen. Sie wird in sozialwissenschaftlichen Forschungen angewandt, wobei nicht nur der Inhalt an sich von großer Bedeutung ist, sondern auch der Entstehungskontext des jeweiligen Dokuments (vgl. Coffey 2013: 367f).

Für die vorliegende Arbeit werden sowohl literarische Werke, als auch offizielle Statistiken und Studien, aber auch Berichte als Dokumente herangezogen. Es handelt sich daher um eine Arbeit mit Sekundärdaten, da keine eigenen Erhebungen stattfinden, sondern selbst bei quantitativen Daten auf bereits bestehende Erhebungen, beziehungsweise Statistiken, zurückgegriffen wird. Bei der Arbeit mit Sekundärdaten ist es eine Herausforderung, tatsächlich jene Daten zu finden, die für die Forschungsarbeit notwendig und relevant sind, weil nur auf Daten Bezug genommen werden kann, die bereits erhoben wurden.

Der Entstehungskontext der Dokumente wird bei der Auswahl dieser bereits beachtet, da die Quellen mit großer Sorgfalt ausgewählt wurden, um den Anspruch wissenschaftlicher Arbeiten zu entsprechen. Trotz der Nutzung wissenschaftlicher Quellen und offizieller Statistiken ist grundsätzlich nur eine Annäherung an die ‚tatsächliche‘ soziale Realität möglich, da es auch hier zu Verzerrungen kommen kann (beispielsweise im Bereich von

Arbeitsmarktdaten, da es bei der 24-Stunden-Betreuung auch informelle Arbeit gibt, die statistisch schwer, beziehungsweise nur annähernd erfasst werden kann). Aufgrund der sorgfältigen und reflexiven Auswahl des Datenmaterials, liegt der Fokus der methodischen Vorgehensweise weiters auf den Informationen, die die Dokumente enthalten.

Als analytische Strategie wird daher die Themenanalyse herangezogen. Diese Art der Analyse ist ein Prozess für die Auswertung von Themen: „Thematic analysis refers to the process of identifying themes in the data which capture meaning that is relevant to the research question, and perhaps also to making links between such themes” (Willig 2013: 147). Somit werden mithilfe der Themenanalyse relevante Themen aus dem Datenmaterial gefiltert und geordnet. Durch Anwendung der Themenanalyse ist es bereits während der Datenerhebung gelungen, das gesammelte Datenmaterial zu ordnen. Die genaue Vorgehensweise wird im Folgenden beschrieben.

2.2 Umsetzung

Die konkrete Anwendung der Dokumenten- und Themenanalyse erfolgte grundsätzlich nach drei Schritten: Datenerhebung, Auswertung und Verschriftlichung. Diese drei Schritte bildeten jedoch während des gesamten Prozesses keine abgeschlossenen Tätigkeiten, sondern griffen teilweise ineinander über und wurden bei Bedarf auch überarbeitet und ergänzt.

Bei der Datenerhebung wurde, wie bereits erwähnt, der Entstehungskontext des jeweiligen Datenmaterials bereits beachtet, um wissenschaftlich relevante, aber auch wissenschaftlich qualitative Quellen zu beziehen. Herausfordernd war bei diesem Schritt den Fokus auf die Forschungsfrage beizubehalten (auf Grund der Fülle an Material und Möglichkeiten) und gleichzeitig offen an das Material heranzugehen (um nicht auf ein ‚erwünschtes‘ Ergebnis hinzuarbeiten oder wichtige Informationen zu übergehen).

Beim Schritt der Auswertung wurde die Themenanalyse angewandt. Das geschah mittels Zuordnung des Datenmaterials zu Themenblöcken. Diese Themenblöcke waren teilweise bereits vorgegeben, da aufgrund von Vorabrecherchen und des Exposés eine grobe Struktur für den Aufbau der Arbeit festgelegt wurde. Teilweise wurden diese Themenblöcke während der Auswertung jedoch angepasst, ergänzt, vertieft, verändert oder verworfen. Selbst während des Schreibprozesses stellte sich heraus, dass diese Kategorien noch nicht endgültig waren, wodurch manchmal eine Änderung der Reihenfolge der Themen vorgenommen wurde, um einen nachvollziehbaren Aufbau darzulegen. Eine endgültige oder eindeutige Logik ist jedoch nicht zu gewährleisten, da die einzelnen Themen ineinandergreifen, sich teilweise

überschneiden und ergänzen. Daher kam es vor, dass unterschiedliche Daten aus der gleichen Quelle unterschiedlichen Themenblöcken zugeordnet wurden, wenn diese Aufteilung sinnvoller erschien. Die größte Herausforderung in diesem Abschnitt waren daher die Entscheidungen, die zu einem möglichst nachvollziehbaren Aufbau der Arbeit führten, die auch den Zusammenhang der Theorie und des Datenmaterials verdeutlichten.

Die Verschriftlichung stellt einen kreativen Prozess dar. Bei diesem geht es nicht um die bloße Darstellung von Ergebnissen, sondern um das Zusammenführen von Theorie und Datenmaterial. Bei diesem Schritt ging es daher um die Kombination theoretischer Konzepte mit den Phänomenen, die sich aus dem Material ergeben, sowie um die Beantwortung der Forschungsfragen.

Durch diese Vorgehensweise ergab sich folgender Aufbau:

Begonnen wurde mit der intensiven Auseinandersetzung mit Literatur zum Europäischen Dependenzparadigma, um den theoretischen Rahmen zu erfassen (Kapitel 3.1). Dies geschah zum Teil bereits im Vorfeld und wurde für die Arbeit insofern verfeinert, als dass der Kern der Theorie, als auch die für die Forschungsarbeit relevanten Aspekte, herausgearbeitet und verschriftlicht wurden. Zusammenhängend mit der Theorie wurde auch die historische und theoretische (politökonomische) Einordnung Österreichs und Rumänien vorgenommen (Kapitel 3.1.1). Diese Einordnung erfolgte vor allem auf Basis empirischer Daten, die jedoch aufgrund der Theorie ausgewählt wurden. Die empirischen Daten sind vor allem statistische Sekundärdaten und bilden somit einen quantitativen Teil der Arbeit. Durch die Kombination dieser Daten mit den theoretischen Grundlagen wurde die Verortung der beiden Beispielländer im Zentrum-Peripherie-Modell möglich. Zudem soll mithilfe dieser Daten ein besseres Verständnis der Länder erlangt werden, um die funktionale Eingliederung, aber auch die Abhängigkeitsverhältnisse – im weiteren Verlauf speziell in der Care-Ökonomie – darzustellen. Des Weiteren wurde das Konzept der Güterkette erläutert und die wichtigsten Aspekte herausgearbeitet, die im Zusammenhang mit Forschungen betreffend Güterketten beachtet werden müssen (Kapitel 3.1.2).

Zur Beantwortung der Forschungsfragen und Überprüfung der Hypothesen erfolgte danach die intensive Auseinandersetzung mit wissenschaftlicher kritischer, feministischer und dependenztheoretischer Literatur bezüglich Care-Arbeit, sowie mit Studien, Berichten und Statistiken über die 24-Stunden-Betreuung. Der Fokus lag dabei auf den beiden Ländern Österreich und Rumänien. Auf Basis dieser Literatur gemeinsam mit den ermittelten

statistischen Daten wurde versucht, sich der Beantwortung der Forschungsfrage zu nähern. Methodisch wurde dabei, wie bereits erwähnt, mit der Themenanalyse vorgegangen.

Nach grober Ordnung des Datenmaterials wurden zunächst feministische Ansätze thematisiert, die gemeinsam mit marxistischen Ansätzen noch einen Teil der Theorie bilden, da darin weitere für die Forschungsarbeit relevante Konzepte geklärt wurden (Kapitel 3.2).

Danach wurden der aktuelle Forschungsstand, bekannte Problematiken bezüglich der 24-Stunden-Betreuung sowie aktuelle Statistiken dazu, dargelegt (Kapitel 4.1). Die größte Herausforderung in diesem Punkt war die übersichtliche Darstellung des Forschungsstandes, ohne zu sehr auszuholen oder Lücken zu lassen, da es zu der Thematik der 24-Stunden-Betreuung bereits eine Fülle an Forschungen gibt, die jedoch hinsichtlich Forschungsfragen und Schwerpunkt stark variieren.

Im weiteren Verlauf wurden jene Themen herausgefiltert, die sich ebenfalls stark an der 24-Stunden-Betreuung orientieren, aber bereits mit dem Europäischen Dependenzparadigma in Einklang gebracht werden konnten. Dieser Abschnitt (Kapitel 4.2) soll die Charakteristik der 24-Stunden-Betreuung verdeutlichen und inwiefern diese einer ausbeuterischen Dependenzbeziehung zwischen Österreich und Rumänien entspricht.

Vertiefend zu diesem Abschnitt wurden zwei weitere Themen identifiziert, die sich auf unterschiedliche Aspekte der 24-Stunden-Betreuung beziehen, aber den Zusammenhang mit dependenztheoretischen Aspekten noch besser zum Vorschein bringen. Die Themenblöcke behandeln erstens die Arbeitsmigration von der Peripherie ins Zentrum (Kapitel 4.2.1), deren Bedeutung für die 24-Stunden-Betreuung offensichtlich ist und die auch im Europäischen Dependenzparadigma eine bedeutende Rolle spielt. Zweitens wird das Konzept der Care Chain behandelt (Kapitel 4.2.2), das auf dem in der Theorie bereits erwähnten Güterketten-Ansatz aufbaut.

Als Datenmaterial zum Thema Corona-Krise (Kapitel 4.3) wurden Berichte und Analysen bis März 2021 (Veröffentlichung) herangezogen, was ungefähr das erste Pandemie-Jahr in Europa abdeckt. Aktuellere Beiträge konnten nicht mehr berücksichtigt werden, da die Arbeit sonst noch nicht abgeschlossen werden könnte, weil noch laufend darüber berichtet wird und Fachartikel erscheinen. Sofern für diesen Abschnitt nicht-wissenschaftliche Medienberichte herangezogen wurden, wurde die Glaubwürdigkeit der Quelle ebenfalls mittels Recherchen überprüft, um keine Falschmeldungen zu reproduzieren. Mit diesem Abschnitt wurden vor allem die Aktualität des Themas und die Deutlichkeit von Abhängigkeiten zwischen Österreich und Rumänien, sowie die Verschärfung von Ungleichheit durch Krisen (Kapitel

4.3.1) hervorgehoben. Es wurde aber auch darauf eingegangen, welche Chancen die Corona-Krise bietet (Kapitel 4.3.2).

3 Theorie

Im folgenden Abschnitt wird der theoretische Rahmen dargelegt, innerhalb dessen die Forschungsfrage bearbeitet wird. Den theoretischen Rahmen der Arbeit bildet das Europäische Dependenzparadigma, dessen Kernthesen im Folgenden erläutert werden. Danach erfolgt die Einbettung der beiden Länder Österreich und Rumänien in das europäische Zentrum-Peripherie-Schema.

Das Europäische Dependenzparadigma eignet sich als theoretische Grundlage für die Analyse der europäischen Care-Ökonomie, da es einen Rahmen darstellt, in dem die transnationalen Arbeitsbeziehungen gut dargelegt werden können. Gleichzeitig lässt es sich mit wichtigen Konzepten, die dieses Thema betreffen, kombinieren (z. B.: Transnationalität, Gender, Migration, Abhängigkeit), da diese gut in den Zentrum-Peripherie-Kontext eingebettet werden können. Des Weiteren wird in diesem Abschnitt das Konzept der Güterkette (und der Care Chain) theoretisch erläutert, das im weiteren Verlauf für die Analyse betreffend europäischer Care-Ökonomie wichtig ist.

Das Zentrum-Peripherie-Schema, das im Europäischen Dependenzparadigma eine wichtige Rolle spielt, verdeutlicht die ungleiche sozialräumliche Entwicklung unterschiedlicher Länder. Die Hierarchie von Zentrum über Peripherie hat sich historisch herausgebildet und führte zu einer internationalen Arbeitsteilung, die auf Ausbeutung beruht. Wichtig ist die Anschauung, dass sich sowohl Zentrum und Peripherie innerhalb desselben kapitalistischen Systems herausbilden.

Außerdem werden weitere theoretische Konzepte erläutert, um ein Verständnis dafür zu schaffen, wie bestimmte Begriffe in der vorliegenden Arbeit definiert werden. Dafür wird auf marxistische Erklärungsansätze sowie auf feministische Kritik daran und feministische Erweiterungen zurückgegriffen. Die Aspekte, die dabei herangezogen werden, sind neben dependenztheoretischen Aspekten von Bedeutung für die Arbeit.

3.1 Europäisches Dependenzparadigma

Der theoretische Rahmen, der im Zuge der Forschungsarbeit für die Analyse herangezogen wird, ist das Europäische Dependenzparadigma. Der Vollständigkeit halber muss erwähnt werden, dass es nicht ‚das eine‘ Dependenzparadigma oder ‚die eine‘ Dependenztheorie gibt. Es lassen sich mehrere Forschungsansätze und Autor*innen unter dem Begriff „Dependenzparadigma“ (oder auch „Dependenzschule“) zusammenfassen. In der zentralen Theorie des Europäischen Dependenzparadigmas steht die Einteilung Europas, oder der EU, in ein Zentrum-Peripherie-Schema sowie Kapitalismuskritik. Auch die Notwendigkeit von Alternativen zum vorherrschenden kapitalistischen System spielt innerhalb dieses Paradigmas eine bedeutende Rolle.

Das Dependenzparadigma entstand ursprünglich in den 1960er-Jahren in Lateinamerika, um die Ursachen von „Unterentwicklung“ im lateinamerikanischen Raum zu analysieren. Der Begriff der „Abhängigkeit“, sowie das „Konzept des ungleichen Tauschs“ (Schmidt 2016: 137), das durch internationale Arbeitsteilung entsteht, spielen hierfür eine wichtige Rolle (vgl. Schmidt 2016: 137).

Das Lateinamerikanische Dependenzparadigma entstand zudem aus strukturalistischen und (neo-)marxistischen Einflüssen. Es entwickelte sich als kritische Antwort auf damals weit verbreitete Modernisierungstheorien (vgl. Weissenbacher 2019: 16; 22).

Ein Vertreter des Lateinamerikanischen Dependenzparadigmas ist Andre Gunder Frank. Seine Schriften über die „Entwicklung der Unterentwicklung“ machen die Kritik an Modernisierungstheorien deutlich. So beschreibt er unter anderem, dass diese „die Vergangenheit des unterentwickelten Teils der Welt überhaupt nicht und die Geschichte der Welt als Ganzes nur zum Teil“ (Frank 2016 [1966]: 170) erfassen. Weiters kritisiert er die darin enthaltene Vorstellung, „dass ökonomische Entwicklung eine Abfolge kapitalistischer Stadien darstellt“ (Frank 2016 [1966]: 171) und dass „unterentwickelte“ Länder der Vergangenheit der „entwickelten“ Länder entsprächen. Vielmehr sind „Entwicklung“ und „Unterentwicklung“ beide das Produkt des kapitalistischen Systems. Dieses kapitalistische System, das er als Metropole-Satellit-System beschreibt, ist gekennzeichnet durch eine monopolistische Struktur und durch ein Ausbeutungsverhältnis, da „jeder Satellit [...] instrumentalisiert wird, um Kapital oder ökonomisches Surplus aus seinen eigenen Satelliten abzusaugen und einen Teil dieses Surplus in die Weltmetropole zu lenken“ (Frank 2016 [1966]: 174).

Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse werden von Vertreter*innen des Dependenzparadigmas zumindest seit der Kolonialzeit erkannt, die bereits eine frühe Form von kapitalistischer Expansion darstellt. Es werden grundsätzlich drei historische Phasen der Abhängigkeit unterschieden: die koloniale Abhängigkeit, die finanziell-industrielle Abhängigkeit und die technologisch-industrielle Abhängigkeit. Bei der kolonialen Abhängigkeit verfügte die Kolonialmacht über Handels- und Finanzkapital, hatte das Handelsmonopol inne und dominierte die Kolonien. Die finanziell-industrielle Abhängigkeit begann Ende des 19. Jahrhunderts und zeichnete sich durch hegemoniale Zentren aus, die in die Produktion von Rohmaterial und landwirtschaftliche Produkte im Ausland für den Konsum im Zentrum investierten. Die technologisch-industrielle Abhängigkeit basiert auf „multinational corporations“, die begannen, in die industrielle Entwicklung der „unterentwickelten“ Länder zu investieren, was von Frank als „Neoimperialismus“ oder „Neodependenz“ bezeichnet wurde (vgl. Weissenbacher 2019: 25).

Durch ein Zusammenspiel von externen und internen Faktoren sowie der Industrialisierung bildete sich jenes kapitalistische System, das Nationalstaaten in dominierende (Zentrum) oder abhängige (Peripherie) Staaten einteilt, wobei „externe“ und „interne“ Faktoren nicht eindeutig voneinander getrennt werden können. Laut Osvaldo Sunkel sind „interne“ Strukturen das Ergebnis vorheriger historischer Prozesse von Interaktionen aus internen und externen Faktoren, während „externe“ Strukturen interne Manifestationen beinhalten. Vereinfacht ausgedrückt, formen interne und externe Faktoren zusammen das „komplexe Ganze“. Fernando Henrique Cardoso und Enzo Faletto beschreiben, dass die Expansion des Kapitalismus „special situations of dependency“ schafft. „The interplay between internal and external forces again led to particular social formations with particular classes and forms of states“ (Weissenbacher 2019: 25). Das verdeutlicht, dass nicht nur externe oder nur interne Strukturen zu Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnissen führen, sondern beide Faktoren zusammen die jeweiligen Situationen, beziehungsweise Konstellationen, hervorbringen (vgl. Weissenbacher 2019: 23ff; 63).

Weiters besteht nicht nur eine Polarisierung zwischen Zentrumstaaten und peripheren Staaten, sondern es kann auch Polarisierung innerhalb eines Landes entstehen. Das bedeutet, dass Regionen oder Gruppen desselben Nationalstaats wiederum in unterschiedliche Kategorien fallen können (vgl. Weissenbacher 2019: 28). Innerhalb der Peripherie (auf staatlicher oder

regionaler Ebene) kann somit auch ein Zentrum entstehen, während in Ländern des Zentrums wiederum periphere Regionen vorkommen können (vgl. Weissenbacher 2019: 73).

Als eine wichtige Komponente im Kapitalismus werden von Sunkel transnationale Konzerne (Transnational Companies, TNC) beschrieben:

„Osvaldo Sunkel [...] calls transnational capitalism neo-mercantilist because TNC belong to core countries and – even if they are not congruent to core states in their policy agenda – are seen as main actors of asymmetrical powers between core and periphery, influencing peripheral countries' politics and economics, and penetrating industries due their financial power. TNC are able to integrate and control economic sectors globally.”

(Weissenbacher 2019: 32)

Nicos Poulantzas, der zwar im engeren Sinne nicht zu dependenztheoretischen Autor*innen zählt, sich jedoch mit Abhängigkeitsbeziehungen in Europa auseinandersetzt, stellt mit Bezug auf TNC fest, dass diese die (neue) internationale Arbeitsteilung formen, die über Staatsgrenzen hinweg besteht. Das hat sowohl Auswirkungen auf die „imperialist chain“ selbst, als auch auf die einzelnen Länder und ihre Gesellschaften. Ungleiche Entwicklung, die im Kapitalismus schon immer eine Rolle spielte, bekommt dadurch sozusagen eine neue Triebfeder (vgl. Weissenbacher 2019: 61):

„Uneven development had always been integral for capitalism but now domination of countries (as power relations between countries) is being replaced: Core countries (metropoles) establish, in the imperialist stage, their immediate rule and their mode of production within the dominated and dependent social formations themselves. This reproduction of power relations chains the periphery to core (metropoles), each country in its own form.”

(Weissenbacher 2019: 61f).

Die Tatsache, dass der Sitz und somit die Kontrolle der TNC (und der Güterkette) im Zentrum liegt, führt dazu, dass sich die internationale Arbeitsteilung, auf „brain activities“ im Zentrum und „muscle-and-nerve activities“ in der Peripherie aufteilt (vgl. Weissenbacher 2019: 84).

Seit den 1970er-Jahren kommt das Dependenzparadigma auch in Europa zur Anwendung. Ähnlich wie im Lateinamerikanischen Dependenzparadigma werden im Europäischen Dependenzparadigma Abhängigkeitsbeziehungen analysiert, jedoch bezogen auf Europa (vgl. Weissenbacher 2019: 58). Dadurch können Staaten oder Regionen in die Kategorien Zentrum, Semiperipherie und Peripherie eingeteilt werden. Diese Einteilung kann aufgrund unterschiedlicher Indikatoren erfolgen, was später noch anhand der Länder Österreich und Rumänien erläutert wird. Wichtig ist jedoch, dass diese Einteilung und Definitionen aufeinander bezogen stattfinden, da diese Kategorien – Zentrum, Semiperipherie und Peripherie – ohne die jeweils anderen wenig Aussagekraft haben:

„It does not make sense, however, to talk about the periphery without also dealing with the core, and the relationship between periphery and core, respectively. Periphery is – especially if one pays attention to socioeconomic processes and certainly in the terms of the ‘dependency school’ – part of a dialectic totality with a conceptual duality of core and periphery (plus in some cases an intermediate form of a semiperiphery).”

(Weissenbacher 2019: 70)

Das Zentrum-Peripherie-Schema als rein geografisches Schema zu sehen, ist ebenfalls nicht sinnvoll. Auch im geografischen Sinne muss diese Metapher aus sozialwissenschaftlicher Sicht betrachtet werden (vgl. Weissenbacher 2019: 70). Aufgrund der Kombination geografischer und sozialwissenschaftlicher Aspekte wird von der bereits erwähnten ungleichen sozialräumlichen Entwicklung gesprochen.

Innerhalb des Europäischen Dependenzparadigmas wird auch die Bedeutung der Zentrum-Peripherie-Beziehungen betont (vgl. Weissenbacher 2018b: 81f). Ein Beispiel dafür sind Machtbeziehungen, die zwischen Zentrum und Peripherie bestehen (vgl. Weissenbacher 2019: 61f).

Laut Edward W. Soja, der von Weissenbacher als „political geographer with dependency leaning“ (Weissenbacher 2019: 59) beschrieben wird, ist ein wichtiger Aspekt bei der Betrachtung von Zentrum-Peripherie-Beziehungen die sozio-räumliche Dialektik. Diese bezieht sich auf ungleiche (geografische) Entwicklung und besteht im kapitalistischen System. Demnach darf regionale Ungleichheit nicht ohne die sozialen Prozesse analysiert werden, die damit einhergehen. Raum darf nicht als etwas rein Physisches, als bloße „Umwelt“, die von sozialen, gesellschaftlichen Prozessen unabhängig ist, interpretiert werden,

denn es handelt sich dabei um eine gesellschaftlich hergestellte Struktur. Der Mechanismus, der Zentrum-Peripherie-Beziehungen zugrunde liegt, ist laut Soja der geografische Transfer von Wert. Dieser sorgt durch unterschiedliche Akkumulation für die Entstehung und Reproduktion von unterschiedlichen Kapitalmengen in Zentrum und Peripherie. Seit dem Nachkriegs-Kapitalismus ist somit der ungleiche Austausch von Werten der dominante Mechanismus (vgl. Soja 1980: 210ff).

Regionale „Unterentwicklung“, die ein universales Phänomen des kapitalistischen Systems ist, beschreibt er des Weiteren nicht als reines Ergebnis sozialer Prozesse, sondern als etwas aktiv Hergestelltes:

“What is being argued here is not simply that capitalist development is geographically uneven, for some geographical unevenness is the result of every social process, but that the capitalist mode of production actively creates, intensifies, and seeks to maintain regional or, more broadly, spatial inequalities as a means for its own survival.”

(Soja 1980: 221)

Durch die kapitalistische Produktionsweise entstehen laut Soja des Weiteren zwei Achsen von Ungleichheit und Konflikten. Auf der vertikalen Achse entstehen Klassenkämpfe. Zur horizontalen Achse zählt das Zentrum-Peripherie-Schema. Diese beiden Achsen sind miteinander verbunden und können nicht separat interpretiert werden (vgl. Weissenbacher 2019: 60).

Mit Bezug auf diesen Ansatz wird im Zuge der Forschungsarbeit auf die Beziehungen, die zwischen Österreich und Rumänien in der Care-Ökonomie bestehen erfasst, und auch auf soziale Prozesse und gesellschaftliche Strukturen eingegangen. Der geografische Transfer von Wert, der dabei stattfindet, spielt ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Betrachtung dieser internationalen (Arbeitsmarkt-)Beziehungen.

Das Dependenzparadigma übt, wie bereits erwähnt, Kritik an klassischen Modernisierungstheorien sowie am kapitalistischen System aus. Die Formulierung von Alternativen zum Kapitalismus wird daher ebenfalls thematisiert. So werden im Dependenzparadigma beispielsweise sozialistische Modelle als Alternativen genannt, aber auch das Konzept der „Self-Reliance“. Dieses Konzept baut auf der Idee auf, dass jeweils nur

das produziert wird, was selbst (also in einem Land oder einer Region) gebraucht wird. Dafür sollen die eigenen Ressourcen verwendet werden. Handel wird dabei nicht als etwas generell Negatives aufgefasst, aber dieser sollte zwischen gleichberechtigten Parteien stattfinden. Abhängigkeiten können somit vermindert werden, während endogene Ressourcen mobilisiert werden. Es zielt auf Solidarität, Empowerment, Partizipation und Entwicklung „von unten“ ab. Bei der Self-Reliance geht es nicht um Autarkie, jedoch um die Ablehnung von internationaler Arbeitsteilung, bei der ein Land oder eine Region auf Kosten eines anderen Landes oder einer anderen Region profitiert (vgl. Weissenbacher 2018a: 55f; Weissenbacher 2019: 40ff). Auf politischer Ebene benötigt es jedoch dementsprechende Entscheidungen, wobei die Reduktion von Abhängigkeiten nicht zwingend im Interesse der politischen oder wirtschaftlichen Akteur*innen eines Landes oder einer Region ist (vgl. Seers 1979b: 99).

Uneinigkeit innerhalb von Dependenztheorien herrscht beispielsweise darüber, ob für periphere Länder trotz der Abhängigkeitssituation emanzipatorisches Handeln möglich ist, oder ob eine sozialistische Revolution notwendig ist, um Abhängigkeiten und „Unterentwicklung“ zu überwinden (vgl. Schmidt 2016: 138).

Mithilfe der Forschungsarbeit soll ein Beitrag zur Entwicklungsforschung geleistet werden, indem auf (soziale) Ungleichheit innerhalb der EU eingegangen wird. Theorien und Ansätze der Dependenzschule eignen sich für diese Analyse, weil sie einen Rahmen darstellen, der Europa, bzw. die EU, bereits fokussiert und sich des Weiteren mit dem kapitalistischen System auseinandersetzt, das für (soziale) Ungleichheit eine bedeutende Rolle spielt.

3.1.1 Österreich und Rumänien als Beispiele für Zentrum und Peripherie der EU

Woran kann nun die Einteilung in Zentrum, Semiperipherie und Peripherie festgemacht werden? Diese Frage wird im Folgenden anhand der Beispiele Österreich und Rumänien dargestellt. Da, wie bereits erwähnt, die Einteilung in Zentrum und Peripherie auch auf regionaler Ebene stattfinden kann, muss hier festgehalten werden, dass für die vorliegende Forschungsarbeit vorwiegend auf die Einteilung von Staaten Bezug genommen wird.

Giovanni Arrighi und Jessica Drangel, die der Europäischen Dependenzschule zuzuordnen sind, nennen drei Faktoren, die Zentrumsstaaten typischerweise haben und an denen es in der Peripherie mangelt: 1. Kontrolle über Zugang zu Güterketten, 2. Passende Infrastruktur, 3. Politische Einstellung (diese muss mit dem kapitalistischen Paradigma vereinbar sein). Semiperiphere Staaten weisen eine gemischte Zusammensetzung aus typisch zentrischen und

typisch peripheren Faktoren auf. Ein Aufstieg von der Peripherie zur Semiperipherie oder von Semiperipherie zum Zentrum ist möglich, da die Ordnung keine statische ist. Die Länder, bei denen ein derartiger Aufstieg in Frage kommt, werden „Perimeter“ genannt. Als „organische Mitglieder“ werden hingegen jene Länder bezeichnet, die von Arrighi und Drangel sowohl in der ersten als auch in der letzten Periode ihrer Analysen (von 1938-1950 bis 1975-1983) in dieselbe Kategorie fallen. 74 von 93 Staaten verblieben in dieser Zeitperiode innerhalb derselben Kategorie und stiegen weder auf noch ab (vgl. Weissenbacher 2019: 81f). Innerhalb der Hierarchie aufzusteigen ist schwierig, wie Weissenbacher mit Bezug auf Arrighis Studien feststellt:

These inquiries suggest that there is a persistent path dependence in the spatial division of labor that makes an upgrading of a state's position difficult. Core states and core enterprises grow and develop together in a symbiotic relationship but the nature of the commodity chains is changing. The control over the commodity chain gained importance in relation to the industrial production and its geographical distribution. Semiperipheral or peripheral countries could close the gap to core countries as far industrialization is concerned without closing the gap in terms of distribution of GNP per capita.”

(Weissenbacher 2019: 84f)

Somit ist die Einteilung in die genannten Kategorien zwar nie endgültig, es findet jedoch auch kein regelmäßiger Auf- und Abstieg statt. Auch jene Indikatoren, die als Zentrumscharakteristik definiert werden (und somit für die Einteilung der Länder ausschlaggebend sind), ändern sich im Laufe der Zeit, worauf später noch näher eingegangen wird.

Ungleiche Entwicklung wurde sowohl auf globaler Ebene, als auch in Europa, schon in vorkapitalistischen Zeiten beobachtet. Zentrum-Peripherie-Beziehungen sind daher nicht etwas komplett Neuartiges (vgl. Weissenbacher 2019: 86). Eine historische Aufarbeitung dieser wird jedoch in der vorliegenden Arbeit nicht vorgenommen, da diese hierfür nicht relevant erscheint. Für die Einteilung werden daher vor allem Dudley Seers (1979) und Rudy Weissenbacher (2019) herangezogen, die neben den bereits angeführten Faktoren spezifische Indikatoren nennen, an denen die Einteilung deutlich gemacht werden kann und die nachvollziehbar und überprüfbar sind.

Seers, der der Europäischen Dependenzschule zugeordnet werden kann, erstellte Analysen für Europa ab etwa 1970. Er nennt für diese Periode zwei Zentren für Europa: die USA und Zentraleuropa, wobei Zentraleuropa wiederum in gewisser Weise von den USA abhängig ist. Er beschreibt diese Zentren als „suppliers of capital and technology; centres of political, military and cultural dominance; providers of tourists and absorbers of migration” (Seers 1979a: 8). Wichtige Indikatoren sind laut Seers unter anderem Migration (typischerweise von der Peripherie ins Zentrum), Tourismus (typischerweise vom Zentrum in die Peripherie) und Export. West-Deutschland ist in dieser Einteilung führend, Österreich zählt jedoch bereits in dieser Periode ebenfalls zum Zentrum (sowie die Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien, die Niederlande, Dänemark, Norwegen und Schweden). Im Zentrum erkennt er des Weiteren kulturelle Homogenität, was den Lifestyle betrifft. Ökonomische, politische und kulturelle Macht liegen innerhalb des Zentrums, da die meisten großen transnationalen Unternehmen, sowie Banken, Fernsehstudios und Verlagshäuser (Zeitungen sowie Bücher) ihren Hauptsitz dort haben. Auch geografisch liegen zu dieser Zeit die Zentrumsländer tatsächlich im Zentrum Europas. Dadurch ergibt sich das Muster eines „incomplete egg“, innerhalb dessen die Wahrscheinlichkeit niedriger ist, arbeitslos zu sein, dass die Familie durch Migration zerreißt, im Agrar- oder Tourismussektor zu arbeiten oder ein sehr geringes Einkommen zu haben, als außerhalb des Zentrums. Das „incomplete egg“ zeigt die Trennlinie auf, die zwischen Zentrum und Peripherie verläuft und quer durch Staaten verläuft, weil beispielsweise Deutschland in West- und Ostdeutschland geteilt wird. Für die Semiperipherie und die Peripherie gilt nach Seers: Umso weiter entfernt sich ein Land oder eine Region vom Zentrum befindet, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit in Armut zu leben, technologisch abhängig zu sein oder im Tourismussektor zu arbeiten (vgl. Seers 1979a: 8ff).

Rumänien zählt bereits in dieser Periode zur Peripherie, und zwar aufgrund der ökonomischen Struktur, dem Einkommensniveau, den sozialen Umständen und der Abhängigkeit von Importen im Technologie-Bereich. Gleichzeitig sind osteuropäische Staaten, inklusive Westdeutschland, in gewissem Ausmaß auch Peripherie von Russland. Seers stellt hier vor allem militärische und ökonomische Beziehungen fest. Im Unterschied zum europäischen Zentrum ist der Migrations- und Touristenfluss zwischen Russland und Osteuropa jedoch relativ niedrig (vgl. Seers 1979a: 20).

Die Situation Rumäniens als Peripherie Russlands und als Peripherie von Westeuropa geht auf historische Entwicklungen seit dem Zweiten Weltkrieg zurück. Bereits 1948 gab es eine Trennlinie, die Europa „in einen bürgerlich-parlamentarisch regierten Westen und einen

kommunistisch-staatsparteilichen Osten“ (Komlosy und Hofbauer 2020: 18) teilte. Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), der 1949 gegründet wurde und dem Rumänien angehörte, führte zu wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion. Dieser setzte auf nachholende Industrialisierung und zwischenstaatliche Arbeitsteilung mit zentralistischer Verwaltung von Moskau aus, wobei es auch Widersprüche zu den Zielen der jeweiligen nationalen Entwicklungspläne gab. Der Fokus lag auf dem Stahlbereich, der den Motor der industriellen Entwicklung darstellte. Der wirtschaftliche Wiederaufbau durch den RGW funktionierte etwa bis Mitte der 1970er-Jahre, bis zur Wirtschaftskrise 1973/74. Spätestens 1975 war der Wirtschaftsausschwung in Osteuropa vorbei (vgl. Komlosy und Hofbauer 2020: 18f).

Mit dem Beitritt Rumäniens zur Welthandelsorganisation GATT 1971 folgte die zunehmende Orientierung des Außenhandels in Richtung der OECD-Staaten. Westliche Unternehmen profitierten bereits damals vom niedrigen Lohnniveau in Osteuropa, während sich osteuropäische Regierungen Technologietransfer und Anschluss an westliche Innovationen erhofften. Weiters führte der Beitritt Rumäniens zum Internationalen Währungsfonds (IWF) 1972 unter Präsident Nicolae Ceaușescu und der Aufnahme von westlichen Krediten für nationale Entwicklungsprogramme zur Abhängigkeit Rumäniens von internationalen Finanzinstitutionen (vgl. Komlosy und Hofbauer 2020: 19f).

Das daraufhin von Ceaușescu angeordnete kompromisslose Sparprogramm führte wiederum zu anderen Problemen: “[...] he slashed imports and investment to the bone in a manic austerity programme, the most disastrous episode in the economic history of postwar Europe. Virtually overnight, Romania reverted to a subsistence-level peasant economy” (Clapp 2017: 24). Staatlich verordnete niedrige Zimmertemperaturen im Winter, Reduktion der Straßenbeleuchtung oder Brotrationen waren einige dieser Sparmaßnahmen.

Obwohl dadurch im Jahr 1989 zwar sämtliche Schulden des IWF zurückgezahlt werden konnten, war Rumäniens Situation dadurch nicht vorteilhaft. Während in anderen osteuropäischen Ländern nach 1989 nicht-kommunistische Regierungen an die Macht kamen, war in Rumänien die Situation anders: „In Romania alone former communists, by no means confined to one party, took charge of the political system at the outset and have retained a dominant presence to this day“ (Clapp 2017: 28). Zudem blieben aktive und vormalige Geheimdienstmitglieder, die in den anderen (ehemals kommunistischen) osteuropäischen Ländern aus dem Staatsapparat entfernt wurden, in Rumänien an der Macht. Rumäniens

„reuele, nur oberflächlich reformierte Geheimdienste“ (Hockenos 2020: 104) schafften es, ihre Machtstellung zu behaupten.

Die Securitate, beziehungsweise deren Nachfolger-Organisationen, sind maßgeblich an der Korruption in Rumänien verantwortlich. Die Geheimdienstorganisationen mutierten zu einer mafiaartigen Wirtschaftsunternehmung. Derzeit befindet sich Rumänien auf Platz vier der korruptesten EU-Länder. Durch Korruption gehen fast 16 Prozent des BIP jährlich in Rumänien verloren. Die Korruption im Land führt jedoch auch zu immateriellen Schäden, da sie zu massenhafter Auswanderung junger Menschen beiträgt, was sich auf die Zukunft des Landes auswirkt (vgl. Hockenos 2020: 104ff).

Nachdem Rumänien unter der Diktatur von Ceaușescu zum „Armenhaus Europas“ absank, und es im Gegensatz zu anderen osteuropäischen Ländern keine „samtene“ Revolution gab (vgl. Hockenos 2020: 105), folgte die Auflösung des RGW 1991, sowie der Druck von Weltbank und IWF, die osteuropäischen Volkswirtschaften rasch am unteren Ende der weltweiten Güterketten einzugliedern. Schocktherapie und Hyperinflation führten 1989 bis 1992 zu einer dreistelligen Inflationsrate in vielen Ländern Osteuropas, auch in Rumänien. Gleichzeitig sanken die Reallöhne. Mitte der 1990er Jahre betrug die durchschnittliche Bruttolohnstunde in westlichen deutschen Bundesländern 44 DM, in neuen Bundesländern 26,50 DM und in Rumänien 1,40 DM. Osteuropa dient seitdem als Arbeitskräftelieferant für Westeuropa. Seit der Wende sind stärkere Abhängigkeiten zu den EU-Zentralräumen, insbesondere Deutschland, zu beobachten (vgl. Komlosy und Hofbauer 2020: 23f). Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs hat sich Osteuropa komplett in das westliche, kapitalistische System als Peripherie eingegliedert (vgl. Weissenbacher 2019: 101).

Weitere Entwicklungen seit den 1990er- und 2000er-Jahren, wie die Gründung der EU, änderten an der Einteilung von Österreich als zum Zentrum zählend und Rumänien als Land der europäischen Peripherie nichts. Während Österreich bereits 1995 beitrug, wurde Rumänien erst 2007 Mitglied der EU. Einer aktuellen Einteilung der Länder der EU widmet sich Weissenbacher (2019):

In der Einteilung von Weissenbacher wird Deutschland als ‚das‘ Zentrum Europas und somit als Basis für die Einteilung der anderen Länder herangezogen (vgl. Weissenbacher 2019: 232). Er bezieht sich vor allem auf ökonomische Indikatoren, beispielsweise auf das Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Kopf. Dieses beinhaltet die Wertschöpfung von Staatsbürger*innen eines Landes, inklusive der Einkünfte, die im Ausland bezogen werden.

Das BNE umfasst somit „das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zuzüglich der Nettoübertragungen aus Primäreinkommen aus ausländischen Quellen“ (BMZ). Der Wert „GNI per capita (PPS)“, der von Weissenbacher herangezogen wird, berücksichtigt auch die unterschiedlichen Preisniveaus der Länder (vgl. Weissenbacher 2019: 233):

Tabelle 1: BNE-Indikator pro Kopf (Deutschland = 100)

	1990-1999	2000-2009	2010-2018
Deutschland	100	100	100
Österreich	99	105	101
Rumänien	21	29	44

(vgl. Weissenbacher 2019: 234)

Wie bereits erwähnt, dienen die Werte Deutschlands als Basiswerte, anhand dessen die Einordnung der übrigen Länder erfolgt. Aufgrund dieser Werte geht eindeutig hervor, dass Österreichs BNE deutlich über jenem von Rumänien liegt. Mit einem Wert von 44 liegt Rumänien sogar nur knapp vor Bulgarien (mit einem durchschnittlichen BNE von 37 für 2010-2018) und somit an vorletzter Stelle. Für alle angeführten Dekaden zählt somit Österreich zum Zentrum, während Rumänien zur Peripherie zählt. Auch andere osteuropäische Länder sind entweder in der Semiperipherie (z. B. Tschechische Republik) oder in der Peripherie (z. B. Bulgarien, Ungarn, Polen, Slowakei) eingeordnet (vgl. Weissenbacher 2019: 235ff).

Aufgrund der oben angeführten Argumente von Seers wird nun auf weitere aktuelle politökonomische Aspekte eingegangen. Dafür werden die Wirtschaftsprofile der Länder in den Bereichen Lebensbedingungen und Arbeitsmarkt gegenübergestellt. Zur besseren Einordnung wird neben Österreich und Rumänien auch Deutschland wieder herangezogen, sowie die EU. Alle Daten beziehen sich auf das Jahr 2019:

Tabelle 2: Politökonomische Aspekte aus den Bereichen Lebensbedingungen und Arbeitsmarkt (2019)

	Österreich	Rumänien	Deutschland	EU27
Armuts- und Ausgrenzungsgefährdungsquote, in % der Gesamtbevölkerung	16,9	31,2	17,4	21,1
Gini-Koeffizient (0 bis 100)	27,5	34,8	29,7	30,2
Human Development Index	0,922	0,829	0,947	-
Erwerbstätigenquote, in % (20-64 J.)	76,8	70,9	80,6	73,1
Arbeitslosenquote, in % (15-74 J.) ¹	4,5	3,9	3,1	6,7
Langzeitarbeitslosigkeit, in % d. Arbeitslosen (15-74 J.)	25,1	42,4	38,2	42,0
Arbeitskosten (€ je Stunde)	34,7	7,7	35,6	27,7

(vgl. WKO 2020: Wirtschaftsprofile; UNDP 2020)

Die Daten aus dem Bereich Lebensbedingungen bestätigen Seers' These, dass die Wahrscheinlichkeit in Armut zu leben in der Peripherie höher ist, als im Zentrum (vgl. Seers 1979a: 8ff). Darauf deutet die Armuts- und Ausgrenzungsgefährdungsquote hin, die in Rumänien bei 31,2 % liegt, was fast doppelt so hoch ist, wie in Österreich (16,9 %). Rumänien liegt damit außerdem weit über dem EU-Schnitt, der 21,1 % beträgt.

Der GINI-Koeffizient² liegt in Rumänien bei 34,8, was ebenfalls höher ist als in Österreich (27,5), Deutschland (29,7) und der EU (30,2). Somit kann angenommen werden, dass die soziale Ungleichheit innerhalb Rumäniens höher ist, als in Österreich und Deutschland.

Der Human Development Index³ ist in Rumänien mit 0,829 niedriger als in Österreich (0,922) und Deutschland (0,947). Damit liegt Rumänien weltweit auf Platz 49, Österreich auf Platz 18 und Deutschland auf Platz 6. Alle drei Länder zählen jedoch zur Kategorie „Very High Human Development“ (vgl. UNDP 2020).

Die statistischen Kennzahlen für den Bereich Arbeitsmarkt zeigen, dass die Arbeitslosenquote in Rumänien mit 3,9 % zwar unter der von Österreich (4,5 %) und unter dem EU-Schnitt (6,7 %) liegt, jedoch liegt die Langzeitarbeitslosigkeit mit 42,4 % deutlich über jener von

¹ Nach Internationaler Definition (ILO)

Das gesetzliche Pensions-/ Rentenaltersalter beträgt jedoch für Österreich: Frauen 60 Jahre, Männer 65 Jahre; Rumänien: Frauen 61 Jahre, Männer 65 Jahre; und Deutschland: für ab 01.01.1964 Geborene 67 Jahre, davor 65 Jahre plus gestaffeltem Anstieg für unterschiedliche Jahrgänge (vgl. European Commission 2020).

² Der GINI-Koeffizient gibt Auskunft über die Verteilung von Einkommen. Dabei bedeutet ein Wert von 0 gleichmäßige Verteilung, während ein Wert von 100 für maximale Ungleichverteilung steht.

³ Der Human Development Index (HDI) ist ein Indikator, der nicht nur ökonomische Faktoren misst, sondern zusätzlich zum Einkommensindex auch aus einem Lebenserwartungs- sowie einem Bildungsindex besteht. 1 stellt den höchsten erreichbaren Wert dar. Umso höher der HDI ist, umso höher ist demnach der Entwicklungsstand eines Landes.

Österreich mit 25,1 %. Hinsichtlich Langzeitarbeitslosigkeit liegt Rumänien damit ziemlich genau auf dem EU-Durchschnitt mit 42,0 %.

Rumäniens niedrige Arbeitslosigkeit ist einerseits auf die Auswanderung rumänischer Arbeitskräfte und andererseits auf die Beteiligung ausländischer Unternehmen am rumänischen Markt zurückzuführen. So kann beispielsweise festgestellt werden, dass von 2017 bis Juli 2018 die am stärksten anwachsende Zahl der Beschäftigten in Deutschland aus Osteuropa kam, allen voran Rumänien und Polen. Die Arbeitslosigkeit der Rumän*innen in Deutschland ist dadurch fast so niedrig, wie die der Deutschen selbst. Das liegt unter anderem daran, dass diese Personen oft in jene Regionen abwandern, in denen Arbeitskräftemangel herrscht und die dadurch Arbeiten erledigen, „für die sich sonst niemand findet“ (Bernau 2018). Die Auswanderung von Rumän*innen trägt somit zur niedrigen Arbeitslosigkeit bei (vgl. Bernau 2018).

Auch die Beteiligung deutscher Unternehmen am rumänischen Markt und die damit einhergehende Schaffung von Arbeitsplätzen in Rumänien wirken sich auf die Verringerung der Arbeitslosigkeit aus. Trotzdem herrschen laut Friedrich-Ebert-Stiftung schlechte Arbeitsmarktbedingungen in Rumänien, aufgrund der niedrigen Löhne. Der „Anteil der beschäftigten Armen (*working poor*) bleibt mit 20 Prozent der höchste innerhalb der EU“ (Friedrich-Ebert-Stiftung 2019: 2), während die Ausgaben für soziale Sicherheit mit nur 16 % des BIP den niedrigsten Anteil innerhalb der EU-Länder darstellen (vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung 2019: 1f).

Die Werte der Arbeitskosten zeugen des Weiteren von schlechteren Bedingungen am rumänischen Arbeitsmarkt. Die Arbeitskosten in Rumänien betragen mit 7,7 Euro pro Stunde nur fast ein Viertel des EU-Durchschnitts, der 27,7 Euro beträgt. Die Arbeitskosten in Österreich (34,7 Euro) und Deutschland (35,6 Euro) sind fast fünfmal so hoch, wie in Rumänien. Somit kann auch Seers' Annahme bestätigt werden, dass die Wahrscheinlichkeit, ein sehr geringes Einkommen zu haben, in der Peripherie höher ist, als im Zentrum (vgl. Seers 1979a: 8ff).

Weiters ist laut Seers die Wahrscheinlichkeit, im Agrar- oder Tourismussektor zu arbeiten, im Zentrum geringer, als in der Peripherie (vgl. Seers 1979a: 8ff). Die Daten für diese Bereiche bestätigen das zum Teil:

Tabelle 3: Politökonomische Aspekte aus dem Bereich Landwirtschaft (2018)

	Österreich	Rumänien	Deutschland	EU27
Landwirtschaftlich genutzte Fläche, in % der Landfläche	32,1	58,3	47,6	-
Erwerbstätige in der Landwirtschaft, in 1.000	159,5	1.938,1	523,7	8.658,4
Anteil Landwirtschaft am BIP, in % des BIP	1,3	4,8	0,7	1,8

(vgl. WKO 2020: Wirtschaftsprofile)

In Rumänien liegen sowohl die landwirtschaftlich genutzte Fläche (58,3 %), als auch die Anzahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft (1.938.100) und der Anteil der Landwirtschaft am BIP (4,8 %) höher als in den beiden anderen Ländern. Während die Anzahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft nur einen geringen Vergleich zulässt, da die Bevölkerungsanzahl der Länder generell verschieden ist, zeigt das BIP doch sehr deutlich, dass die Landwirtschaft in Rumänien einen bedeutend höheren Anteil ausmacht als in Österreich (1,3 %) und Deutschland (0,7 %) und der mehr als doppelt so hoch ist, wie der EU-Durchschnitt (1,8 %).

Für die Daten im Tourismus-Bereich wird die Eurostat-Datenbank als Datenquelle herangezogen, da diese die Erwerbstätigen ab 15 Jahren erfasst und im Bereich Tourismus die 15- bis 24-Jährigen circa 13 % der Erwerbstätigen ausmachen (vgl. Eurostat 2021):

Tabelle 4: Politökonomische Aspekte aus dem Bereich Tourismus (2019)

	Österreich	Rumänien	Deutschland	EU27
Erwerbstätige im Tourismus, in 1.000 (ab 15 Jahren) ⁴	390,8	287,2	2.354,5	12.908,5
Grenzüberschreitender Reiseverkehr ins Ausland (Indikator, Deutschland = 100) ⁵	116	3	100	-

(vgl. Eurostat 2021; Weissenbacher 2019: 267)

⁴ Die Zahlen ergeben sich aus den Bereichen Accommodation, Accommodation and food service activities, Air transport und Travel agency, tour operator and other reservation service and related activities (vgl. Eurostat 2021).

⁵ „Grenzüberschreitender Reiseverkehr ins Ausland“ bezieht sich auf Freizeit-Reiseverkehr oder Reiseverkehr mit Familie und Freund*innen, Daten aus dem Jahr 2017 (vgl. Weissenbacher 2019: 267).

Die Annahme, dass in der Peripherie die Wahrscheinlichkeit höher ist, im Tourismus zu arbeiten (vgl. Seers 1979a: 8ff), kann im Fall von Rumänien nicht bestätigt werden. Während in Rumänien 287.200 Personen im Tourismus tätig sind, sind es in Österreich 390.800 und in Deutschland 2.354.500. Im Verhältnis zur Gesamtheit aller Erwerbstätigen in Prozent ergibt sich daraus folgendes Bild: Österreich 8,97 %; Rumänien 3,31 %; Deutschland 5,55 %; EU27 6,46 %⁶. Das zeigt, dass im österreichischen Tourismussektor mehr Beschäftigte sind, als im rumänischen Tourismussektor.

Bezüglich Tourismus stellt Seers jedoch außerdem fest, dass dieser üblicherweise vom Zentrum in die Peripherie verläuft – im Gegensatz zur Migration (vgl. Seers 1979a: 8ff). Der Indikator betreffend grenzüberschreitenden Reiseverkehr, bei dem Deutschland wieder als Basiswert herangezogen wird (vgl. Weissenbacher 2019: 267), zeigt zumindest, dass der Tourismus-,Strom‘ vom Zentrum ausgeht, auch wenn das Ziel (Zentrum oder Peripherie?) in dieser Statistik nicht erfasst wird. Auslandsreisen aus der Peripherie sind mit Blick auf Rumänien im Vergleich zu Österreich und Deutschland jedoch sehr gering. Diese Tatsache bestätigt somit die Annahme, dass Tourist*innen vor allem aus dem Zentrum in andere Länder strömen.

Hinsichtlich Migration, die im Europäischen Dependenzparadigma ebenfalls eine wichtige Rolle spielt, ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 5: Migration zwischen Österreich, Rumänien und Deutschland (2019)

Nach	Von	Österreich	Rumänien	Deutschland
Österreich			20.255	18.328
Rumänien		11.537		189.932
Deutschland		11.101	230.096	

(vgl. Statistik Austria 2020; BAMF 2020: 48f)

Bezüglich Migration kann festgestellt werden, dass im Jahr 2019 20.255 Personen mit rumänischer Staatsbürgerschaft nach Österreich auswanderten, während 11.537 österreichische Staatsbürger*innen nach Rumänien zogen. In etwa gleich viele Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft wanderten 2019 nach Deutschland aus, nämlich 11.101. Die Zahl der Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft, die nach Österreich auswanderten

⁶ Eigene Berechnungen aufgrund folgender Zahlen für 2019 (Erwerbspersonen ab 15 Jahren, all NACE activities), in 1.000: Österreich 4.354,9; Rumänien: 8.680,3; Deutschland: 42.400,1; EU27: 199.918,1 (vgl. Eurostat 2021).

beläuft sich auf 18.328. Laut Statistik Austria erzielten 2019 rumänische Staatsbürger*innen in Österreich den größten Zuwanderungsüberschuss mit 8.718 Personen, gefolgt von Personen mit deutscher (7.227), ungarischer (4.036), kroatischer (2.860) und bulgarischer (2.400) Staatsbürgerschaft (vgl. Statistik Austria 2020). Mit Ausnahme von Deutschland können alle der genannten Länder innerhalb der EU zur Peripherie gezählt werden (vgl. Weissenbacher 2019: 242). Die Wanderungsstatistik für Deutschland ergibt ein ähnliches Bild: Rumänien liegt mit 230.096 Zuzügen und einem positiven Saldo von 40.164 an erster Stelle. An zweiter Stelle der europäischen Länder (gemessen am positiven Wanderungssaldo) liegt Bulgarien (19.897), gefolgt von Italien (17.572), Kroatien (14.850) und Serbien (10.554) (vgl. BAMF 2020: 48f). Das bedeutet, dass die Theorie hinsichtlich des Musters der Migration – typischerweise von der Peripherie ins Zentrum – bestätigt werden kann.

Erklärt werden kann dieses Phänomen mit Überlegungen zu „forced migration“, denen sich Raúl Delgado Wise und Humberto Márquez Covarrubias widmen. Die beiden Autoren betonen die Notwendigkeit, Migration nicht als unabhängige Variable zu verstehen (vgl. Delgado Wise und Márquez Covarrubias 2011: 60f).

„Instead of considering migration as a population movement derived from individual or family decisions or a phenomenon with its own dynamics, basically integrated by social networks and transnational relations, it is important to take into account that the massive processes characterizing migration under contemporary capitalism, and which link together domestic and international flows, are fundamentally determined by the contradictory dynamics originating in uneven development”

(Delgado Wise und Márquez Covarrubias 2011: 64).

„Forced migration“ zeichnet sich unter anderem dadurch aus, dass die Bevölkerung der Herkunftsländer gezwungen ist, ihre Arbeitskraft zum Teil im Ausland zu verkaufen, um den eigenen Lebensunterhalt und den Lebensunterhalt der Familie zu sichern. Die gezwungene Migration repräsentiert eine Form von „human resources transference“, bei der die Kosten für Bildung und Reproduktion nicht vom Zielland, sondern vom Herkunftsland bezahlt werden (vgl. Delgado Wise und Márquez Covarrubias 2011: 64f).

Bezüglich Abhängigkeiten können laut Seers unter anderem die Größe eines Landes sowie die Größe der Bevölkerung ausschlaggebend sein. Große Bevölkerungen können demnach

ökonomisch verwundbarer sein, außer wenn genügend bebaubares Land vorhanden ist. Das hängt wiederum mit der Größe des Landes zusammen: „Since oil and other natural resources appear to be scattered more or less at random (though not of course evenly), the larger a country, including its territorial waters, the more likely it is to have a diversified resource base and less need for trade – though much, naturally depends on climate, soil and technique as well” (Seers 1979b: 100).

Die geografische Größe sowie die Bevölkerungsgröße (Stand 2020) für Österreich, Rumänien, Deutschland und die EU sind in der folgenden Tabelle ersichtlich:

Tabelle 6: Fläche und Bevölkerung (2020)

	Österreich	Rumänien	Deutschland	EU27
Bevölkerung, in 1.000	8.913	19.236	83.165	447.610
Bevölkerung, je km ²	106,3	80,7	232,6	108,1
Bevölkerungsanteil in % EU27=100	2,0	4,3	18,6	100,0
Fläche, in km ²	83.879	238.400	357.580	4.140.708
Flächenanteil in % EU27=100 ⁷	2,0	5,8	8,6	100,0

(vgl. WKO 2020: Fläche und Bevölkerung in Europa)

Die Daten zeigen, dass Österreich mit einem Bevölkerungs- und Flächenanteil von je 2,0 % ein relativ kleines Land innerhalb der EU ist. Rumänien nimmt fast 6 % der Fläche und 4,3 % der Bevölkerung der EU ein. Deutschland ist sowohl hinsichtlich Fläche (8,6 %) als auch hinsichtlich Bevölkerung (18,6 %) das größte der drei Länder.

Diese Betrachtung alleine sagt jedoch nicht viel über die ökologische Beschaffenheit eines Landes oder Abhängigkeitsbeziehungen aus. Die Annahme, dass ein flächenmäßig großes Land aufgrund natürlicher Ressourcen unabhängig(er) sein kann, mag zwar theoretisch stimmen, jedoch bedarf es dafür weiterer Faktoren, wie beispielsweise die Möglichkeiten, diese Fläche tatsächlich ökonomisch und ökologisch nutzen zu können.

Die genannten Indikatoren, die von Seers als ausschlaggebend für die Einteilung in Zentrum und Peripherie gelistet wurden, zeigen bereits ein relativ eindeutiges Bild bezüglich Österreich und Rumänien. Wichtig ist das Verständnis, dass nicht alle theoretischen Annahmen zwangsläufig zutreffen müssen, damit ein Land als peripher gilt oder nicht – es hängt von der jeweiligen Konstellation, der Zusammensetzung unterschiedlicher Faktoren, ab

⁷ Flächenanteil in %: eigene Berechnungen

und nicht von starren, eindeutig festgelegten Regeln. Der Tourismussektor gilt zwar als ‚peripherer‘ Sektor, aber nicht jedes periphere Land muss einen Tourismussektor haben. Umgekehrt können dafür Zentrumsländer ausgeprägte Tourismussektoren haben, die aber die volkswirtschaftliche nicht Situation alleine bestimmen. Das Zentrum-Peripherie-Schema ist komplex. Zudem können sich die Charakteristika, die darauf hinweisen, ob ein Land zum Zentrum gezählt wird, oder nicht, verändern. Darauf wird gleich noch näher eingegangen. Trotzdem spielen viele von Seers‘ identifizierten Faktoren immer noch eine wichtige Rolle, da beispielsweise Migration nach wie vor typischerweise von der Peripherie ins Zentrum verläuft (vgl. Weissenbacher 2019: 72ff).

Um aktuellere Entwicklungen aufzugreifen wird nun auf Weissenbachers Einteilung näher eingegangen, wo – wie bereits erwähnt – Österreich und Deutschland ebenfalls zum Zentrum zählen und Rumänien zur Peripherie. Bemerkenswert ist, dass sowohl Deutschland und Österreich, als auch Rumänien einen hohen Grad an Industrialisierung aufweisen. Während bis zu den 1960er-Jahren die Produktion von Gütern im Allgemein aufgeteilt war in „primary products in the periphery versus industrial goods as core products“ (Weissenbacher 2019: 74), haben Veränderungen in der Produktion dazu geführt, dass dieser Dualismus nicht mehr als universelles Kriterium gilt (vgl. Weissenbacher 2019: 74). Laut Arrighi und Drangel verlor die industrielle Produktion ihren Zentrumscharakter in den 1960er-Jahren, in denen sich auch die neue internationale Arbeitsteilung herausbildete, die einherging mit Outsourcing und Reorganisation der Produktion (vom Zentrum in die (Semi-)Peripherie). Die Strategie Transnationaler Konzerne änderte sich demnach von der Organisation der Produktion innerhalb der Länder, in denen sie ihren Sitz haben (Industrialisierung), hin zur Kontrolle (der Produktion) in Güterketten. Wenn in diesem Zusammenhang die Kontrolle über Güterketten als Zentrumscharakteristik definiert wird, sind nicht die Länder (Regierungen) an sich gemeint, die diese Kontrolle innehaben, sondern die Transnationalen Konzerne, die ihren Sitz normalerweise im Zentrum haben. Diese entwickeln sich jedoch innerhalb jener Länder (und gemeinsam mit ihnen), wie Weissenbacher deutlich macht: „If I use the spatial expression of control by core countries, it will be used as proxy for the symbiosis the core TNC developed with core territories/jurisdictions they use as home bases“ (Weissenbacher 2019: 244). Der exponentielle Anstieg des globalen Handels und der ausländischen Direktinvestitionen (Foreign Direct Investments, FDI) seit dem Millennium verdeutlichen die Expansion der internationalen Produktion, die von TNC gesteuert werden, da Schätzungen zufolge ca. 80 %

des Welthandels in Güterketten von TNC organisiert werden (vgl. Weissenbacher 2019: 243f).

Um die Feststellung Arrighis zu überprüfen, dass Industrialisierung nicht mehr als Zentrumscharakteristik zählt, zieht Weissenbacher für seine Einordnung des Grades an Industrialisierung als Referenz wieder Deutschland heran. Dafür wird der Anteil der Bruttowertschöpfung der Fertigungsindustrie („manufacturing industry“) in allen Branchen dargestellt (vgl. Weissenbacher 2019: 232). Daraus ergeben sich folgende Werte:

Tabelle 7: Bruttowertschöpfungsindikator der Fertigungsindustrie (Deutschland =100)

	1990-1999	2000-2009	2010-2018
Deutschland	100	100	100
Österreich	85	89	83
Rumänien ⁸	110	103	104

(vgl. Weissenbacher 2019: 243)

Diese Daten zeigen, dass Rumänien hinsichtlich der Fertigungsindustrie in allen dargelegten Perioden Werte aufweist, die über jenen von Deutschland liegen. Rumänien und andere osteuropäische Länder wiesen bereits bei der Eingliederung in das westliche System hohe Werte auf, was auf die bereits dargelegte historische Situation dieser Länder zurückzuführen ist. „The strong industrialization data of the former COMECON countries [...] arguably could look back at a legacy of industrial production in a different integration model and ‘started’ in Western statistics with high level of industrialization. [...] But these countries entered Western European integration after a political-economic shock, the waves of which are felt until today” (Weissenbacher 2019: 246).

Zudem wurden diese Länder als (semi-)periphere Länder in das westeuropäische System integriert und am unteren Ende der Güterkette eingegliedert: „Success in industrial development appeared as dependent industrialization in the sense that countries entered European or global commodity chains at a peripheral or semiperipheral position. This reduced options for independent development and limited countries’ rooms to maneuver in improving their positions in the chains (which are controlled by core TNC)” (Weissenbacher 2019: 261). Auffallend ist, dass der Grad an Industrialisierung in peripheren Ländern zum Teil höher als im deutschen Zentrum ist, aber das Einkommenslevel gleichzeitig nicht annähernd an jenes im Zentrum herankommt (vgl. Weissenbacher 2019: 248f; 267f). Die Daten für jene

⁸ Die Daten von Rumänien für die erste Periode schließen nur die Jahre 1995-1999 ein.

Österreich, Deutschland und Rumänien bestätigen somit die Annahme, dass die Kontrolle über Güterketten, die über die eigenen Ländergrenzen hinausgehen, ausschlaggebend ist. Diese Kontrolle ermöglicht es, den Zentrums-Status zu erhalten, beziehungsweise zu stärken (vgl. Weissenbacher 2019: 248).

Resümierend bezieht sich Weissenbacher daher bezüglich dieser Indikatoren auf Arrighi und bestätigt, dass 1. die industrielle Produktion keine Zentrumscharakteristik mehr darstellt, 2. die Zentrumsländer ihren Zentrumsstatus durch die Kontrolle über grenzüberschreitende Güterketten erhalten und 3. Transnationale Konzerne im Zentrum die Möglichkeit haben, die Produktionsprozesse in der Peripherie und in der Semiperipherie zu kontrollieren, was Ausbeutung ermöglicht (vgl. Weissenbacher 2019: 249).

Weissenbacher bestätigt zudem, dass es schwierig ist, innerhalb der europäischen Zentrum-Peripherie-Hierarchien aufzusteigen (vgl. Weissenbacher 2019: 260). Einzelnen Ländern gelang zwar der Aufstieg, jedoch war dieser selbst bei den wenigen Fällen nicht immer von Dauer und ein ‚Zurückfallen‘ in die vorherige Kategorie folgte⁹.

Weiters kann jedoch laut Weissenbacher hinsichtlich der Industrieproduktion („manufacturing production“) festgestellt werden, dass diese weiterhin charakteristisch für das Zentrum ist. Gemeint ist damit die Produktion von Kapitalgütern: „I use manufacturing of machinery and equipment as a proxy for the ability to produce and provide the machinery that is used to produce actual consumer commodities. I follow the hypotheses that such an ability is necessary to ‘control’ the commodity chains and therefore can be regarded as ‘core characteristic’” (Weissenbacher 2019: 263). Wird der Grad an Industrialisierung („manufacturing industry“) und der Grad an Industrieproduktion („manufacturing of machinery and equipment“) gegenübergestellt, ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 8: Grad an Industrialisierung und Grad an Industrieproduktion

	Grad an Industrialisierung 2010-2016	Grad an Industrieproduktion 2016
Deutschland	Hoch	Hoch
Österreich	Hoch	Hoch
Rumänien	Hoch	Niedrig

(vgl. Weissenbacher 2019: 265)

⁹ Auf diese Fälle wird in der vorliegenden Arbeit nicht näher eingegangen, da das den Rahmen der Arbeit übersteigen würde. Für detaillierte Informationen siehe Weissenbacher (2019: 242ff). Österreich sei hier als einziges Beispiel angeführt, da dieses vor 1970 zur Semiperipherie zählte und seit dem Aufstieg zum Zentrum diese Position halten konnte.

Industrielle Produktion ist demnach nicht mehr das charakteristische Merkmal für das Zentrum, sondern vielmehr die Kontrolle von TNC und damit von Güterketten: „These data paint an intense picture of the core-(semi)periphery situation in the EU. The status of the core means the control of TNC and European commodity chains” (Weissenbacher 2019: 248). Um diese Art der Kontrolle messbar zu machen, können Daten der ausländischen Direktinvestitionen herangezogen werden: „Very generally, the (semi)peripheral countries do have negative values in net FDI stocks, which means they import more FDI than they export. The situation is reversed in the core countries“ (Weissenbacher 2019: 254).

Für den Grad an Industrialisierung, TNC pro Kopf und FDI pro Kopf ergeben sich folgende Daten:

Tabelle 9: Grad an Industrialisierung, TNC pro Kopf (Deutschland = 100), FDI pro Kopf (Deutschland = 100)

	Grad an Industrialisierung 2010-2016	TNC pro Kopf 2014	FDI pro Kopf 2010-2016
Deutschland	Hoch	100	100
Österreich	Hoch	261	74
Rumänien	Hoch	-	-57

(vgl. Weissenbacher 2019: 246, 251, 255)

Die Daten bestätigen in Hinblick auf das Zentrum-Peripherie-Modell die Theorie, dass industrielle Produktion keine typische Zentrums-Aktivität ist, während die Kontrolle von transnationalen Konzernen eine große Rolle spielt.

Österreich profitierte hinsichtlich seiner FDI-Position von der EU-Osterweiterung 2004 (vgl. Weissenbacher 2019: 259ff). Dieses politisch und wirtschaftlich wichtige Ereignis führte in Österreich nicht nur zu einem Aufschwung der Ostregion, sondern auch zur „Etablierung Wiens als Kontroll- und Entscheidungszentrum vor allem für den ost- und südosteuropäischen Raum mittels ausländischer Direktinvestitionen [...]“ (Reiner et al. 2015: 171). Österreichs Anteil an ausländischen Investitionsbeständen in Rumänien betrug 2019 12,2 %. Auch in den vielen anderen osteuropäischen Ländern ist die Bedeutung österreichischer Investitionen sehr groß. In zwölf osteuropäischen Ländern zählt Österreich zu den Top 5 Investoren, in einigen Ländern ist der Anteil Österreichs sogar größer als jener Deutschlands. Österreichs wirtschaftliche Position in Osteuropa ist daher beachtlich (vgl. Grübler 2020: 51f).

Gleichzeitig ist Österreich hinsichtlich seines industriellen Produktionsprozesses stark in jenen von Deutschland integriert (und somit auch davon abhängig) (vgl. Weissenbacher 2019: 268). Außerdem ist die Lage eines Landes, „especially distance from countries which are more powerful in these respects“ (Seers 1979b: 100), ein wichtiger Faktor im Zentrum-Peripherie-Modell. Dass Österreich ein Nachbarland von Deutschland ist, trägt somit zur Lage Österreichs als zum europäischen Zentrum zählend bei. Gleichzeitig spielt wahrscheinlich auch die gemeinsame Sprache Österreichs und Deutschlands eine Rolle hinsichtlich der Beziehung der beiden Länder, was wiederum Österreichs Position als Zentrumsland der EU fördert.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass viele Indikatoren darauf hinweisen, dass Rumänien innerhalb der EU zur Peripherie zählt. Diese Einteilung hat sich seit den ersten Einschätzungen in den 1970er-Jahren aus dependenztheoretischer Sicht nicht geändert. Die meisten aktuellen Daten aus den Bereichen Wirtschaft, Lebensbedingungen und Arbeitsmarkt bestätigen somit die Theorie. Bestimmte Tendenzen zeichnen ein gegenläufiges Bild ab, wie beispielsweise die relativ niedrige Anzahl an Erwerbstätigen im Tourismus, vor allem im Vergleich zu Österreich und Deutschland. Dieser Widerspruch widerlegt jedoch die Theorie nicht ganzheitlich, sondern verdeutlicht vielmehr die Komplexität des Zentrum-Peripherie-Schemas. Die Forschungsarbeit hat des Weiteren nicht den Anspruch, auf sämtliche Indikatoren tiefer einzugehen, da die dargelegten Indikatoren bereits einen guten Überblick bieten und die theoretischen Ausführungen des Europäischen Dependenzparadigmas abdecken. Zudem zeigen die Daten aus den Bereichen Industrialisierung und Kontrolle über Güterketten, dass sich die Zentrums-Charakteristik im Laufe der Zeit ändert.

Österreich zählt hingegen zum Zentrum der EU, nicht zuletzt wegen seiner geografischen Nähe zu Deutschland sowie seiner kulturellen und sprachlichen Gemeinsamkeiten. Die wirtschaftlichen Indikatoren bestätigen Österreichs Zentrumsposition, sowie die meisten anderen thematisierten Indikatoren. Somit hat sich auch diese Einteilung seit den 1970er-Jahren nicht verändert.

Im Zuge der Forschungsarbeit wird die Kategorisierung und Beziehung der Länder innerhalb der Care-Ökonomie analysiert. Daher wird das Bild mit weiteren Daten des Arbeitsmarkts in der 24-Stunden-Betreuung ergänzt werden, um die Verhältnisse zwischen Zentrum und Peripherie in dieser Branche besser verstehen zu können.

3.1.2 Güterketten-Ansatz

Das Konzept der (Globalen) Güterkette ((Global) Commodity Chain), das aus der Weltsystemtheorie stammt, bietet eine Möglichkeit, die Verteilung von Produktion und Wertschöpfung entlang einer Güterkette zu analysieren. Die Weltsystemtheorie ist eng mit dem Dependenzparadigma verbunden. Darin wird davon ausgegangen, dass das kapitalistische Weltsystem aus politisch unabhängigen Staaten besteht, die jedoch „über ein System des Austauschs funktional miteinander in Verbindung stehen“ (Schmidt 2016: 140). Gemeinsam hat die Weltsystemtheorie mit dem Dependenzparadigma, dass die internationale Arbeitsteilung als asymmetrisch angesehen wird. Die Weltsystemtheorie fokussiert jedoch im Unterschied zu Dependenztheorien eher historische Strukturen über mehrere Jahrhunderte hinweg (vgl. Schmidt 2016: 139ff).

Eine Güterkette im Sinne der Weltsystemtheorie „verweist auf die räumlich ungleiche Verteilung von Konkurrenz und die daraus folgende ungleiche Verteilung der Möglichkeiten, jenen Wert anzueignen, der entlang der Güterkette geschaffen wird. Auf diese Weise strukturieren und reproduzieren globale Produktionsketten ein hierarchisches Weltsystem bestehend aus Zentrum, Semiperipherie und Peripherie“ (Fischer et al. 2009: 12).

Derartige Analysen bieten den Vorteil, dass mehrere Staaten oder Regionen und die internationale Arbeitsteilung im Fokus stehen. Der Nachteil von Forschungsansätzen über (Globale) Güterketten und Produktionsnetzwerke ist, dass sich die Operationalisierung sowie die Datenverfügbarkeit als Herausforderung darstellen können (vgl. Fischer et al. 2009: 16f).

Zentrum, Semiperipherie und Peripherie können mittels Güterketten-Ansatz analytisch über Staatsgrenzen hinweg in Verbindung gesetzt werden. Zentral ist dabei die Annahme, dass sich der Wert entlang der Güterketten in Zentrum, Semiperipherie und Peripherie ungleich verteilt. Durch ebendiese ungleiche Verteilung von Wert ergibt sich überhaupt erst der Vorteil der internationalen Arbeitsteilung (für das Zentrum), der auf Profit ausgelegt ist (vgl. Weissenbacher 2019: 74ff).

Die Rolle, die Staaten in dieser Hinsicht spielen, kann kritisch gesehen werden: „States are seen as having a priority of securing their monopoly of power on their territories, and not the creation of wealth. They compete against other states attempting to upgrade their position in the division of labor“ (Weissenbacher 2019: 80). Staaten haben dabei nicht alle die gleichen Möglichkeiten, Einfluss auf Güterketten oder die Arbeitsteilung zu nehmen (vgl. Weissenbacher 2019: 80).

Der aus der Weltsystemtheorie stammende Güterketten-Ansatz wurde vielfältig weiterentwickelt (beispielsweise Globale Wertschöpfungsketten, Globale Produktionsnetzwerke), um die zunehmende Komplexität von internationalen Arbeits- und Produktionsnetzwerken zu erfassen. Da diese Varianten den Wurzeln der Weltsystemtheorie teilweise entwachsen, beschäftigt sich Jennifer Bair mit Kriterien für weltsystemtheoretisch geleitete Forschungsansätze über Güterketten, die für die vorliegende Forschungsarbeit bezüglich Care Chain herangezogen werden. Wichtig ist dabei im Sinne der Weltsystemtheorie die Bedeutung der vorherrschenden kapitalistischen „world-economy“. Güterketten reflektieren demnach das soziale System des modernen Kapitalismus (vgl. Bair 2014: 1f).

Um eine an der Weltsystemtheorie ausgerichtete Güterkettenforschung durchzuführen, sind laut Bair vier Aspekte zentral:

1. Staaten und Güterketten

Während sich Güterketten international erstrecken, spielen Staaten – vor allem Zentrumsstaaten – eine bedeutende Rolle in der Gestaltung von Güterketten: „One of the many ways that states, at least core states, shape commodity chains is by fostering institutional contexts that instantiate their particularistic interests as the formal rationality governing trade and production networks. Their ability to do so, however, may be threatened by changes in the relative power and position of particular actors within the world-system” (Bair 2014: 3). Bereits Immanuel Wallerstein, ein berühmter Vertreter der Weltsystemtheorie, betonte laut Bair die Möglichkeiten von Staaten, zu entscheiden, was ihre Grenzen passiert (vgl. Bair 2014: 3).

Wie bereits erwähnt, haben jedoch nicht alle Staaten die gleichen Möglichkeiten, Einfluss auf Güterketten und Arbeitsteilung zu nehmen. Die Stellung innerhalb des Weltsystems, beziehungsweise des Zentrum-Peripherie-Schemas, ist dabei von großer Bedeutung. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass Staaten nicht direkt die Kontrolle über Güterketten innehaben, sondern die jeweiligen TNC, die ihren Sitz in den Zentrumsstaaten haben und sich innerhalb und gemeinsam mit den Zentrumsstaaten entwickeln. Trotzdem spielen Staaten durch ihre jeweiligen Regulierungen und Gesetzgebungen eine wichtige Rolle bei der Gestaltung von Güterketten. Laut Bair ist daher die Frage, mit welchen Methoden Staaten versuchen Güterketten zu gestalten, eine wichtige, wenn ein weltsystemtheoretisch inspirierter Ansatz verfolgt wird (vgl. Bair 2014: 2).

2. Güterketten und die Gliederung des Weltsystems

Güterkettenforschungen ermöglichen Analysen über die Beziehung von Staaten, weil diese über Güterketten miteinander in Verbindung stehen. Durch die unterschiedlichen Aktivitäten in Zentrum und Peripherie, die ebenfalls bereits thematisiert wurden, können Güterketten als „stratification mechanisms“, oder zumindest als reproduzierend, wirken, wenn es um die Gliederung im Zentrum-Peripherie-Schema und um globale Ungleichheit geht. „The relationship between commodity chain dynamics, the stratification of the world-economy, and the composition of the particular strata comprising this system is fundamental to our understanding of global inequality” (Bair 2014: 5). Bair stellt außerdem mit Bezug auf unterschiedliche Studien fest, dass Güterketten-Dynamiken zur Polarisierung innerhalb des Weltsystems beitragen. Weiters wirken Güterketten nicht als „a single, homogenous stratification mechanism“ (Bair 2014: 5), sondern beinhalten multiple (sektorenspezifische) Logiken (vgl. Bair 2014: 4f).

Aus diesem Grund gilt es in weltsystemtheoretisch geleiteten Forschungen auf die Frage einzugehen, welche Beziehung Güterketten und die Gliederung des Weltsystems (Einordnung von Staaten) haben, und wie sich diese über die Zeit verändert (falls sie sich verändert) (vgl. Bair 2014: 3).

3. Mehrwertbildung und Werterfassung in Güterketten

Ein Aspekt, der für die Entstehung von Mehrwert in Güterketten sorgt, ist die Kombination unterschiedlicher Formen von Arbeit, inklusive nicht-bezahlter und unfreier Arbeit, die normalerweise von Frauen geleistet wird: „Female (but also feminized) labor is critical for commodity chain dynamics because it generates part of the surplus that fuels accumulation, even as it is naturalized as „women’s work“, and is thus rendered invisible“ (Bair 2014: 6). Da dieser Aspekt für die vorliegende Arbeit relevant ist, wird auf die von Bair aufgeworfene Frage, woher Mehrwert in Güterketten kommt (vgl. Bair 2014: 3), in den Kapiteln 3.2 und 4.2.2 näher eingegangen.

Weitere Arten, auf die Mehrwert entstehen kann, beschreibt Bair mit Bezug auf eine Studie über die Güterkette von Apples iPad. Apple ist demnach in der Lage, den Großteil des Mehrwerts einzubehalten, weil der Konzern in den Bereichen Produktentwicklung und Design, Supply Chain Governance und Marketing und Einzelhandel eine Monopolstellung innehat. Weiters wird auch in dieser Studie der Wert von unter- und unbezahlter Arbeit

erkannt, sowie die Auslagerung von Kosten für Umweltschäden, die durch die Produktionsprozesse entstehen (vgl. Bair 2014: 7). Diese Darlegung passt somit weitgehend zur bereits beschriebenen Aufteilung von „brain activities“ im Zentrum und den „muscle-and-nerve activities“ in der Peripherie.

4. Güterketten als Möglichkeit für politische Organisation und/oder Widerstand

Güterketten sind sehr komplex und beinhalten nicht nur eine ökonomische Logik, sondern auch eine politische. Bair wirft daher die Frage auf, welche strukturellen und/oder diskursiven Möglichkeiten unterschiedliche Güterketten für politische Organisation und/oder Widerstand schaffen (vgl. Bair 2014: 3).

Aus einer kritischen, beziehungsweise aktivistischen, Perspektive können Güterketten-Forschungen daher dazu beitragen, auf die ungleiche Verteilung von Mehrwert und die zunehmende Polarisierung aufmerksam zu machen und dadurch als Grundlage für politische Organisation oder Widerstand verwendet werden. Das Wissen darüber „where and by whom decisions regarding how and under what conditions particular activities, including those that may compromise the well-being of workers, consumers, or the environment, are carried out“ (Bair 2014: 7) kann politisch instrumentalisiert werden (vgl. Bair 2014: 7).

Im Zuge der Forschungsarbeit wird für die Analyse auch das Konzept der (Globalen) Versorgungskette ((Global) Care Chain) herangezogen. Dieses baut auf einer ähnlichen Logik wie der des Güterketten-Ansatzes auf und bezieht sich auf die internationale Arbeitsteilung innerhalb der Care-Ökonomie. Es beschreibt das Phänomen, dass Care-Arbeit (beispielsweise Kinder- und Altenbetreuung oder Pflegearbeiten) an Migrant*innen weitergereicht wird. Somit entsteht „a pattern of women leaving their own families in developing nations to travel to more developed countries to care for children in well-off families. These women, in turn, hire other, poorer women in their countries of origin to care for their children“ (Nadasen 2017: 124). Dabei bildet sich ebenfalls ein ungleiches Tauschverhältnis. Die Fragen, inwiefern sich dieses Konzept in Zentrum-Peripherie-Beziehungen innerhalb Europas widerspiegelt, und inwiefern die Care Chain eine Güterkette im Sinne der Weltsystemtheorie darstellt, werden durch die Forschungsarbeit aufgegriffen.

3.2 Marxistische Ansätze und feministische Kritik und Erweiterungen

Um die Forschungsfragen akkurat beantworten zu können, bedarf es vorab noch der Klärung und Definition einiger Konzepte, die für die Arbeit eine wichtige Rolle spielen. Dabei wird vor allem Bezug genommen auf die Ware Arbeitskraft (die bei der 24-Stunden-Betreuung vordergründig ist), die Schaffung von Wert, beziehungsweise wie sich dieser Wert verteilt und wie Ausbeutung damit zusammenhängt, sowie die Frage danach, welche Rolle die Sphäre der Reproduktion dabei spielt. Dazu werden marxistische Ansätze herangezogen, die mit feministischer Kritik und Ergänzungen erweitert werden. Die jeweiligen marxistischen und feministischen Theorien und Kritiken werden dabei nur oberflächlich und übersichtsmäßig dargestellt und dienen als Grundlage für die weitere Arbeit. Eine detailliertere Auseinandersetzung mit diesen Theorien würde den Rahmen dieser Arbeit übersteigen.

Arbeitskraft als Ware

„Mit Arbeitskraft ist die *Fähigkeit* des Menschen gemeint, Arbeit zu verrichten, und unter den Bedingungen von Warenproduktion kann die Verausgabung von Arbeit zur Quelle von Wert werden. Verkaufe ich meine Arbeitskraft, dann überlasse ich diese Fähigkeit für einen bestimmten Zeitraum einem anderen. Beim Verkauf der Arbeitskraft wird nicht der ganze Mensch verkauft (ich werde nicht zum Sklaven), es wird aber nicht die Arbeit verkauft, Arbeit ist erst die *Anwendung* der Arbeitskraft. Dass nur die *Fähigkeit zum Arbeiten* und nicht die Arbeit gekauft wurde, zeigt sich u.a. dann, wenn vorübergehend Rohstoffe fehlen und der Geldbesitzer die gekaufte Fähigkeit nicht ausnutzen kann.“

(Heinrich 2005: 87f).

Die Arbeitskraft hat, wie jede andere Ware auch, einen Wert. „Wert“ wird in der (neo-)marxistischen Definition produziert durch jede Arbeit, deren Produkt getauscht wird (was auch eine Dienstleistung sein kann) (vgl. Heinrich 2005: 46). Sachen haben einen Gebrauchswert (Nützlichkeit) und können zusätzlich einen Tauschwert haben, was sie zu Waren macht. Auch Arbeitskraft ist in diesem Sinne eine Ware, die auf dem (Arbeits-)Markt angeboten wird (vgl. Heinrich 2005: 38ff; 87).

Im kapitalistischen System wird durch die „quantitative Vermehrung der ursprünglichen Geldsumme“ (Heinrich 2005: 83), Wertzuwachs erzielt, was im marxistischen Sinn auch als

„Mehrwert“ bezeichnet wird. Der Zweck von kapitalistischer Produktion ist ebendieser Mehrwert und nicht etwa Bedürfnisbefriedigung (vgl. Heinrich 2005: 83f).

Der Mehrwert kann durch Arbeitende entstehen, indem sie von Kapitalist*innen gezwungen werden, mehr zu produzieren, als sie für ihren Unterhalt benötigen würden. Er verbleibt bei den Kapitalist*innen in Form von Profit (vgl. Wright 2018: 50).

Um das Kapitalverhältnis aufrechtzuerhalten, muss fortlaufend Arbeitskraft auf dem Markt angeboten werden. Damit das möglich ist, muss der Wert der Arbeitskraft wiederum auch jene Kosten abdecken, die für die Reproduktion entstehen (vgl. Heinrich 2005: 90), auf die gleich noch näher eingegangen wird.

Der Faktor Arbeitskraft in einem Zentrum-Peripherie-Verhältnis kann mit Überlegungen von Suzanne Paine und dem Phänomen des „export of workers“ erklärt werden. Paine setzt sich mit Arbeitsmigration zwischen Westeuropa und der europäischen Peripherie auseinander. Sie beschreibt dieses Konzept als „Export von Arbeitskraft“, was sich auch auf die vorliegende Arbeit anwenden lässt.

In ihrem Werk über den Export türkischer Arbeitskräfte nach Westeuropa, den sie ab dem Zeitraum 1960 beschreibt, stellt sie fest, dass das westeuropäische Wirtschaftswachstum nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem großen Teil von Arbeitsmigrant*innen abhängig war. Westdeutschland und Österreich zählten bereits in dieser Zeit zu den Hauptimporteuren von Arbeitskräften aus der Peripherie. Die meisten der migrantischen Arbeitskräfte wurden nur temporär beschäftigt, mit der Absicht, dass diese sich nicht permanent in den „Gastländern“ ansiedeln. „In other words, the concept of the ‘permanent’ immigrant, i.e. a worker who, together with his family, leaves his native land for ever, is rarely met with in practice *unless* immigration restrictions or political factors make the initial decision to go abroad into a one-and-for-all one. Such restrictions apart, most migrants are semi-permanent migrants” (Paine 1974: 5).

Dieses Modell der temporären Arbeitsmigration wurde als das sogenannte „Gastarbeiter“-Modell bekannt. Es zeichnet sich laut Paine dadurch aus, dass die Migrant*innen tatsächlich nur aufgrund ihrer Arbeitsfähigkeit importiert wurden: „He is recruited solely because of his ability to work, and is discouraged from bringing non-working dependants. In other words, the host countries are really importing man hours, not families” (Paine 1974: 6). Bei dieser Form der Arbeitsmigration, beziehungsweise des Exports von Arbeitskraft, profitieren die

„Gastländer“, da diese die sozialen Kosten, die für die „non-working dependants“ (beispielsweise Kinder) entstehen würden, nicht übernehmen müssen (vgl. Paine 1974: 1ff). Wie sich zeigen wird, ist im Verhältnis der 24-Stunden-Betreuung eine ähnliche Logik zu erkennen. Auch wenn die Form, die die Arbeitsmigration im Fall der 24-Stunden-Betreuung annimmt, anders ist (da typischerweise im zweiwöchigem Rhythmus gependelt wird, während das „Gastarbeiter“-Modell eine Art zeitlich befristeter Arbeitsmigration beschreibt, das aber bezüglich Dauer stark variieren kann), werden hier ebenfalls soziale Kosten durch den Import von Arbeitskräften aus der Peripherie gespart. Weitere Vorteile (und auch Nachteile), die das „Gastland“, aber auch das Heimatland durch die Arbeitsmigration haben, werden später noch thematisiert. Wichtig ist jedoch im Zusammenhang mit Paines Überlegungen, dass auch bei der 24-Stunden-Betreuung Arbeitskraft – ähnlich wie eine Ware – importiert wird. Für die (zweiwöchige) Arbeitszeit, in der die Arbeitskraft gebraucht wird, leben die Betreuer*innen in Österreich. Die (zweiwöchige) Freizeit, in der sie nicht „produktiv“ sind, verbringen sie im Heimatland.

Ausbeutung

Im Laufe der Arbeit wird sich zeigen, dass Ausbeutung ein wichtiges Thema bezüglich der 24-Stunden-Betreuung ist, das mit dem Sachverhalt der Arbeitskraft als Ware zusammenhängt. Daher wird vorab erläutert, wie „Ausbeutung“ in der vorliegenden Arbeit definiert wird: Mit Ausbeutung ist gemeint, „dass die beherrschte Klasse nicht nur ihren eigenen Lebensunterhalt produziert, sondern auch den der herrschenden Klasse“ (Heinrich 2005: 12). Dieser Definition liegt ein kritisches Verständnis von Kapitalismus generell zugrunde, sowie Kritik an ökonomisch begründeten Herrschaftsverhältnissen. Während in vorkapitalistischen Gesellschaften unmittelbare Gewalt durch ein persönliches Verhältnis ausgeübt wurde (beispielsweise Sklaverei), werden in kapitalistischen Verhältnissen (Arbeits-)Verträge eingegangen, die zur formellen Freiheit und formellen Gleichstellung von Lohnarbeiter*innen und Kapitalist*innen führt. Der Kapitalismus beruht somit auf einem systemischen Herrschaftsverhältnis (vgl. Heinrich 2005: 11ff).

Es handelt sich bei diesem Begriff um einen aufgeladenen Begriff, da er

„[...] eine moralische Verurteilung besonderer Beziehungen und Praktiken suggeriert. Eine soziale Beziehung als ausbeuterisch zu beschreiben heißt sie als sowohl schädigend als auch ungerecht für die Ausgebeuteten zu verdammen. Und obwohl diese moralische Dimension von Ausbeutung

bedeutsam ist, kreist der Begriff in seinem Kern jedoch eher um einen besonderen Typ von antagonistischer gegenseitiger Abhängigkeit der materiellen Interessen von Akteuren innerhalb ökonomischer Beziehungen, als um die Ungerechtigkeit dieser Beziehungen selbst.”

(Wright 2018: 46)

Dem Begriff Ausbeutung wohnen Machtbeziehungen und Abhängigkeitsverhältnisse inne. Er lässt sich zudem nicht nur auf Klassenbeziehungen anwenden, wie im klassischen marxistischen Sinne, sondern auch auf andere soziale Beziehungen. Typischerweise kommen jedoch zwei Hauptklassen vor: Kapitalist*innen (besitzen Produktionsmittel) und Arbeiter*innen (besitzen keine Produktionsmittel). Bedeutend ist zudem, „dass der Ausbeuter den Ausgebeuteten in sozialen Beziehungen der Ausbeutung sowohl *schadet* als auch von ihnen *abhängig* ist, was eine antagonistische Struktur der wechselseitigen Abhängigkeit schafft“ (Wright 2018: 39). Im Unterschied zur „nichtausbeuterischen Unterdrückung“ sind Ausbeuter*innen auf die Ausgebeuteten und deren Arbeit angewiesen. Dadurch haben auch die Ausgebeuteten eine gewisse Form von Macht. Ausbeutung ist eine notwendige Bedingung für Profite in einer kapitalistischen Ökonomie, wenngleich nicht die einzige (vgl. Wright 2018: 45ff).

Klasse und Gender

Wie bereits erwähnt, gibt es in (neo-)marxistischen Strömungen die Klassen der Kapitalist*innen, die Produktionsmittel besitzen und Arbeiter*innen einstellen (Ausbeuter*innen) und Arbeiter*innen, die ihre Arbeitskraft verkaufen (müssen), da sie keine Produktionsmittel besitzen (Ausgebeutete). Als dritte Kategorie gibt es Kleinbürger*innen, die zwar über Produktionsmittel verfügen, jedoch keine Arbeiter*innen einstellen (weder Ausbeuter*innen noch Ausgebeutete). Klassenspaltung wird im marxistischen Sinne aufgrund dieses Verhältnisses der Eigentumsrechte und Ausbeutung erklärt (vgl. Wright 2018: 50).

Laut Heidi Hartmann, Gründerin des Institute for Women's Policy Research, gibt es feministische Kritik an dieser Einteilung, weil feministische Problematiken in den größeren Kontext des Kapitalismus zwar eingegliedert werden, die Kategorien im Marxismus jedoch geschlechtsblind („sex-blind“) sind. Zum besseren Verständnis feministischer Themen bedarf es einer Analyse der Beziehungen von Klasse und Geschlecht (vgl. Hartmann 1981: 2). Gerade die Unterordnung oder Unsichtbarmachung von Frauen in der Ökonomie macht feministische Ansätze notwendig.

Dass Gender nicht einfach der Klasse untergeordnet werden kann, wird durch das Konzept der Intersektionalität deutlich, weil diese Kategorien zusammenwirken und nicht etwa hierarchisiert oder bloß addiert werden können. Mit „Intersektionalität“ ist das Zusammenwirken mehrere Ungleichheitsstrukturen gemeint. Diskriminierung nimmt somit viele Formen an. Relevant für diese Arbeit ist bezüglich der Diskriminierungsformen, die durch Intersektionalität beschrieben werden können, inwiefern sich soziale Ungleichheit durch die transnationale 24-Stunden-Betreuung bildet oder manifestiert. Die Formen von Ungleichheit, die in der Arbeit thematisiert werden, sind staatliche, bzw. regionale Ungleichheit, die durch das Dependenzparadigma analysiert wird, genderspezifische Ungleichheit und Klassenunterschiede. Vermutlich spielen jedoch noch mehr Faktoren eine Rolle in diesen Ungleichheits- und Abhängigkeits-Strukturen, wie beispielsweise Bildung oder Alter.

Hartmann kritisiert sowohl die strikte Trennung von Feminismus und Marxismus, die historisch betrachtet oft separate Wege gingen („Bourgeoisie“-Feminismus einerseits und Klassenkampf andererseits), als auch die Dominanz des Marxismus über den Feminismus (wo Frauen schlicht als Teil der „working class“ gesehen werden). Sie plädiert dafür, dass feministische Themen den Klassenkämpfen nicht untergeordnet werden: „As women we must not allow ourselves to be talked out of the urgency and importance of our tasks, as we have so many times in the past“ (Hartmann 1981: 32). Trotzdem können marxistische Ansätze dabei hilfreich sein, da diese für sozialen Wandel stehen (vgl. Hartmann 1981: 29ff).

Die Analyse von Klassen spielt im Dependenzparadigma eine Rolle, da bereits in der Lateinamerikanischen Dependenzschule klassenanalytische Forschungsprogramme durchgeführt wurden (vgl. Schmidt 2016: 137). Auf internationaler Ebene kann beobachtet werden, dass sich durch Outsourcing von Produktion in Niedriglohnländer (in die Peripherie) der Druck auf Arbeiter*innen im Zentrum ebenfalls erhöhen kann. Das verdeutlicht die bereits erwähnten vertikalen und horizontalen Klassenkämpfe, da sowohl separat innerhalb des Zentrums als auch innerhalb der Peripherie Klassenunterschiede bestehen, als auch zwischen diesen beiden (vgl. Weissenbacher 2019: 40).

Soziale Reproduktion

Angesichts der Geschlechterverhältnisse in Deutschland kann laut Bettina Gutperl und Kerstin Wolter festgestellt werden, dass im Kapitalismus der reproduktive Bereich Frauen zugeschrieben wird (vgl. Gutperl und Wolter 2019: 28). Soziale Reproduktion meint jene

notwendigen mentalen, physischen und emotionalen Arbeiten (Aktivitäten, Verhaltens- und Handlungsweisen, Gefühle, Verantwortungen und Beziehungen) die zur Aufrechterhaltung und Reproduktion der Gesellschaft beitragen. Reproduktive Arbeiten ‚produzieren‘ Arbeitskraft, was sowohl die Bereitstellung von Essen, Kleidung etc. für Erwerbsarbeiter*innen einschließt, als auch die Betreuung und Erziehung von Kindern (zukünftige Erwerbsarbeiter*innen), sowie die Altenpflege und -betreuung (vgl. Bhattacharya 2017: 6f). Unter sozialer Reproduktion wird „in erster Linie Hausarbeit und Kinderkriegen verstanden. Die Wirtschaft braucht leistungskräftiges Personal, die Mütter ziehen es umsonst auf. Bevor Max Mustermann morgens zur Steigerung des Bruttosozialprodukts das Haus verlassen kann, braucht er ein sauberes Hemd und ein Frühstück“ (Scheyerer 2020: 29). Der Begriff „Reproduktionsarbeit“ bezieht sich normalerweise auf unbezahlte Arbeit, während mit „Care-Arbeit“ sowohl bezahlte, als auch unbezahlte Fürsorgearbeit gemeint ist.

Laut Susan Ferguson und David McNally sind sich sozialistische Feminist*innen seit den 1970er-Jahren darüber einig, dass die Wurzeln der Unterdrückung von Frauen in den dem Kapitalismus innewohnenden sozio-materiellen Beziehungen liegen. Die Bedeutung der Haushaltsarbeit als produktive Arbeit wurde in diesem Zusammenhang identifiziert, auch wenn es Debatten darüber gibt, ob diese im klassischen Sinne „produktiv“ ist oder nicht (da sie nur Gebrauchswert, jedoch keinen Tauschwert hat) (vgl. Ferguson und McNally 2013: xviiiiff).

Arbeitskraft wird jedoch laut Lise Vogel, auf die sich Ferguson und McNally beziehen, nicht kapitalistisch produziert, sondern innerhalb der „working class family“. Die Arbeit, die innerhalb des Haushalts, beziehungsweise innerhalb der Familie, erbracht wird, ist nicht kommodifiziert. Daher produziert sie nur Gebrauchswert und keine „commodities whose sale realises surplus-value for the capitalist“ (Ferguson und McNally 2013: xxv). Fest steht aber: „without domestic labour, workers cannot reproduce themselves; and without workers, capital cannot be reproduced“ (Ferguson und McNally 2013: xix). Die Haushaltsarbeit muss daher als integraler Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise anerkannt werden (vgl. Ferguson und McNally 2013: xviiiiff).

Haus- und Fürsorgearbeit wird ein geringerer Wert beigemessen, als der Produktion von Waren. Dadurch wird legitimiert, dass Reproduktion unentlohnt oder billig stattfindet. Im Zusammenhang mit dieser Abwertung stehen traditionelle Vorstellungen zum weiblichen

Rollenbild, wozu unter anderem zählt, „dass Frauen reproduktive Tätigkeiten aus Liebe zu anderen Menschen verrichten würden und von Natur aus gut dafür geeignet seien. So wird die Ausführung dieser Tätigkeiten zu einer Selbstverständlichkeit, die von Frauen gerne „gratis“ und ohne spezielle Qualifikation oder Vorkenntnisse gemacht werden bzw. gemacht werden könne“ (Gutperl und Wolter 2019: 30). Aus einer marxistischen Perspektive kann der Fakt, dass Care-Arbeiten abgewertete Arbeiten sind, so erklärt werden, dass es „im Interesse des Kapitals“ liegt, die Arbeitskraft von Arbeiter*innen zu erhalten, aber die Kosten für diese Erhaltung – somit die Kosten der Reproduktion – so niedrig wie möglich zu halten. Die Tatsache, dass Care-Arbeiten sowohl im klassischen ökonomischen Sinne, als auch in marxistischen Theorien nicht als wertschöpfend angesehen werden, sondern lediglich als Wert reproduzierend, führt dazu, dass marxistische Feminist*innen die Aufhebung der Trennung von unbezahlten Care-Arbeiten und bezahlter Lohnarbeit fordern, sowie die Kollektivierung aller anfallenden Tätigkeiten. Derzeit kann zwar eine Neuverteilung von Care-Arbeit beobachtet werden, aber diese verläuft international und weiterhin entlang der bereits bestehenden geschlechtlichen Arbeitsteilung (als länderübergreifende Care Chains). Die erhoffte Neuverteilung zwischen Männern und Frauen bleibt demnach aus. Die Care-Arbeit verteilt sich vielmehr weiterhin zwischen Frauen, diese stammen aber zumeist aus anderen sozialen Klassen, Ethnien oder Ländern. Obwohl auch Frauen im Zentrum (noch) nicht gleichgestellt sind, was vor allem auf die kapitalistische Produktionsweise zurückzuführen ist, gab es laut Gutperl und Wolter in den letzten hundert Jahren einen Emanzipationsschub, der jedoch nicht für alle Frauen die gleichen Auswirkungen hat, sondern abhängig von Klasse und Herkunft ist (vgl. Gutperl und Wolter 2019: 29ff).

Die Tatsache, dass sowohl im Zentrum als auch in der Peripherie Care-Arbeit ‚Frauenarbeit‘ ist, verdeutlicht zwar, dass es hier feministische Ansätze braucht. Gleichzeitig haben die Frauen im Zentrum aber mehr Möglichkeiten Care-Arbeiten weiterzureichen und können sich somit eher Lohnarbeit widmen, die besser bezahlt ist, als jene Care-Arbeiten, die von Frauen aus der Peripherie übernommen werden und zwar in diesem Fall auch bezahlt werden, aber meist prekäre Arbeitsbedingungen und schlechtere Bezahlung bergen.

Die Debatte um die soziale Reproduktion ist in dieser Arbeit erstens deshalb von Bedeutung, weil durch die Auslagerung der 24-Stunden-Betreuung an ausländische Arbeitskräfte ein Teil der sozialen Reproduktion in Österreich quasi gesichert wird (zwar nicht unbezahlt, aber unterbezahlt). Zweitens spielt die ‚gratis‘ Reproduktionsarbeit, die in Rumänien zum Teil von

Familienmitgliedern übernommen wird, um Versorgungslücken zu schließen, im Zuge der Analyse bezüglich der Care Chain eine wichtige Rolle. Diese beiden Punkte werden jedoch im Laufe der Arbeit noch genauer dargestellt.

Werttransfer

Bei der Analyse von Arbeits- und Ausbeutungsformen lässt sich das Konzept des Werttransfers anwenden, dem sich unter anderem Andrea Komlosy widmet. Dieser ist ein „Sammelbegriff für Werte, die sich ein Unternehmer (Kapitalist) durch Zugriff auf Arbeitserträge anderer Personen anzueignen vermag“ (Komlosy 2012: 36) und schließt zwar die marxistische Definition von Wert ein, fasst jedoch noch mehr auf. Die Aneignung fremder Arbeitserträge bezieht sich in dieser Definition nicht bloß auf Lohnarbeitsverhältnisse, sondern ergibt sich auch aus anderen Arbeitsleistungen (z. B. unbezahlte Haus- oder Subsistenzarbeit) oder aus Unterschieden bei Preisen und Produktivität. Die Aneignung jenes Werts, der aus unbezahlter Hausarbeit stammt, kann als Transferwert bezeichnet werden. Dieser bezieht sich auf die „Aneignung von Werten aus bezahlter, unterbezahlter und unbezahlter Arbeit“ (Komlosy 2012: 53). Jener Teil, der aus unbezahlter Arbeit stammt, und daher eine vermittelte Form von Wertabschöpfung darstellt, entsteht auf zwei Arten: erstens durch familiäre Verbindung unbezahlter Arbeit mit Lohnarbeit und zweitens durch Kombination verschiedener Arbeitsverhältnisse in Form von Güterketten (vgl. Komlosy 2012: 36ff).

Erstere bezieht sich damit mehr oder weniger auf die Kombination von reproduktiver Arbeit mit Erwerbsarbeit: „So wie LohnarbeiterInnen auf die Verbindung mit Personen angewiesen sind, die ihre Reproduktion besorgen, bedürfen unbezahlt Arbeitende der Verbindung mit einem Lohneinkommen, um die lebensnotwendigen Güter und Dienstleistungen einkaufen zu können. Lohnarbeit und Hausarbeit sind somit ein untrennbares Gespann, bei dem die eine Seite nicht ohne die andere überleben kann und von daher gegenseitige Bereitschaft besteht, Geld gegen Sorge und Sorge gegen Geld zur Verfügung zu stellen“ (Komlosy 2012: 46). Im Falle der Güterketten kann sich Transferwert unter anderem durch ungleichen Tausch aufgrund unterschiedlicher Positionen in der Wertschöpfungskette ergeben (vgl. Komlosy 2012: 48f). Beide Arten können bei den Arbeitsverhältnissen der 24-Stunden-Betreuung eine Rolle spielen.

Wenn Lohnarbeit von Informalisierung, Flexibilisierung, Prekarisierung und Unterbezahlung betroffen ist, spielen die Mehrwertbildung sowie der Transferwert eine besondere Rolle. Unterbezahlung erlaubt einen Extraprofit (vgl. Komlosy 2012: 46; 59).

Im Laufe der Arbeit wird aufgezeigt, welche Bedeutung der Transferwert in der 24-Stunden-Betreuung spielt.

4 Die Care-Ökonomie

In diesem Abschnitt wird der Themenkomplex europäische Care-Ökonomie behandelt und in einem dependenztheoretischen Rahmen analysiert. Dazu muss angemerkt werden, dass der Fokus der Analysen auf der 24-Stunden-Betreuung, die in Österreich seit 2007 als legales Modell besteht, liegt. Die 24-Stunden-Betreuung bildet nur einen Teil der gesamten Care-Ökonomie. Des Weiteren ist die Analyse vor allem auf die beiden Länder Österreich und Rumänien als Vertreter für Zentrum und Peripherie und die darin existierenden Abhängigkeits- und Ausbeutungsbeziehungen bezogen.

Care wird in der vorliegenden Forschungsarbeit definiert als „Bereitstellung der Güter und Dienstleistungen, die zum Schutz, zur Erhaltung und Wiedergewinnung von physischer, psychischer und sozialer Gesundheit und Wohlergehen eines Menschen nötig sind“ (Rosenberger 2014: 77). In der Care-Ökonomie, oder auch „Gesundheitsindustrie“, werden kommerzielle Dienstleistungen angeboten, wodurch sie laut Michael Rosenberger, der sich unter anderem mit Ethik in der Care-Arbeit auseinandersetzt, einen großen Markt darstellt. Zudem betont er die Problematik, die dem Begriff innewohnt: der Diskrepanz zwischen Ökonomie einerseits (aus deren Perspektive Care aufgrund von wirtschaftlichen Gesichtspunkten wie Effizienz und Produktivität organisiert wird) und Care andererseits (zwischenmenschliche Handlungen, die nicht auf ökonomische Kriterien reduziert werden können). Die Verschiebung von Care-Arbeit in den professionellen Bereich beschreibt er als Folge der vermehrten Erwerbsarbeit von Frauen, da diese den Großteil von (unbezahlter und bezahlter) Care-Arbeit leisten (vgl. Rosenberger 2014: 78f).

In Österreich wird tatsächlich die große Mehrheit der Pflegearbeit von Frauen verrichtet, auch im privaten Bereich ¹⁰. Laut dem österreichischen Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz waren im Jahr 2019 82,9 % der pflegenden Angehörigen weiblich (vgl. BMSGPK 2020: 10). 467.752 Personen waren zum 31.12.2019 Pflegegeld-anspruchsberechtigt. Das Pflegegeld stellt einen finanziellen Beitrag dar, der

¹⁰ Care-Arbeit umfasst mehr als ‚nur‘ die Pflege und Betreuung älterer Menschen, sondern beispielsweise auch Kinderbetreuung. Auf diese Aspekte der Care-Arbeit wird jedoch in dieser Arbeit nicht näher eingegangen.

pflegebedürftige Personen hinsichtlich der pflegebedingten Mehraufwendungen unterstützt, wobei die Höhe dieses Beitrages von der Pflegestufe abhängig ist (vgl. BMSGPK 2020: 13; 123). Für die 24-Stunden-Betreuung gibt es – bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen, wie z. B. der Notwendigkeit, sowie mindestens Pflegestufe drei – zusätzlich eine finanzielle Förderung (vgl. BMSGPK 2020: 34).

Die erwähnte Verschiebung von Care-Arbeit in den professionellen Bereich bringt auch mit sich, dass die 24-Stunden-Betreuung in Österreich immer beliebter wird. Diese wird zu einem großen Teil von migrantischen Frauen, teilweise unter prekären Bedingungen, verrichtet, was im Zuge der Forschung näher thematisiert wird.

Mit „prekär“ sind in der vorliegenden Arbeit jene unsicheren Beschäftigungsverhältnisse gemeint, die atypisch sind und zu unsicheren Lebenslagen, eventuell sogar zu sozialem Abstieg, führen und die sozial und arbeitsrechtlich nicht gut abgesichert sind. Unsicherheiten und atypische Beschäftigungsverhältnisse der Gegenwart werden in der Prekarisierungsforschung auch „als Folge des neoliberalen Umbaus der Wohlfahrtssysteme“ (Motakef et al. 2014) interpretiert. Herkömmlich wird in Prekarisierungsdebatten die Erwerbsarbeit fokussiert. Von der Geschlechterforschung wird dieser Fokus kritisiert, da sich Frauen, die (unbezahlte) Reproduktionsarbeit leisten, oftmals aufgrund ihrer ökonomischen Abhängigkeit in prekären Lebenslagen befinden. Seit der vermehrten Erwerbstätigkeit von Frauen arbeiten diese zudem überwiegend in atypischen Beschäftigungsverhältnissen, wie Teilzeitarbeit. Zudem sind Migration (aufgrund des erschwerten Zugangs zur Erwerbsphäre) oder Sexualität Faktoren, die zu prekären Beschäftigungs- und Lebensverhältnissen beitragen können (vgl. Motakef et al. 2014). In dieser Arbeit ist jedoch vor allem die Form der Erwerbsarbeit, konkret die 24-Stunden-Betreuung, als prekäres – und somit unsicheres, atypisches und sozusagen skandalöses – Beschäftigungsverhältnis gemeint.

Neben der Prekarität, die in der 24-Stunden-Betreuung herrscht, und der Ausbeutung migrantischer Arbeitskräfte aus der Peripherie ist Gender ein weiteres wichtiges – und wohl auch offensichtliches – Thema.

Die 24-Stunden-Betreuung ist nicht nur deshalb ein feministisches Thema, weil es vor allem Frauen betrifft, die in diesem Sektor arbeiten, sondern weil Care-Arbeit als feminisierte Arbeit traditionell abgewertet wird. Gleichzeitig wird der Care-Ökonomie ein „emanzipatorischer Effekt“ zugeschrieben, weil Frauen durch die bezahlte Arbeit ökonomisch unabhängig seien und durch die teilweise Übernahme von Care-Arbeit durch Männer in den

Herkunftsländern traditionelle geschlechtliche Arbeitsteilung aufgebrochen würde. Gesamtgesellschaftlich ist die Veränderung der geschlechtlichen Arbeitsteilung jedoch nicht zu beobachten. Arbeitsteilung erfolgt nach wie vor entlang der Ungleichheitsachsen Gender, Ethnie und Klasse (vgl. Bachinger 2014: 134). Auf diesen drei Achsen baut laut Politikwissenschaftlerin Erna Appelt die österreichische Care-Politik auf und erzeugt diese wiederum selbst. Obwohl sowohl im familialen Kontext, als auch als Erwerbsarbeit geleistete Betreuungs- und Pflegearbeit europaweit ein Berufsfeld von Frauen ist, bestehen Unterschiede „hinsichtlich der gesellschaftlichen Anerkennung, Qualifizierung und Entlohnung“ (Appelt 2014: 103). Die „strukturelle Benachteiligungen aufgrund von Migration und sozialer Klasse in Kombination mit Geschlecht“ (Appelt 2014: 114) kumulieren demnach als intersektionale Faktoren. Intersektionalität spielt in der 24-Stunden-Betreuung auf jeden Fall eine Rolle.

Deutlich wird die Intersektionalität im Beispiel der 24-Stunden-Betreuung unter anderem dadurch, dass Frauen zwar global betrachtet mehr (unbezahlte und bezahlte) Care-Arbeit verrichten, aber nur besser verdienende Frauen oder Haushalte es sich leisten können, diese Arbeit gegen Bezahlung weiterzureichen. Im Zentrum herrscht Ungleichheit zwischen Frauen und Männern hinsichtlich der Verrichtung reproduktiver Arbeiten, genauso wie in der Peripherie. Frauen aus dem Zentrum haben jedoch meist mehr Möglichkeiten, die reproduktiven Arbeiten auszulagern.

Die beiden ersten genannten Ungleichheitsachsen – Gender und Ethnie – werden in dieser Arbeit hingehend durchleuchtet, wobei die Kategorie „Ethnie“ eher mit Herkunft (oder Nationalität) gleichgesetzt wird und keine differenziertere Analyse vorgenommen wird (beispielsweise wird nicht differenziert, ob die 24-Stunden-Betreuer*innen aus Rumänien zur ethnischen Minderheit Roma oder Sinti gehören). Die dritte Ungleichheitsachse – Klasse – spielt bezüglich Ausbeutungsbeziehungen ebenfalls eine bedeutende Rolle, was jedoch bereits im Kapitel 3.2 thematisiert wurde.

Die Relevanz der Thematik dieser Arbeit ergibt sich unter anderem aus der aktuellen Sichtbarkeit von Pflege- und Betreuungsarbeit aufgrund der Corona-Krise als „systemrelevante“ Arbeit, die einerseits gelobt und beklatscht wird, andererseits jedoch schlecht bezahlt ist. Laut Politik- und Sozialwissenschaftlerin Jenny Weber gab es bereits vor der Corona-Pandemie einen weltweiten „Pflegenotstand“. Sie erkennt diesen als Folge „einer neoliberalen Politik, die Profite vor die Bedürfnisse der Menschen stellt und prekäre

Arbeitsverhältnisse begünstigt“ (Weber 2020: 13). Zeitdruck, Rationalisierung, Prekarisierung und Ausbeutung sind die Konsequenzen davon. Der herrschende Fachkräftemangel in dieser Branche wird nicht etwa mit verbesserten Arbeitsbedingungen bekämpft, sondern mit Pflegekräften aus dem Ausland. Somit wird den Gesundheitssystemen anderer Länder geschadet und das Problem lediglich verschoben. Der sogenannte „Brain Drain“, das Abwandern qualifizierter Fachkräfte aus Herkunftsregionen oder Herkunftsländern, hat Auswirkungen auf die dortigen Gesellschaften. In den Zielländern spielt wiederum Diskriminierung dieser Arbeitskräfte eine Rolle (vgl. Weber 2020: 13ff).

Zunächst wird im folgenden Abschnitt zum empirischen Teil der Arbeit übergegangen, wo der aktuelle Forschungsstand dargestellt wird. Danach erfolgt die Analyse, inwiefern nun die 24-Stunden-Betreuung als ausbeuterische Dependenzbeziehung bezeichnet werden kann, inwiefern die Care Chain den Vorstellungen eines weltstheoretisch geleiteten Ansatzes der Güterkette entspricht und welche Rolle die aktuelle Corona-Krise für die 24-Stunden-Betreuung spielt.

4.1 Die 24-Stunden-Betreuung: Forschungsstand und aktuelle Daten

Die österreichische „24-Stunden-Betreuung“ (umgangssprachlich auch „24-Stunden-Pflege“) ist ein Modell, das größtenteils von Frauen aus osteuropäischen Ländern getragen wird. Das Konzept baut darauf auf, dass die Betreuungskräfte im Haushalt der zu pflegenden Person(en), somit ihrer Arbeitgeber*in(nen), wohnen und dadurch fast permanent zur Verfügung stehen. Dieses Modell bildete sich bereits seit den 1990er-Jahren als irregulärer, illegalisierter Pflegemarkt, wurde jedoch 2006 durch die Politik reguliert, indem das Personenbetreuungsgewerbe eingeführt wurde. Seitdem ist die 24-Stunden-Betreuung eine legale Arbeit, die vor allem als selbstständige Arbeit ausgeübt wird. Die Personenbetreuung bildet somit durch eine öffentliche Förderung, die wie bereits erwähnt pflegebedürftigen Personen in Österreich zusteht, einen Teil des österreichischen Pflegevorsorgesystems (vgl. Bachinger 2014: 127).

Für die Ausübung dieses Berufs müssen offiziell keine spezifischen Qualifikationen oder Ausbildungen nachgewiesen werden. Die Tätigkeit kann sowohl in Form unselbstständiger Beschäftigung ausgeführt werden, als auch in selbstständiger. In der Praxis wird jedoch fast nur das Selbstständigen-Modell realisiert. Üblicherweise wechseln sich dafür zwei 24-Stunden-Betreuer*innen in einem zwei- bis vierwöchigen Rhythmus ab. Im Fall einer

unselbstständigen Tätigkeit wäre diese Vorgehensweise arbeitsrechtlich nicht durchführbar (vgl. Österle 2014: 99).

Im Laufe der Arbeit wird sich noch zeigen, dass durch das Selbstständigen-Modell einerseits rechtliche Bestimmungen, wie das österreichische Arbeitszeitgesetz, umgangen werden. Andererseits sind selbstständige 24-Stunden-Betreuer*innen nur ‚scheinselfständig‘, da sie in großem Ausmaß von Vermittlungsagenturen abhängig sind. Die Art der Arbeit kann daher eher als ‚verschleierte‘ Lohnarbeit betrachtet werden, die vor allem von migrantischen Arbeitskräften ausgeführt wird, ohne die sozialen und arbeitsrechtlichen Absicherungen, die Unselbstständige normalerweise haben.

Durch die Legalisierung sind Personenbetreuer*innen zwar sozialversichert, die Arbeitsbedingungen und die Arbeitszeit sind jedoch nach wie vor prekär. Daher kann laut Politikwissenschaftlerin Almut Bachinger „von einer (Aus-)Nutzung von migrantischer Arbeitskraft gesprochen werden, bei der eine Komplizenschaft des Staates zu konstatieren ist“ (Bachinger 2014: 128). Die Nutzung migrantischer Arbeitskräfte ist aber nicht nur in der 24-Stunden-Betreuung zu beobachten, sondern stellt einen europäischen Trend dar, der sich generell in einer zunehmenden Kommodifizierung von reproduktiver Arbeit ablesen lässt, sowie an der steigenden Anzahl an migrantischen Arbeitskräften im Care-Bereich. Die globale Care-Ökonomie, die sich dabei herausbildet, baut demnach auf globaler Ungleichheit auf, bei der die „wohlhabenderen Wohlfahrtsstaaten“ profitieren, indem Kosten für soziale Reproduktion gesenkt werden (vgl. Bachinger 2014: 128). Was Bachinger als „wohlhabende Wohlfahrtsstaaten“ bezeichnet, kann in der vorliegenden Arbeit wohl als zum Zentrum zählend definiert werden.

Die Komplexität dieses Modells ergibt sich durch das Zusammenwirken mehrerer unterschiedlicher politischer Bereiche, die in diesem Zusammenhang auch als „Regime“ bezeichnet werden. „Regime bezeichnen als dominante institutionelle Muster und politische Logiken den Kontext von sozialen Verhältnissen, beispielsweise von Care Arrangements, Arbeitsverhältnissen oder Geschlechterverhältnissen. Sie bestimmen also wesentlich in welcher Form Care erbracht wird: durch die Familie, öffentlich in Form von sozialen Diensten oder Einrichtungen, oder durch den Markt“ (Bachinger 2014: 129). Gemeint sind damit Politiken, Praktiken, Normen, Diskurse und soziale Verhältnisse, sowie Konflikte, die für das jeweilige Regime relevant sind (vgl. Bachinger 2014: 129).

Nicht nur Care- und Arbeitsmarktregime beeinflussen die Gestaltung der 24-Stunden-Betreuung, sondern auch Gender- und Migrationsregime. Dadurch entstehen unweigerlich

Überschneidungen, Widersprüche und Lücken, da politische, rechtliche und institutionelle Aspekte dieser Bereiche zusammenwirken. Als Folge dessen können mehrere Formen von Diskriminierung entstehen, die in Kombination auf das Konzept der Intersektionalität zurückzuführen sind, das bereits erläutert wurde (vgl. Bachinger 2014: 128f).

Dass die Kommodifizierung, der Übergang von unbezahlter zu bezahlter Arbeit, Anerkennung von Care mit sich bringt, stellt zwar eine positive Entwicklung dar, gleichzeitig entstehen dadurch Finanzierungsprobleme. Durch die Weiterreichung dieser Arbeit an migrantische Arbeitskräfte wird dieses Problem im Zentrum verringert, dadurch entsteht wiederum eine internationale reproduktive Arbeitsteilung (vgl. Bachinger 2014: 130).

Die 24-Stunden-Betreuung kann aus mehreren Gründen als prekäre Arbeit bezeichnet werden. Um auf diese Gründe einzugehen, muss jedoch vorab geklärt werden, welche Regelungen und Arbeitsbedingungen grundsätzlich für die 24-Stunden-Betreuung gelten. Festgelegt sind der inhaltliche Umfang und die Grenzen des Betreuungsverhältnisses im Hausbetreuungsgesetz sowie in der Gewerbeordnung 1994:

„Das Hausbetreuungsgesetz sowie die Gewerbeordnung 1994 legen den inhaltlichen Umfang sowie die Grenzen von unselbständigen bzw. selbständigen Betreuungsverhältnissen fest. Im Wesentlichen umfasst die Betreuung alle Tätigkeiten, die der Hilfestellung in Haushalts- und Lebensführung dienen (z.B. Kochen, Besorgungen, Reinigung, Hilfestellung bei alltäglichen Verrichtungen, Gesellschaft leisten, etc.). Da Betreuungskräfte durch die Bestimmungen des Hausbetreuungsgesetzes sowie der Gewerbeordnung 1994 keinerlei Qualifikationen nachweisen müssen, ist die Ausübung pflegerischer und ärztlicher Tätigkeiten durch die Betreuungskraft nur unter Einhaltung bestimmter Erfordernisse möglich. Sofern keine pflegerischen bzw. medizinischen Gründe dagegen sprechen, dürfen Betreuungskräfte auch gewisse pflegerische Tätigkeiten wie die Unterstützung bei der Körperpflege, beim An- und Auskleiden, beim Essen und Trinken, bei der Arzneimitteleinnahme, bei Benützung der Toilette oder bei der Motorik übernehmen. Ärztliche Tätigkeiten wie die Verabreichung von Arzneimitteln, das Anlegen von Verbänden, von subkutanen Insulinspritzen oder der Blutentnahme aus der Kapillare zur Blutzuckermessung können nur übernommen werden, sofern ärztlich oder vom gehobenen Dienst für Gesundheits- und Krankenpflege explizit delegiert und nur nach fachlicher Anleitung und Unterweisung (neben anderen eingrenzenden Bestimmungen).“

(Famira-Mühlberger 2017: 24)

Diese Verordnung verdeutlicht, dass der Fokus der 24-Stunden-Betreuung tatsächlich auf Betreuung und Unterstützung, und nicht auf Pflege, liegt. Indirekt wird dadurch „eine weitere Unterstützung durch die Familie bzw. Bekannte oder durch mobile Dienste (wie auch die Hauskrankenpflege) vorausgesetzt, damit auch die pflegerischen Notwendigkeiten abgedeckt sind“ (Famira-Mühlberger 2017: 25). Dadurch, dass der Tätigkeitsbereich der 24-Stunden-Betreuer*innen auf Betreuung und Unterstützung ‚beschränkt‘ ist, wurde eine Art Schlupfloch gefunden, da für diese Arbeit nicht die gleichen Qualifikationen erforderlich sind, wie bei medizinischem Personal. Die Möglichkeit für pflegerische Tätigkeiten bleibt dabei trotzdem offen. In der Praxis werden sich betreuerische und pflegerische Tätigkeiten wohl häufig vermischen, wodurch umgangssprachlich oft auch von „24-Stunden-Pfleger*innen“ gesprochen wird.

Es kann daher sowohl vorkommen, dass Personen, die von Rumänien oder anderen osteuropäischen Ländern in Österreich als 24-Stunden-Betreuer*innen arbeiten, keinerlei Qualifikationen mitbringen, aber auch, dass sie eine höhere Ausbildung in diesem Bereich haben, beispielsweise als Krankenschwester. Tatsächlich ist laut den Soziologinnen Helen Schwenken und Johanna Neuhauser die Zuwanderung qualifizierter Arbeitsmigrant*innen eine Möglichkeit, „dem Fachkräftemangel sowie dem Alterungsprozess in Westeuropa entgegenzuwirken. Dennoch verhindern Regulierungen der Berufsstände und der Politik in vielen Fällen, dass ausländische Hochschul- und Berufsabschlüsse anerkannt werden. Viele Betroffene sehen sich gezwungen, eine Beschäftigung aufzunehmen, die unter ihrer Qualifizierung liegt. „Deskilling“ heißt dieser Prozess“ (Schwenken und Neuhauser 2019: 20). Manchmal kommt es sogar vor, dass mittel- oder osteuropäische Ärzt*innen in der Haushaltsarbeit und Pflege arbeiten (vgl. Schwenken und Neuhauser 2019: 20). Die Anerkennung von Qualifikationen stellt laut Bachinger nicht nur eine bürokratische, sondern auch eine finanzielle Hürde dar, die für Migrant*innen oftmals unüberwindbar ist (vgl. Bachinger 2014: 135). Dabei ist laut Fiona Williams, Expertin für Sozialpolitik, die Wahrscheinlichkeit, dass Migrant*innen überqualifiziert für ihre ausführende Arbeit sind, in allen EU-Ländern mehr als doppelt so hoch, als bei einheimischen Personen (vgl. Williams 2014: 16).

Trotzdem sind auch Krankenschwestern, die zuvor in heimischen Spitälern tätig waren, bereit, im Ausland als „Caregivers“ zu arbeiten. Zu diesem Schluss kam eine von slowakischen und tschechischen Universitätsinstituten durchgeführte Studie betreffend Jobzufriedenheit und

Abwanderungsgründen. Ausschlaggebend dafür sind unter anderem (Un-)Zufriedenheit mit der Arbeit, höheres Gehalt bei niedriger qualifizierter Arbeit, sowie die „social benefits“. Die Autor*innen dieser Studie kamen außerdem zu dem Schluss, dass die Bedeutung der Arbeitszufriedenheit und damit zusammenhängende Faktoren im Pflegebereich in ost- und mitteleuropäischen Ländern weitaus weniger erforscht ist, als in westeuropäischen Gesellschaften (vgl. Gurková et al. 2013: 113ff).

Gleichzeitig gibt es immer mehr Personen, die keine entsprechende Ausbildung haben und trotzdem in Österreich in der 24-Stunden-Betreuung arbeiten (vgl. Gurková et al. 2013: 119). Diese Entwicklung bestätigt eine von der österreichischen Sozialversicherung durchgeführte Studie betreffend Qualitätssicherung in der 24-Stunden-Betreuung. Anforderungen an 24-Stunden-Betreuer*innen werden demnach oftmals als zu gering eingeschätzt, „insbesondere von jenen Betreuungskräften, die in ihrem Herkunftsland zuvor eine pflege- und betreuungsrelevante Ausbildung, etwa als Krankenschwester, genossen hatten“ (Schmidt und Leichsenring 2016: 19).

Aus der bereits erwähnten Selbstständigkeit ergibt sich bereits das erste Argument für die Behauptung, dass die 24-Stunden-Betreuung als prekär bezeichnet werden kann, denn selbstständige Betreuungskräfte unterliegen – im Gegensatz zu unselbstständigen Betreuungskräften – keinen Arbeitszeitbestimmungen. Auch bei unselbstständigen Betreuungskräften gibt es zwar die Möglichkeit, die Arbeitszeit unter bestimmten Voraussetzungen zu erweitern, grundsätzlich gilt hier jedoch das Arbeitszeitgesetz (vgl. Famira-Mühlberger 2017: 24).

Ebenfalls der Selbstständigkeit geschuldet ist der Umstand, dass kein Anspruch auf Arbeitslosenversicherung besteht. Obwohl Vermittlungsagenturen diese Situation kompensieren könnten, ist das aufgrund fehlender Qualitätsansprüche für dieses Gewerbe in der Realität nicht der Fall. Wettbewerb findet hier vor allem über Preise statt und nicht über Qualität. Die österreichische Sozialversicherung (Pensionsansprüche, Krankenversicherung) wird wiederum als Grund genannt, in Österreich zu arbeiten (vgl. Schmidt und Leichsenring 2016: 16ff).

Weiters sind „das Fehlen von Erholungszeiten und nicht zulässige Vereinbarungen“ (Schmidt und Leichsenring 2016: 19), die hohe psychische Belastung und die unbezahlten Reisezeiten zwischen Österreich und dem Herkunftsland Gründe dafür, dass die Verhältnisse in der 24-

Stunden-Betreuung als prekär bezeichnet werden können (vgl. Schmidt und Leichsenring 2016: 19).

Die Bereitschaft, diese Bedingungen aufrechtzuerhalten, ist vermutlich auf den Umstand zurückzuführen, dass Pflege und Betreuung Arbeiten sind, die zum Teil von Familienangehörigen verrichtet werden. Aufgrund dieser „Nähe zur unbezahlten (Familien-)Arbeit lässt die Vorenthaltung einer gerechten Bezahlung, von sozialen Rechten, wie der Einhaltung von arbeitsrechtlichen Schutznormen als legitim erscheinen und führt zu Entgrenzung der Arbeit in örtlicher, zeitlicher und subjektiver Hinsicht“ (Bachinger 2014: 132). Durch die Legalisierung der 24-Stunden-Betreuung in Form des Personenbetreuungsgewerbes wurde diese Form der entgrenzten Arbeit legitimiert. Care-Arbeit ist insgesamt eine abgewertete, feminisierte Arbeit, die als prekariert bezeichnet werden kann und normalerweise im Niedriglohnssektor etabliert ist (vgl. Bachinger 2014: 132ff).

Die historische Herausbildung dieser Form der Care-Arbeit in Österreich beruht jedoch laut Politikwissenschaftlerin Ingrid Mairhuber nicht nur auf der angestrebten Legalisierung des zuvor irregulären Pflegemarktes, sondern auch auf der schwierigen Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenpflege. Denn bevor Angehörige von Pflegegeld-Bezieher*innen Betreuungs- und Pflegearbeit übernehmen, sind sie oftmals erwerbstätig. Sowohl innerhalb der Gruppe der erwerbstätigen als auch der nicht-erwerbstätigen pflegenden Angehörigen übernehmen überwiegend Frauen die Pflege der Angehörigen. Durch die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen in Österreich steigt der Bedarf an Pflegekräften. Das bereits erwähnte Pflegegeld wurde in Österreich 1993 eingeführt und kann in Anspruch genommen werden, „wenn aufgrund einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung ein Mindestausmaß an Pflegebedarf pro Monat vorliegt“ (Mairhuber 2014: 188). Dieses ist jedoch so gering, dass „eine bedarfsgerechte professionelle Pflege nicht finanzierbar ist“ (Mairhuber 2014: 189). Somit wird nach wie vor auf die Verfügbarkeit von Frauen als kostenlose bzw. kostengünstige Pflegekraft im familiären Kontext gesetzt (vgl. Mairhuber 2014: 188f). Grundsätzlich ist das Pflegegeld „zwar eine einkommensunabhängige universelle Geldleistung“ (Bachinger 2014: 132), pflegende Angehörige können jedoch keinen Anspruch auf diese Transferleistung erheben (vgl. Appelt 2014: 111). Für österreichische Pflegegeld-Bezieher*innen bietet die 24-Stunden-Betreuung, die an Frauen aus osteuropäischen Ländern übergeben wird, somit eine leistbare Alternative.

Rein formal hat die Legalisierung funktioniert, schon alleine deshalb, weil die Pflege trotzdem nicht teurer wurde, obwohl diese vorher nur als „Schattenwirtschaft“ existierte. Theresa Havlicek, Journalistin und Mitinitiatorin des Frauenvolksbegehrens, berichtet, dass die Formalisierung somit einerseits als Erfolg gewertet werden kann, auch wenn der politische Tenor zu lauten scheint: „Nicht ideal, aber der einzig leistbare Ausweg“. Zudem war die gesellschaftliche Akzeptanz des 24-Stunden-Modells bereits vor der Legalisierung groß. Andererseits kritisiert auch sie die Arbeitsbedingungen, sowie die Dumping-Preise, die sogar Druck auf die Löhne von qualifizierten österreichischen Pflegekräften ausüben. Sie resümiert, dass eine Chance verpasst wurde, „in einem wachsenden Betätigungsfeld qualitätsvolle, attraktive Arbeitsplätze (für vorwiegend Frauen) zu schaffen. Stattdessen entstand ein Niedriglohnsegment“ (Havlicek 2017).

Mit Stichtag 31.12.2020 waren insgesamt 60.061 selbstständige Personenbetreuer*innen bei der Wirtschaftskammer Österreich gemeldet (aktiv). Fast die Hälfte davon, nämlich 28.695 kommt aus Rumänien:

Tabelle 10: Selbstständige Personenbetreuer*innen nach Herkunft (per 31.12.2020)

	Total	In Prozent ¹¹
Rumänien	28.695	47,8
Slowakei	18.146	30,2
Kroatien	4.321	7,2
Ungarn	4.077	6,8
Bulgarien	1.755	2,9
Österreich	968	1,6
Polen	850	1,4
Tschechische Republik	331	0,6
Slowenien	330	0,5
Lettland	227	0,4
Sonstige	361	0,6
Gesamt	60.061	100,0

(vgl. WKO 2020: Selbstständige Personenbetreuer*innen)

Während 47,8 % aller selbstständigen 24-Stunden-Betreuer*innen aus Rumänien kommen, belegt die Slowakei mit 30,2 % und 18.146 aktiven Mitgliedschaften den zweiten Platz. Diese

¹¹ In Prozent: eigene Berechnungen.

beiden Länder stellen somit gemeinsam mit 78 % mehr als Dreiviertel der in Österreich arbeitenden 24-Stunden-Betreuer*innen. Dahingegen stammen von den gesamt über 60.000 in diesem Bereich tätigen Personen nicht einmal 1.000 aus Österreich selbst. Mit 1,6 % liegt Österreich damit am sechsten Platz noch hinter Kroatien, Ungarn und Bulgarien (vgl. WKO 2020: Selbstständige Personenbetreuer*innen).

Auffällig ist, dass keines der Herkunftsländer nach Definition des Europäischen Dependenzparadigmas zum Zentrum zählt (außer Österreich selbst), sondern entweder zur Semiperipherie (Tschechische Republik, Slowenien) oder zur Peripherie (Rumänien, Slowakei, Kroatien, Ungarn, Bulgarien, Polen, Lettland) (vgl. Weissenbacher 2019: 235).

Eine vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung durchgeführte Studie aus dem Jahr 2017 ergab, dass ca. 95 % aller 24-Stunden-Betreuungskräfte weiblich sind. Zudem ist die Altersverteilung aufschlussreich:

Tabelle 11: 24-Stunden-Betreuungskräfte nach Alter
(per 31.12.2015)

	In Prozent
Bis 30 Jahre	6,8
31-40 Jahre	17,4
41-50 Jahre	31,3
51-60 Jahre	33,9
Über 61 Jahre	7,6

(vgl. Famira-Mühlberger 2017: 29)

Die meisten 24-Stunden-Betreuungskräfte sind 51 bis 60 Jahre alt (33,9 %), gefolgt von jenen, die 41 bis 50 Jahre alt sind (31,3 %). Somit sind fast zwei Drittel zwischen 41 und 60 Jahre alt. Lediglich ein Viertel ist jünger als 41 Jahre alt und 7,6 % sind über 61 Jahre alt (vgl. Famira-Mühlberger 2017: 29). Die Autorin der Studie Ulrike Famira-Mühlberger resümiert, dass vor allem ältere Personen, „also jene deren Arbeitsmöglichkeiten in den Herkunftsländern vermutlich beschränkt sind“ (Famira-Mühlberger 2017: 28), darauf angewiesen sind, sich Arbeit in anderen Ländern, wie Österreich, zu suchen.

4.2 Die 24-Stunden Betreuung als Ausdruck einer ausbeuterischen Dependenzbeziehung

Nachdem nun dargestellt wurde, wie die 24-Stunden-Betreuung definiert ist, inwiefern sie als prekär bezeichnet werden kann, welche Vor- und Nachteile sie für Betreute und Betreuende haben kann und welche Personen am ehesten diese Arbeit ausüben, wird nun näher darauf eingegangen, welche Faktoren dazu führen, dass es sich um eine ausbeuterische Dependenzbeziehung handelt, die zwischen Zentrum und Peripherie besteht. Die folgenden Punkte sind charakteristisch für die 24-Stunden-Betreuung. Anhand dieser Punkte wird diese vor allem in Anbetracht des Europäischen Dependenzparadigmas näher beleuchtet, wodurch analysiert wird, inwiefern sie explizit oder implizit dazu beitragen, dass die 24-Stunden-Betreuung als Dependenzbeziehung im Sinne des Europäischen Dependenzparadigmas bezeichnet werden kann.

Kommodifizierung, Marktlogik und Wohlfahrtsstaat

Durch die Legalisierung der 24-Stunden-Betreuung fand gleichzeitig eine Kommodifizierung dieser Arbeit statt. Durch die steigende Kommodifizierung von Care-Arbeit ist auch der Einfluss von Märkten gestiegen, um den Bedürfnissen dieser Sparte zu entsprechen (vgl. Williams 2014: 16).

Laut den Soziologinnen Brigitte Aulenbacher und Maria Dammayr stellt die 24-Stunden-Betreuung ein Beispiel für einen politischen Anreiz dar, Care-Arbeit in den Privathaushalt zu verschieben, um somit den staatlichen Sektor zu entlasten. Dabei werden neue Märkte geschaffen, wie beispielsweise die professionelle Vermittlung von Pflegekräften durch Agenturen, auf die später noch näher eingegangen wird. Zudem ist Care ein Zukunftsmarkt, der nicht nur Kostensenkungsstrategien unterworfen ist, sondern grundsätzlich Ökonomisierungs- und Rationalisierungstendenzen aufweist. Neben der Marktlogik kommen dabei auch Logiken von Staat, Profession, Unternehmen, Familie, Religion und Gemeinschaft zur Geltung (vgl. Aulenbacher und Dammayr 2014: 69ff). Die Komplexität der Thematik wird dadurch deutlich. Um jedoch im Rahmen dieser Arbeit auf die relevantesten Punkte einzugehen, wird nun auf die Frage eingegangen, wie der österreichische Staat von der offiziellen 24-Stunden-Betreuung profitiert.

Das österreichische wohlfahrtsstaatliche System kann laut der Sozioökonomin und Pflegewissenschaftlerin Gudrun Bauer als „Cash-orientiert“ und „Familien-orientiert“ beschrieben werden. Das bedeutet, dass das „cash-for-care Schema“ für erhöhte

Auswahlmöglichkeiten für Betreute oder Pflegebedürftige sorgt und in Verbindung steht mit „user-driven developments in social care services“ (Bauer et. al 2014: 75). Der Fokus liegt somit deutlich bei den zu betreuenden Personen und nicht etwa beim Betreuungspersonal.

Auch die bereits erwähnte Studie der österreichischen Sozialversicherung betreffend Qualität und Qualitätssicherung in der 24-Stunden-Betreuung konzentriert sich vor allem auf die Situation der Betreuten, sowie der pflegenden Angehörigen, und nicht etwa auf die Situation der Betreuer*innen, obwohl diese ebenfalls für die Studie interviewt wurden. Hinzu kommt, dass nicht nur die Konzentration auf die Bedürfnisse der Kund*innen ‚reduziert‘ ist, sondern auch, dass durch mögliche ethnische Hierarchien das Gefälle zwischen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen verstärkt werden kann (vgl. Schmidt und Leichsenring 2016: 17).

Mit der bereits erwähnten „Familienorientierung“ ist wiederum gemeint, dass ein großer Teil von Care-Arbeit innerhalb von Familien erbracht wird. Zudem baut das wohlfahrtstaatliche System auf einer gegenderten Struktur der Care-Arbeit auf, da Care-Arbeit hauptsächlich von Frauen (bezahlt und unbezahlt) verrichtet wird (vgl. Bauer et. al 2014: 74). Laut Soziologin Martina Sekulová ist das „Outsourcing“ von Care-Arbeit weitgehend akzeptiert, weil die Arbeit vorwiegend an Frauen weitergereicht wird und somit die „logic of gender“ widerspiegelt (vgl. Sekulová 2012: 4).

Zudem spielt für die transnationale Care-Arbeit nicht nur Care-Politik eine wichtige Rolle, sondern auch Migrationspolitik. Regelungen und Gesetze bezüglich Pflege und Betreuung werden auf nationalstaatlicher Ebene beschlossen. Die offizielle Care-Politik von Österreich beinhaltet laut Soziologin Ewa Palenga-Möllnbeck, zu deren Arbeitsgebieten Migrations- und Geschlechterforschung zählen, die „Transnationalisierung der Altenpflege“ (vgl. Palenga-Möllnbeck 2014: 145), auf die später noch näher eingegangen wird. Die Verantwortung des Wohlfahrtstaats bezüglich Pflege und Betreuung wurde durch Privatisierung und Legalisierung der 24-Stunden-Betreuung auf migrantische Arbeitskräfte übertragen (vgl. Sekulová 2012: 4).

Wert, Mehrwert und Transfer von Wert

Eng im Zusammenhang mit der Marktlogik steht das Thema Wert: „Ist die Sorge für sich und andere profitabel, wird sie in Wert gesetzt und damit nach Maßgabe von Besitzindividualismus und Profitorientierung, den Prinzipien des Wettbewerbs, dem Vorrang der Verwertung vor der Existenzsicherung, der Kapitalakkumulation und den daran festzumachenden Dynamiken und Rationalität geleistet und nicht nach ihrem eigenen Maß“ (Aulenbacher und Dammayr 2014: 67).

Wert entsteht in der 24-Stunden-Betreuung durch den Tausch der Arbeitskraft gegen Geld, was eine Dienstleistung darstellt. Transferwert entsteht in diesem Verhältnis durch die Care-Chain-förmige Art der Arbeit (aufgrund der unterschiedlichen Lohnniveaus zwischen Österreich und Rumänien). Auch die Aneignung von Wert aus unbezahlter Arbeit ist in diesem Fall möglich, wenn die Versorgungslücken in Rumänien unbezahlt durch Familienmitglieder gefüllt wird, was im Abschnitt zur Care Chain noch genauer dargestellt wird. Die Frage, wer sich in diesem Fall den Wert aneignet, ist komplex. Sowohl der österreichische Staat, als auch die jeweiligen Pflegebedürftigen, die die 24-Stunden-Betreuung in Anspruch nehmen, profitieren maßgeblich durch ‚billige‘ Betreuungskräfte. Außerdem profitieren Vermittlungsagenturen im klassischen kapitalistischen Sinn.

Zudem kann im Bereich von Care-Arbeiten ebenfalls ein Mehrwert entstehen, der jedoch von der klassischen Definition abweicht: der „emotionale Mehrwert“. Dieser emotionale Mehrwert bezieht sich auf Aufmerksamkeit und Zärtlichkeit, die sich nicht bezahlen lassen, aber in den Herkunftsfamilien der Migrant*innen fehlen und den zu betreuenden Personen „geschenkt“ werden (vgl. Palenga-Möllnbeck 2014: 139f). Weil der Gebrauchswert von Arbeitskraft in ihrer Anwendung selbst besteht (vgl. Heinrich 2005: 90), kann in diesem Zusammenhang die Betreuungsarbeit, die definiert ist als „alle Tätigkeiten, die der Hilfestellung in Haushalts- und Lebensführung dienen“ (Famira-Mühlberger 2017: 24) als Gebrauchswert aufgefasst werden, während alles was darüber hinausgeht – wie die genannte Aufmerksamkeit und Zärtlichkeit – als emotionaler Mehrwert bezeichnet werden. Der Begriff des emotionalen Mehrwerts lässt sich jedoch auch kritisch betrachten, unter anderem aufgrund der Tatsache, dass dabei angenommen wird, dass sich Emotionen einfach „transferieren“ lassen würden (vgl. Brown 2006: 211). Trotzdem erscheint dieser Aspekt bedeutend, weil die Versorgungslücke in der Herkunftsfamilie auch geprägt ist durch die Abwesenheit der in Österreich arbeitenden Betreuer*innen, was auf die Familien der Betreuer*innen (und sicherlich auch auf die Betreuer*innen selbst) unter anderem emotionale Auswirkungen haben kann.

Auch der geografische Transfer von Wert, der laut Soja der zugrunde liegende Mechanismus von Zentrum-Peripherie-Beziehungen ist, spielt in der 24-Stunden-Betreuung eine Rolle. Diesen zu beziffern ist jedoch schwierig. Selbst bei der WKO sind „Daten aus der Leistungs- und Strukturstatistik [...] für den Fachverband 127 nicht verfügbar“ (WKO 2020 –

Personenberatung und Personenbetreuung: 19f). Der Fachverband 127 ist der Verband für Personenberatung und Personenbetreuung.

Doch selbst wenn dieser beziffert werden könnte, stellt sich die Frage, inwiefern dieser der Realität entspräche. Laut John Smith, Professor für Politische Ökonomie, findet eine systematische Unterschätzung des tatsächlichen Anteils, den Niedriglohn-Arbeiter*innen zum globalen Wohlstand beitragen, statt. Er führte Untersuchungen zu „typischen“ globalen Gütern und deren Produktionsprozessen durch (T-Shirt, Kaffee, iPhone), und stellte fest, dass rein ökonomische Daten die wahre Quelle von Wert und Profit oftmals nicht erfassen. Das hängt damit zusammen, dass diesen Faktoren neoklassische Konzepte zugrundeliegen, deren Interpretation mindestens soviel verbergen, wie sie offenbaren (vgl. Smith 2012: 86). Natürlich sind rumänische 24-Stunden-Betreuungskräfte nicht in die gleichen globalen Produktionsprozesse eingebunden, wie die Arbeiter*innen der oben genannten Waren, aber auch ihr Anteil, den sie zum Wohlfahrtsstaat Österreich beitragen, ist vermutlich beträchtlich. Denn Smith führt weiter aus, dass auch Ausbeutung aus den ökonomischen Daten nicht herauszulesen ist: „This relation of exploitation does not disappear entirely but remains partially visible in the paradoxes and anomalies which infest standard accounts of global political economy. These paradoxes and anomalies are like blemishes in a distorting lens that alert observers to its existence, making it necessary to identify and characterize this distortion so that the world can be seen as it is. This distortion is the misrepresentation of *value captured* as *value added*“ (Smith 2012: 86f). Transfer von Wert und Wohlstand spielt demnach eine bedeutende Rolle, die jedoch in rein ökonomischen Daten nicht dargestellt werden kann.

Der Vorteil, den Österreich durch das 24-Stunden-Modell hat, lässt sich jedoch nicht nur durch den ungleichen Tausch und den Transfer von Wert erklären, sondern auch durch reduzierte Sozialausgaben, die durch die Nutzung migrantischer Arbeitskräfte entstehen. Akkumulation im Zentrum ist demnach sowohl auf den transferierten Wert, als auch auf die Ausnutzung von aus der Peripherie bereitgestellte Arbeitskräfte zurückzuführen.

Vermittlungsagenturen

Für die Ausübung der Personenbetreuung ist ein Gewerbeschein notwendig. Seit 2016 gibt es zudem die gewerbliche Trennung von Personenbetreuung und Vermittlungsagenturen. Vermittlungsagenturen sind ein eigenes freies Gewerbe, das unter „Organisation von Personenbetreuung“ eingeordnet wird. Laut WKO Mitgliederstatistik gab es zum Stichtag 31.12.2020 888 aktive Mitgliedschaften im Bereich der Organisation von Personenbetreuung (vgl. WKO Personenberatung und Personenbetreuung: 11).

Vermittlungsagenturen tragen jedoch nicht unbedingt zur Verbesserung der Situation von 24-Stunden-Betreuer*innen bei. Flavia Matei, Aktivistin für den Verein DREPT, berichtet in einem Interview für die Kunsthalle Wien sogar von Ausnutzung der 24-Stunden-Betreuer*innen durch derartige Agenturen. Der Verein DREPT „ist eine selbstorganisierte Gruppe von rumänischen 24-Stunden-Personenbetreuer*innen und Aktivist*innen, die für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen“ (Kunsthalle Wien 2020). Die selbstständige Arbeit ist laut Matei „in Wirklichkeit eine deutliche Scheinselbstständigkeit, denn die Betreuer*innen sind meistens vollständig von Vermittlungsfirmen oder von den betreuten Personen und deren Angehörigen abhängig. Sie sagen ihnen, wann sie wo zu arbeiten haben. Der Sitz ihres Gewerbes ist die Adresse der betreuten Personen. Deswegen kann ihr Gewerbe auch gelöscht werden, wenn sie gerade keine Arbeit haben“ (Kunsthalle Wien 2020). Durch die Organisationsverträge übernehmen Vermittlungsagenturen die gesamte Abrechnung der Personenbetreuer*innen und erhalten sogar Inkasso-Vollmachten, die verpflichtend sind. Problematisch ist zudem, dass sowohl Vermittlungsagenturen als auch Personenbetreuer*innen von der WKO vertreten werden, was bei Konflikten zwischen diesen beiden unweigerlich auch zu einem Interessenskonflikt innerhalb der Organisation führt. Durch das Fehlen einer staatlichen Interessensvertretung für Personenbetreuer*innen sind diese leicht ausbeutbar. Dass das so bleibt, liegt nicht nur im Interesse des Staats und der österreichischen Gesellschaft, sondern auch im Interesse der Vermittlungsagenturen (vgl. Kunsthalle Wien 2020).

Um diese Verhältnisse im Schema des Dependenzparadigmas zu analysieren, wird hier auf Wallerstein zurückgegriffen. Laut Wallerstein ist es typisch, dass die Produktionsprozesse im Zentrum eine (Quasi-)Monopolstellung innehaben, während in der Peripherie starke Konkurrenz herrscht. Dadurch ist die Stellung der Peripherie schwächer, während das Zentrum eine stärkere Position innehat. Ebendiese Verhältnisse tragen zum ungleichen Tausch zwischen Zentrum und Peripherie bei (vgl. Weissenbacher 2019: 76f). Diese Situation ist mit der von Vermittlungsagenturen und Personenbetreuer*innen vergleichbar. Auch wenn den Vermittlungsagenturen im engeren Sinne keine Monopolstellung zukommt, stellen diese sehr wohl eine Art Barriere für die Personenbetreuer*innen dar. Sie geben außerdem die Arbeitszeit und den –ort an und haben durch Organisationsverträge eindeutig die stärkere Position inne.

Des Weiteren bezeichnen Arrighi und Drangel kapitalistische Unternehmen als Orte der Akkumulation (von Gewinn, Expertise, spezialisiertem Wissen, Organisation) (vgl.

Weissenbacher 2019: 79). Vermittlungsagenturen können in diesem Sinne wohl auch als kapitalistische Unternehmen definiert werden.

Bezahlung und Kosten(vorteil)

Die Bezahlung und die Aushandlung von Arbeitsbedingungen in der 24-Stunden-Betreuung werden den Kund*innen und Vermittlungsagenturen überlassen, da es diesbezüglich keine gesetzliche Ausgestaltung gibt. Obwohl die Bezahlung der 24-Stunden-Betreuungskräfte sehr niedrig ist, vor allem in Anbetracht des Arbeitsstundenpensums, stellt diese Arbeit eine Möglichkeit dar, um mehr zu verdienen als beispielsweise in Rumänien oder der Ostslowakei. Auch die Tatsache, dass während des Aufenthalts bei der zu pflegenden Person Kost und Logis zur Verfügung gestellt werden, trägt dazu bei, dass die prekären Arbeitsbedingungen in Kauf genommen werden. In den Herkunftsländern fallen normalerweise geringere Lebenserhaltungskosten an, wodurch auch außerhalb der Einsatzzeiten vom Lohndifferential profitiert werden kann (vgl. Famira-Mühlberger 2017: 28ff).

Durch die Selbstständigkeit gibt es für die 24-Stunden-Betreuer*innen keinen bezahlten Urlaub, bezahlten Krankenstand, Arbeitszeitregulierung oder sonstige Vorteile, die Unselbstständige normalerweise haben. Dadurch ist es für die Arbeitgeber*innen ein kostengünstiges, flexibles System, das gleichzeitig für die Arbeitnehmer*innen prekäre Arbeitsbedingungen schafft. Da es jedoch (zumindest bei formellen Verhältnissen) einen Vertrag mit dem Privathaushalt oder einer Vermittlungsagentur gibt, besteht zumindest eine Sozial- und Pensionsversicherung. Zusätzlich können Selbstständige freiwillig eine Arbeitslosenversicherung abschließen. Das monatliche Netto-Einkommen bei 2-wöchigem Rhythmus beläuft sich laut Bauer et. al auf ca. 900 Euro (ca. 60 Euro pro Tag), plus Kost und Unterkunft (vgl. Bauer et. al 2014: 77).

Matei berichtet davon, dass eine migrantische 24-Stunden-Betreuer*in zwei bis vier Euro pro Stunde erhält, was einen Tagessatz von 48 bis 96 Euro ausmacht. Eine Betreuungskraft, die ca. zehn Jahre in der Branche arbeitet, erhält ungefähr 100 Euro Pension pro Monat. Die Gefahr der Altersarmut ist daher in dieser Branche hoch (vgl. Kunsthalle 2020).

Laut Famira-Mühlberger ergibt sich beim Selbstständigen-Modell gegenüber dem Unselbstständigen-Modell ein Kostenvorteil von ca. 6.000 Euro pro Jahr für die Arbeitgeber*innen (bei Pflegestufe 3 und einem Tagessatz von 70 Euro; vgl. Famira-Mühlberger 2017: 36).

Der Kostenvorteil entsteht daher laut Bachinger „eigentlich aufgrund der Vorenthaltung eines Mindestlohns sowie insbesondere auf der Basis der Vorenthaltung von sozialen Rechten

(Arbeitszeitbeschränkungen durch eine reguläre Arbeitszeit, Recht auf bezahlten Krankenstand und Urlaub etc.)“ (Bachinger 2014: 134) und nicht etwa durch ‚billige‘ Arbeitskräfte aufgrund von Lohndifferenz zwischen Herkunfts- und Ankunftsland. Zudem wird die Auslagerung von Care-Arbeit an Migrant*innen üblicherweise als alternativlos dargestellt (vgl. Bachinger 2014: 134).

Auch wenn dieser Vorwurf grundsätzlich stimmen mag, so darf nicht außer Acht gelassen werden, dass diese Vorenthaltung sozialer Rechte zu großem Teil von migrantischen Arbeitskräften in Kauf genommen wird, weil die Vorteile für diese trotzdem überwiegen. Denn letztendlich führen die schlechteren Arbeitsmarktbedingungen in der Peripherie dazu, dass die Ausnutzung der migrantischen Arbeitskräfte durch das Zentrum überhaupt möglich ist. Somit ergibt sich der Kostenvorteil wohl aufgrund einer Kombination der beiden Faktoren.

Brain Drain und Care Drain

Ein weiteres Phänomen, das die ausbeuterische Dependenzbeziehung innerhalb der 24-Stunden-Betreuung verdeutlicht, ist der sogenannte „Brain Drain“, der im Zusammenhang mit der Care-Ökonomie auch „Care Drain“ genannt wird.

„Brain Drain“ beschreibt im Allgemeinen den Wegzug (hoch)qualifizierter Arbeitskräfte aus einer Region oder einem Land in eine andere Region oder ein Land, wodurch dort ein sogenannter „Brain Gain“ entsteht. Verbunden mit Themen bezüglich Care-Arbeit werden diese Phänomene auch „Care Drain“, beziehungsweise „Care Gain“, genannt.

Brain Drain ist ein typisches Charakteristikum für die Peripherie (vgl. Weissenbacher 2019: 74). Deutschland ist einer der Hauptprofiteure vom Brain Drain der aus Ost- und Südeuropa stammenden Fachkräfte im Gesundheitsbereich. Dort wird nicht nur im Bereich von Pflegekräften ein starker Zustrom verzeichnet, sondern auch bei Ärzt*innen. Die Fachkräfte stammen zum Teil aus anderen EU-Staaten, aus anderen europäischen Staaten, aber auch aus Mexiko, Brasilien oder den Philippinen. In Ost- und Südosteuropa „führt diese Abwanderungsbewegung zu großen Lücken bei der medizinischen Versorgung“ (German Foreign Policy 2020). Im April 2020 forderte der rumänische Ärztekammerpräsident Gheorghe Borcea daher Kompensationszahlungen der Zielländer aufgrund der Ausbildungskosten, die die Herkunftsländer tragen. Dadurch, dass nicht nur medizinisches Fachpersonal abwandert, erleiden die Herkunftsländer weitere Nachteile. Die volkswirtschaftlichen Schäden sind beispielsweise die Überalterung der Gesellschaften, weil meistens junge Fachkräfte abwandern, sowie damit zusammenhängende höhere Sozial- und

Gesundheitsausgaben. Brain Drain kann daher dazu beitragen, die wirtschaftliche Spaltung der EU zu verstärken. Dieses Phänomen stellt sowohl Ursache, als auch Wirkung der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten innerhalb der EU dar. Westliche Länder profitieren dabei auf Kosten anderer, normalerweise ärmerer, Länder (vgl. German Foreign Policy 2020). Doch nicht nur die Volkswirtschaft hat mit diesem Phänomen zu kämpfen, sondern im Fall des Care Drains, dem Verlust an Care-Arbeit, leiden „zunächst die eigenen Familien der Migrantinnen“ (Palenga-Möllnbeck 2014: 139).

Ausbeutung und Abhängigkeit

Es wurden bereits Gründe genannt, warum 24-Stunden-Betreuung als prekär bezeichnet wird, es wurden auch Gründe genannt, warum diese Arbeit trotzdem von Rumän*innen und anderen Osteuropäer*innen in Kauf genommen wird. Auf der einen Seite wird die „eher schlechte Arbeitsmarktsituation in den Herkunftsländern ausgenutzt [...], um Betreuung für relativ geringe Entlohnung einzukaufen“ (Schmidt und Leichsenring 2016:19), auf der anderen Seite sorgen beispielsweise das höhere Einkommen und die österreichische Sozialversicherung dafür, dass die Arbeit in Österreich angenommen wird. Dabei drängt sich unweigerlich die Frage auf, inwiefern in diesem Zusammenhang von Ausbeutung gesprochen werden kann, wenn die Arbeit doch freiwillig ausgeführt wird und die migrantischen Arbeitskräfte in irgendeiner Form auch von dieser Arbeit profitieren.

Um diese Frage zu beantworten, muss noch einmal auf die bereits erwähnte Definition von Ausbeutung verwiesen werden: Ausbeutung bedeutet nicht Unterdrückung und es wird keine unmittelbare Gewalt bei einem Ausbeutungsverhältnis angewandt. Ausbeutung besteht dann, wenn ein gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis besteht, dem jedoch ungleiche Machtbeziehungen innewohnen.

Ausbeutung bezieht sich demnach auf eine wechselseitige Abhängigkeit, was auf die Verhältnisse in der 24-Stunden-Betreuung mit Sicherheit zutrifft. Österreich ist von Rumänien und anderen Ländern aus der Peripherie abhängig, da die migrantischen Arbeitskräfte in der 24-Betreuung gebraucht werden, was sich schon allein an der Herkunft dieser ablesen lässt, wo deutlich zu sehen ist, dass lediglich 1,6 % aller 24-Stunden-Betreuungskräfte aus Österreich selbst stammen. Umgekehrt sind diese zum Teil von der Arbeit in Österreich abhängig, da die Arbeitsmarktbedingungen in den Herkunftsländern schlechter sind.

Die Frage, welche Form die Dependenzbeziehung annimmt, ist somit weitgehend geklärt. Die Abhängigkeit geht in beide Richtungen, ist somit eine gegenseitige Abhängigkeit. Wie stark jedoch die jeweilige Abhängigkeit ist, ist eine andere Frage. Damit im Zusammenhang steht

auch die Frage nach dem Handlungsspielraum. Österreich wird demnach vermutlich einen größeren Handlungsspielraum haben, da Care-Arbeitskräfte nicht nur aus Rumänien kommen, sondern auch aus anderen Ländern der Peripherie oder Semiperipherie. Würden rumänische Arbeitskräfte wegfallen, würden vermutlich vermehrt Arbeitskräfte aus anderen osteuropäischen Ländern nach Österreich kommen. Ob damit die ‚Lücke‘ geschlossen werden würde, die beim Wegfall rumänischer Care-Arbeiter*innen entstehen würde, bleibt jedoch offen. Diese Problematik verdeutlicht, dass ein europäischer oder EU-weiter Ansatz bezüglich Care-Politik zielführender wäre, da die Länder Österreich und Rumänien hier nur als jeweilige Beispiele für europäisches Zentrum und europäische Peripherie herangezogen werden. Eine Lösung, die dieses Schema aufgreift, wäre durchaus effektiver, als Regelungen auf Länderebene zu beschließen oder zu ändern.

Für die theoretische Erörterung der Handlungsmacht lässt sich das Konzept der Agency (im deutschsprachigen Raum auch: Handlungsmacht, Handlungsmächtigkeit, Handlungsbefähigung, oder Handlungsfähigkeit) heranziehen. Dieser Ansatz bietet sich an, „um Interessen marginalisierter Gruppen sichtbar zu machen und zu politisieren“ (Bomert 2020: 66). Das Agency-Konzept wird in der Ungleichheitsforschung verwendet, um soziale Bedingungen, beziehungsweise Benachteiligungen, die die individuelle und kollektive Handlungsfähigkeit einschränken, zu erforschen. Laut der Sozialwissenschaftlerin Christiane Bomert wirken innerhalb der Care-Ökonomie Machtverhältnisse auf mehreren Ebenen: individuell, als Geschlechterarrangement und als globales Abhängigkeitsverhältnis (vgl. Bomert 2020: 65ff).

Da die vorliegende Arbeit sich mit europäischen Abhängigkeitsverhältnissen auseinandersetzt und nicht mit globalen, wird auf diese Ebene nicht weiter Bezug genommen, beziehungsweise als Abhängigkeitsverhältnis zwischen Zentrum und Peripherie erörtert.

Auf der individuellen Ebene kann argumentiert werden, dass aufgrund der „Scheinselbstständigkeit“ das Abhängigkeitsverhältnis zuungunsten der Betreuer*innen ist, da sich die Arbeit vollständig an den Bedürfnissen der zu betreuenden Person orientiert, „die Arbeit ist örtlich und zeitlich exakt gebunden und wird in starker wirtschaftlicher und persönlicher Abhängigkeit zum Arbeitgeber ausgeübt“ (Havlicek 2017). Zudem erhalten 24-Stunden-Betreuer*innen in Österreich wenig Information über ihre Rechte (vgl. Havlicek 2017).

Weiters stellt sich die Frage, welche Handlungsmöglichkeiten auf dieser individuellen Ebene bestehen, solange Interessensvertretungen fehlen. Gerade weil es sich um migrantische

Arbeitskräfte handelt, ist es schwierig, sich „an Arbeitskämpfen zu beteiligen [...], weil sie in vielen Ländern nicht über die entsprechenden Rechte verfügen“ (Schwenken und Neuhauser 2019: 21). Laut Neva Löw, Politikwissenschaftlerin, deren Forschungsschwerpunkte unter anderem Gewerkschaftsforschung, Europapolitik und Migrationsforschung sind, gibt es vielfach Kritik an österreichischen Gewerkschaften aufgrund ihrer ambivalenten Positionen zum Thema Migration. Auch wenn in den letzten Jahren eine stärkere Inklusion von Migrant*innen in gewerkschaftliche Strukturen stattfand, ist die Verortung von Arbeiter*innen-Bewegungen stark an die Nation geknüpft (vgl. Löw 2019: 53).

Weiters wirkt sich die Tatsache, dass Care-Arbeit als „unskilled“ Arbeit wahrgenommen wird (was bei der 24-Stunden-Betreuung aufgrund der ‚Reduktion‘ auf Betreuung wahrscheinlich noch verstärkt wird), negativ auf Verhandlungen in diesem Bereich aus. „[...] this means that employers recruit those with least bargaining power. [...] A combination of migration rules and lack of social protection make migrant workers particularly attractive to employers“ (Williams 2014: 16).

Das Ungleichgewicht auf Gender-Ebene ist in der 24-Stunden-Betreuung offensichtlich. Frauen sind in diesem Bereich besonders von den Abhängigkeitsstrukturen betroffen, sowohl in der Peripherie, als auch im Zentrum, da die Sorge- und Pflegearbeit größtenteils von Frauen ausgeführt wird, egal ob in der Care-Ökonomie oder im privaten Bereich.

Transnationalität

Ein Faktor, der die Ausbeutung migrantischer Arbeitskräfte in der 24-Stunden-Betreuung besonders sichtbar macht, ist die Transnationalität. Als transnational werden grenzüberschreitende Phänomene bezeichnet, „die – lokal verankert in verschiedenen Nationalgesellschaften – relativ dauerhafte und dichte soziale Beziehungen, soziale Netzwerke oder Sozialräume konstituieren“ (Pries 2010: 13). Da 24-Stunden-Betreuer*innen typischerweise in regelmäßigen Abständen zwischen Herkunfts- und Zielland pendeln, wird diese zeitlich begrenzte Migration auch „Pendelmigration“ (oft auch „transnationale Migration“) genannt. Innerhalb der EU tragen relative kurze Distanzen und liberale Migrationsregime zu dieser Form des Pendelns bei. Die bereits erwähnte Transnationalisierung der Pflegearbeit spielt in der österreichischen Care-Politik eine wichtige Rolle (vgl. Palenga-Möllnbeck 2014: 141ff). Transnationalität hat im Rahmen der Care-Ökonomie Auswirkungen auf sozialer, örtlicher, institutioneller, beziehungsgestaltender, rechtlich politischer und ökonomischer Ebene (vgl. Bomert 2020: 61ff).

Im Zusammenhang damit steht laut der Sozialwissenschaftlerin Bettina Haidinger eine zunehmende ökonomische „Ungleichheit zwischen Nationalstaaten, bzw. peripheren und zentralen Regionen in einer globalisierten Wirtschaft, während sich die Mobilität von Menschen über nationalstaatliche Grenzen hinweg mit temporären oder langfristigen Migrationsprojekten erhöht“ (Haidinger 2013: 263).

Die rumänischen 24-Stunden-Betreuer*innen, die diese Pendelmigration leben, können dabei „als Benachteiligte sozialer Rechte“ gesehen werden, da sie das österreichische Wohlfahrtsystem „nur als Arbeitnehmerinnen nicht aber als Bürgerinnen nutzen dürfen“ (Haidinger 2013: 264). Sie tragen zwar zur Reproduktion des österreichischen Wohlfahrtssystems bei, gelten jedoch nicht als Bürger*innen, „sind von sozialer und politischer Bürgerschaft ausgeschlossen und arbeiten unter ungleich schlechteren Bedingungen als andere Personen in Österreich, was Arbeitszeit, Entlohnung, Perspektiven von Karriere und Berufswechsel und vor allem arbeitsrechtliche Durchsetzung von Ansprüchen anbelangt“ (Haidinger 2013: 264).

Resümee

Die genannten Punkte weisen darauf hin, dass sich europäische Care-Beziehungen als Ausdruck von Zentrum-Peripherie-Beziehungen definieren lassen. Auffällig ist, dass einige der genannten Faktoren, die für die Analyse der 24-Stunden-Betreuung eine große Rolle spielen, ursächlich durch die Differenz zwischen Zentrum und Peripherie entstanden, diese aber gleichzeitig verstärken und reproduzieren. Beispiele dafür sind der Kostenvorteil, den Österreich durch rumänische Arbeitsmigrant*innen hat, sowie die Ausbeutungs- und Abhängigkeitsbeziehungen. Brain Drain und Care Drain können hingegen als direkte Folgen von den Unterschieden am Arbeitsmarkt zwischen Zentrum und Peripherie betrachtet werden. Durch den Wegfall von Fachpersonal, beziehungsweise qualifiziertem Arbeitskräften in der Peripherie verstärken sich jedoch die Probleme, die dort meist schon vorherrschen.

Die Tatsache, dass die 24-Stunden-Betreuung durch die Kommodifizierung einer Marktlogik unterliegt, verdeutlicht die zugrunde liegenden kapitalistischen Verhältnisse, von denen der österreichische Wohlfahrtsstaat wiederum profitiert. Die 24-Stunden-Betreuung kann als Dependenzbeziehung bezeichnet werden, da auf beiden Seiten Vorteile entstehen. Die Ausbeutung, die dabei stattfindet, ist aufgrund der gegenseitigen Abhängigkeit möglich.

Da die dargelegten Themen sich konkret an der 24-Stunden-Betreuung orientieren, werden in den folgenden Unterkapiteln Themenblöcke behandelt, die die zugrunde liegende Theorie des Europäischen Dependenzparadigmas noch besser zum Vorschein bringen.

4.2.1 Arbeitsmigration von der Peripherie ins Zentrum

Laut Neuhauser, zu deren Forschungsschwerpunkten Migrationsforschung zählt, ist Arbeitsmigration in Europa sowohl ein hoch relevantes, als auch kontroverses Thema. Daher wird nun darauf eingegangen, wie klassische theoretische Konzepte bezüglich Migration mit dem Zentrum-Peripherie-Schema übereinstimmen. Zudem wird das Phänomen der Arbeitsmigration in der 24-Stunden-Betreuung beschrieben:

Ein Konzept, das sich auf die Beschäftigung von Migrant*innen im Niedriglohnsektor in Europa bezieht, ist die Konzeption von Arbeitsmigrant*innen als „industrielle Reservearmee“. Diese Konzeption bezieht sich auf marxistische Überlegungen. Demgemäß sind Arbeitslose und Unterbeschäftigte erstens ein notwendiges Produkt und zweitens sind sie der Hebel kapitalistischer Akkumulation, um Löhne niedrig zu halten. Traditionell hängt diese Konzeption bei Marx mit dem Niedergang der Landwirtschaft zusammen. Später wurde sie durch Stephen Castles und Godula Kosack auf Gastarbeiter*innen in Westeuropa in den 1950er- und 1960er-Jahren erweitert. Demnach führte das Erstarken von Arbeiterbewegungen dazu, dass die Aufrechterhaltung der „industriellen Reservearmee“ innerhalb „entwickelter“, kapitalistischer Länder immer schwieriger wurde. Um trotzdem die kapitalistische Akkumulation zu sichern, wurden immigrierte Arbeiter*innen als Ersatz gefunden. Migrant*innen erfüllen daher nicht nur eine wirtschaftliche Funktion, sondern auch eine gesellschaftspolitische, da die Arbeiter*innenklasse durch nationale und rassifizierte Kategorien gespalten wird und sich die lokalen Arbeiter*innen als „Arbeiteraristokratie“ wahrnehmen (vgl. Neuhauser 2019: 13f).

Auch in dependenztheoretischen Ansätzen findet sich das Konzept der „reserve labor army“ wieder. Diese Reservearmee wird von der Peripherie hervorgebracht und dem Zentrum zur Verfügung gestellt. Im Zusammenhang mit dieser Konzeption stehen Analysen bezüglich ungleicher Entwicklung innerhalb Europa, sowie bezüglich der negativen Konsequenzen von Arbeitsmigration für die Sende-, aber auch für die Empfängerländer (vgl. Weissenbacher 2019: 73).

Die Auswirkungen, die die Arbeitsmigration auf die Arbeitsverhältnisse in den Zielländern hat, sind laut Schwenken und Neuhauser umstritten:

„Ein Zusammenhang zwischen hoher Einwanderung und hoher Arbeitslosigkeit oder sinkenden Löhnen ist statistisch nicht bewiesen. Es gibt sogar Hinweise, dass Einwanderung sich gegenteilig auswirken kann: dass sie die Ökonomie stimulieren und die Arbeitslosigkeit der Einheimischen reduzieren kann. Hinzu kommt die Segmentierung des Arbeitsmarkts: Migrant*innen, insbesondere neu Zugezogene, konkurrieren oft nicht um dieselben Arbeitsstellen wie die Alteingesessenen, sondern decken die Nachfrage in eher unbeliebten Branchen.“

(Schwenken und Neuhauser 2019: 21)

Die gegensätzliche Argumentationen finden sich in klassischen Theorien, die Arbeitsmigration zu erklären versuchen, ebenfalls wieder: Auf der einen Seite vertreten beispielsweise Castles und Kosak die These, dass Migrant*innen in prekären Jobs eine Bedrohung für die Arbeitsbedingungen und Löhne der lokalen Arbeitskräfte darstellen. Auf der anderen Seite stellt Michael Piore fest, dass Migrant*innen zu besseren und stabileren Arbeitsplätzen im primären Segment des Arbeitsmarktes beitragen, „indem sie die instabilen Arbeitsplätze am unteren Ende der sozialen Hierarchie übernehmen und so ökonomische Fluktuationen abfedern. Sie bedienen damit spezifische Arbeitsbereiche („Migrantenjobs“), die von lokalen Arbeiter_innen gemieden werden“ (Neuhauser 2019: 15).

Die Teilung von Arbeit lokaler und migrantischer Arbeitnehmer*innen kann nach Piore mit dem Konzept des „dualen Arbeitsmarkts“ erklärt werden. Die Konzentration des Arbeitskräftemangels im Niedriglohnsegment wird mit der Annahme, dass lokale Arbeiter*innen „zu besser bezahlten, prestigeträchtigeren Positionen tendieren“ (Neuhauser 2019: 14), erläutert. Damit bei Arbeitgeber*innen keine Nachfragerücken entstehen, werden ausländische Arbeitskräfte rekrutiert, weil sie eine kostengünstige Alternative darstellen (vgl. Neuhauser 2019: 14f).

Die Frage, welche Argumentation im Bereich der Care-Ökonomie zutrifft, ist schwierig zu beantworten. Laut Havlicek üben die „unregulierten Dumping-Preise [der 24-Stunden-Betreuung; d. Verf.] Druck auf die Löhne der qualifizierten österreichischen Pflegekräfte aus“ (Havlicek 2017) und gehen damit auch auf Kosten von diplomierten Pflegekräften. Somit bestätigt sich die Annahme von Castles und Kosack bezüglich der Bedrohung für Löhne und Arbeitsbedingungen für die lokalen Arbeitskräfte. Gleichzeitig kann die Theorie von Piore auch herangezogen werden, wenn innerhalb der Care-Ökonomie die 24-Stunden-Betreuung betrachtet wird, deren prekären Arbeitsbedingungen und schlechte Bezahlung vor allem von

Migrant*innen aus der europäischen Peripherie in Kauf genommen wird. Die beiden Theorien schließen sich somit nicht zwingend gegenseitig aus, sondern hängen eher von der Perspektive ab, in der man sie betrachtet. Es zeigt sich, dass trotz der Schaffung von „Migrantenjobs“ in der 24-Stunden-Betreuung nicht zwingend „prestigeträchtigere Positionen“ im restlichen Pflege-Sektor geschaffen werden, beziehungsweise nicht in dem Ausmaß, in dem es für eine so bedeutende Arbeit angemessen wäre. Durch das Zutreffen beider Argumente wird daher deutlich, dass Care-Arbeit insgesamt eine abgewertete Arbeit darstellt.

Bestätigt werden kann diese Überlegung durch die Tatsache, dass sich der Bedarf an migrantischer Arbeit vor allen in jenen Sektoren konzentriert, „in denen die Nachfrage nach niedrig entlohnter und flexibler Arbeit besonders hoch ist“ (Neuhauser 2019:16). Auch wenn im Care-Sektor nicht direkt ein „dualer Arbeitsmarkt“ vorhanden ist, kann jedoch festgestellt werden, dass der Sektor in stark hierarchisierte Positionen geteilt ist, denen je unterschiedliche Rechte und Sicherheiten zustehen (vgl. Neuhauser 2019: 16). Migrantische 24-Stunden-Betreuer*innen erfüllen normalerweise jene Jobs, die am unteren Ende der beruflichen Hierarchien stehen und arbeiten zudem öfter im Privatsektor, als im öffentlichen Sektor, was weniger Formalisierung mit sich bringt. Dabei sind sie oftmals Diskriminierung und De-Qualifizierung ausgeliefert (vgl. Bauer et. al 2014: 73).

Kritikpunkte, die Neuhauser bezüglich der beiden klassischen Konzeption der industriellen Reservearmee und des dualen Arbeitsmarktes anführt und die auch für die vorliegende Arbeit von Bedeutung sind, sind folgende: Erstens wurden diese Theorien vor allem hinsichtlich Industrie und Landwirtschaft entwickelt. Durch den Übergang zu Dienstleistungsökonomien hat sich das Bild der Arbeitsmigrant*innen jedoch stark gewandelt (vgl. Neuhauser 2019: 15). Die Arbeitsmigration innerhalb der Care-Ökonomie bestätigt wohl diesen Kritikpunkt. Zweitens wird Arbeitsmigration in diesen Bereichen „hauptsächlich als männlich konzipiert, weshalb die Ansätze gendertheoretisch erweitert werden müssen“ (Neuhauser 2019: 15). Auch diesem Punkt kann hinsichtlich der vorwiegend weiblichen Migration im Care-Bereich nur zugestimmt werden.

Um die Analyse der Auswirkungen der Arbeitsmigration weiterzuführen, bei der nun die Zielländer bereits thematisiert wurden, kann mit Bezug auf die Herkunftsländer festgestellt werden, dass es hier ebenfalls positive als auch negative Effekte gibt. Die bereits erwähnte Abwanderung von Fachkräften und die damit verbundenen Kosten für die Herkunftsländer

zählen zu den negativen Auswirkungen. Da aber von den peripheren Herkunftsländern auch ein großer Anteil für gering qualifizierte und niedrig entlohnte Tätigkeiten, neben der Pflege beispielsweise auch in der Bauwirtschaft, Gastronomie und der Landwirtschaft, abwandert, bildet diese Abwanderung ein strukturelles Problem. Laut dem Soziologen Christoph Reinprecht wird die EU-Binnenwanderung auf EU-Ebene überwiegend positiv wahrgenommen, während diese ausgerechnet in den ost- und südosteuropäischen Herkunftsländern ein Problem darstellt (vgl. Reinprecht 2019: 35f).

Vor allem die innereuropäische grenzüberschreitende Pendelmigration, die typisch für 24-Stunden-Betreuer*innen ist, trägt wieder zur Entlastung der Zielländer bei, durch den Wegfall „der Aufgabe einer Integration migrantischer Population [...], während auf individueller Ebene die Situation zur Verbesserung von Einkommen und Lebensstandards genutzt wird“ (Reinprecht 2019: 37). Obwohl dieses Modell zwar den Bestrebungen der EU, regionale Ungleichheiten durch transnationale Politik zu reduzieren, korrespondiert, spielen ebenjene Ungleichheiten – kulturelle, politische und vor allem wirtschaftliche, was sich in Wohlstandsniveau, Lohndifferenz und Arbeitsangebot ausdrückt – eine bedeutende Rolle als Pull- und Push-Faktoren (vgl. Reinprecht 2019: 37).

Ebendieses Pendeln verdeutlicht wieder die bereits erwähnten Hierarchien, da auch laut Reinprecht „erhebliche Lohnungleichheiten zwischen den verschiedenen Kategorien am Arbeitsmarkt (Einheimische, MigrantInnen und PenderInnen)“ (Reinprecht 2019: 39) zu beobachten sind. Auch Selbstständigkeit wirkt sich nachteilig auf die Chancen für Zugewinne an Einkommen und Status aus. Bestimmte Personengruppen sind demnach strukturell vulnerabel und dazu zählen Pflegependler*innen (vgl. Reinprecht 2019: 39).

Die Benachteiligung von Migrant*innen am Arbeitsmarkt lässt sich zusätzlich dadurch erklären, weil „sozial zugeschriebene Qualifikationen entscheidender als tatsächliche“ (Neuhauser 2019: 18) sind. Zudem gibt es die Annahme, dass sie für prekäre Jobs „geeigneter“ seien, weil sie aufgrund der sozialen Hierarchie ihren Platz am Arbeitsplatz kennen würden und ihre Unterordnung akzeptieren würden (vgl. Neuhauser 2019:18). Die Vermarktung der Pflege führt jedenfalls auch dazu, dass sich sowohl Ungleichheiten zwischen Frauen unterschiedlicher sozialer Schichten, als auch zwischen einheimischen Frauen und Migant*innen verstärken (vgl. Schmidt und Leichsenring 2016: 20).

Remittances

Ein weiterer Aspekt, der im Zusammenhang mit Arbeitsmigration eine große Rolle spielt und die Herkunftsländer betrifft, sind Geldüberweisungen von Migrant*innen an ihre Familien („Remittances“). Diese werden von internationalen Instituten, wie der Weltbank, beschrieben als „ein wichtiges neues Standbein einer Entwicklungshilfe, die effektiver und kosteneffizienter bei den Einzelnen ankomme[!] als herkömmliche Programme der Entwicklungspolitik“ (Palenga-Möllnbeck 2014: 141). Demnach sind viele Volkswirtschaften bereits auf derartige Geldüberweisungen angewiesen (vgl. Palenga-Möllnbeck 2014: 141).

Die Darstellung der Weltbank von Remittances als entwicklungspolitisches Instrument lässt sich jedoch kritisch hinterfragen, da diese die Möglichkeit der Verschiebung von Verantwortung bietet. Delgado Wise und Márquez Covarrubias sehen die Darstellung von Remittances als Entwicklungshilfe ebenfalls kritisch. Laut den beiden Autoren können Remittances zwar dazu beitragen, kleine Geschäfte in der Subsistenzökonomie zu finanzieren, die wichtigste Form von Remittances ist jedoch die Versorgung der Familie im Heimatland: „The most important type of remittance is, however, the salary-based one employed for family subsistence, which means that the resources sent by migrants are rarely destined for processes of development and social transformation“ (Delgado Wise und Márquez Covarrubias 2011: 67).

Auch innerhalb des Europäischen Dependenzparadigmas spielen Rücküberweisungen der Migrant*innen eine Rolle für die Einordnung in Zentrum und Peripherie. Um die Bedeutung der Rücküberweisungen zu verdeutlichen, wird nun wieder auf Weissenbacher Bezug genommen, der diesbezüglich einen Indikator für das Zentrum-Peripherie-Schema der EU auf Basis von Eurostat-Daten erstellt. In diesem Fall wird Kroatien als Referenz herangezogen, da dieses Land laut Eurostat bezüglich Rücküberweisungen, gemessen am BIP, in der gesamten EU am abhängigsten ist (vgl. Weissenbacher 2019: 267f). Zur Veranschaulichung werden jene fünf Länder, aus denen die meisten 24-Stunden-Betreuer*innen nach Österreich kommen, dargestellt, sowie Österreich und Deutschland. In der nachfolgenden Tabelle sind sowohl der Indikator der Abhängigkeit von Rücküberweisungen, als auch die Rücküberweisungen in Prozent des BIP (2019; vgl. Eurostat 2020) abgebildet. Zusätzlich wird die jeweilige Kategorisierung in Zentrum, Peripherie und Semiperipherie aufgelistet.

Tabelle 12: Rücküberweisungen und Kategorisierung nach dem Europäischen Dependenzparadigma
(Spalte Indikator: Kroatien = 100)

	24-h-Betreuer*innen in Österreich (per 31.12.2020)		Rücküberweisungen		Kategorisierung
	Total	In Prozent ¹²	Indikator (Abhängigk.) (2017)	In Prozent des BIP (2019)	
Rumänien	28.695	47,8	92	3,3	Peripherie
Slowakei	18.146	30,2	31	2,0	Peripherie
Kroatien	4.321	7,2	100	6,6	Peripherie
Ungarn	4.077	6,8	61	2,9	Peripherie
Bulgarien	1.755	2,9	85	3,4	Peripherie
Österreich	968	1,6	13	0,7	Zentrum
Deutschland	-	-	0	0,4	Zentrum

(vgl. WKO 2020: Selbstständige Personenbetreuer*innen;
Weissenbacher 2019: 235; 267f; Eurostat 2020)

Aus diesen Daten bezüglich des Abhängigkeits-Indikators wird ersichtlich, dass Rumänien nur leicht hinter dem von Rücküberweisungen am abhängigsten Land Kroatien liegt. Das bedeutet, dass auch in Rumänien Rücküberweisungen von im Ausland arbeitenden Migrant*innen eine große Rolle spielen. Auch Bulgarien und Ungarn weisen eine relativ hohe Abhängigkeit von Rücküberweisungen auf, während in der Slowakei die Abhängigkeit am kleinsten der fünf genannten Länder ist. Trotzdem können alle fünf Länder zur Peripherie gezählt werden. In Österreich ist der Indikator jedoch mehr als doppelt so klein wie in der Slowakei. Natürlich muss bei diesem Indikator auch erwähnt werden, dass dieser sich auf die Rücküberweisungen aller Migrant*innen bezieht und nicht etwa nur jene berücksichtigt, die in der Care-Ökonomie tätig sind. Ebenso beziehen sich die Rücküberweisungen in Prozent des BIP auf alle Rücküberweisungen. Auch hier wird deutlich, dass diese in Deutschland (0,4 %) und Österreich (0,7 %) weit unter jenen der Länder der Peripherie liegen. Offizielle Daten oder Schätzungen über Rücküberweisungen von in der 24-Stunden-Betreuung tätigen Migrant*innen sind leider nicht auffindbar.

Rücküberweisen haben zwar vor allem positive Effekte im Herkunftsland, beispielsweise Erhöhung des Volkseinkommens und Sparvolumens, Schaffung von Nachfrage nach lokalen Gütern und Dienstleistungen, sie können jedoch auch negative Effekte haben, beispielsweise

¹² In Prozent: eigene Berechnungen

die erhöhte Nachfrage von Importgütern, Inflation und die Verstärkung von Ungleichheit zwischen jenen Haushalten mit Einkünften aus Rücküberweisungen und jenen ohne, sowie die Entstehung von Abhängigkeiten. Die Rücküberweisungen bilden trotzdem finanzielle Ressourcen im Herkunftsland, die zu einer „Entwicklung von unten“ beitragen können. Neben Geldbeträgen können Migrant*innen „auch bestimmte Fähigkeiten, Einstellungen und Ideen, die die ökonomische, soziale und politische Entwicklung fördern können“ (Haidinger 2013: 53) transferieren, die auch „social remittances“ genannt werden. Zudem kann auch die rein finanzielle Überweisung eine soziale Komponente haben, weil sie Beziehungen aufrechterhalten und somit als eine Art Sozialversicherung und Rückkehrversicherung aufgefasst werden kann. Weiters können monetäre Rücküberweisungen, der Transfer von Dingen und die soziale Dimension von Remittances dazu beitragen, Einflussnahme im Haushalt des Herkunftslandes aufrechtzuerhalten (vgl. Haidinger 2013: 53ff; 124).

Neben den Rücküberweisungen, die vorwiegend als positive Effekte für die Herkunftsländer wahrgenommen werden, zählen auch die Entlastung des Arbeitsmarktes, sowie Wissenstransfer und der entwicklungspolitische Beitrag als Vorteile der Arbeitsmigration für die Herkunftsländer (vgl. German Foreign Policy 2020). Damit einher gehen reduzierte Arbeitslosigkeit und theoretisch auch steigende Löhne. Als negative Effekte sind vor allem der Brain Drain, beziehungsweise Care Drain, zu beachten. Gesamtwirtschaftlich hat Arbeitsmigration somit viele Auswirkungen.

Typisch Peripherie?

Die Tatsache, dass Arbeitsmigration innerhalb der Care-Ökonomie grundsätzlich von der Peripherie ins Zentrum geschieht, ist kein bloßer Zufall, der auf den bereits dargelegten Vorteilen für die Herkunfts- und Zielländer basiert, sondern wurde – vor allem im Fall von Österreich – absichtlich angestrebt. Laut Bauer et. al wurden durch die Regulierung der 24-Stunden-Betreuung Arbeitsmigrant*innen aus Zentral- und Osteuropa explizit angeworben: „With the regularization, they were explicitly exempt from the labour market restrictions that existed for workers from the new EU member states (restrictions that have subsequently been lifted)“ (Bauer et al. 2014: 81).

Durch die Legalisierung wurden daher von Österreich zwei Ziele verfolgt. Erstens wurde die vormals informelle Arbeit formalisiert. Zweitens wurden durch Arbeitsmigrant*innen aus der „source region“ Zentral- und Osteuropa Ressourcen für die Care-Arbeit in Österreich gewährleistet, beziehungsweise ausgebaut (vgl. Bauer et. al 2014: 83). Die explizite Anwerbung der Migrant*innen aus jenen Ländern weist einmal mehr auf die Ausnutzung der

Situation dieser hin. „Schließlich lebt das österreichische Betreuungssystem in erheblichem Ausmaß von der von Migrant_innen geleisteten Care-Arbeit. Unter Ausnutzung des Wohlstandgefälles zu den Herkunftsregionen werden erhebliche Kosten exportiert bzw. Ausbildungskosten eingespart“ (Appelt 2014: 114).

Letztendlich lässt sich hinsichtlich dieser Verhältnisse die Frage aufwerfen, inwiefern nun Care-Arbeit als typische Arbeit der Peripherie bezeichnet werden kann. Innerhalb des Europäischen Dependenzparadigmas gibt es Diskussionen darüber, ob es so etwas wie ‚typisch zentrische‘ oder ‚typisch periphere‘ Arbeiten gibt. Arrighi und Drangel vertreten die These, dass keine Form von Arbeit inhärent typisch für das Zentrum oder typisch für die Peripherie ist, weder hinsichtlich des Produkts oder der Leistung, noch hinsichtlich der verwendeten Techniken (beispielsweise in Produktionsprozessen). Trotzdem erkennen sie, dass gewisse Arbeiten eher vom Zentrum und andere Arbeiten eher von der Peripherie verübt werden, was jedoch auf bestimmte Zeitperioden zurückzuführen ist und nicht etwa auf die Charakteristik der Arbeit an sich (vgl. Weissenbacher 2019: 79).

In Anbetracht der Care-Ökonomie lässt sich ebenfalls feststellen, dass Pflege- und Fürsorgearbeiten keine Arbeiten sind, die typischerweise von der Peripherie ausgeübt werden, vor allem wenn bedacht wird, dass diese Arbeiten überall notwendig sind. Ganz grundsätzlich lässt sich eher feststellen, dass diese Arbeiten typischerweise von Frauen ausgeübt werden.

Trotzdem kann hinsichtlich jener Sparte von Care, die in der vorliegenden Arbeit von Bedeutung ist, eine Weiterreichung dieser Arbeit an Migrant*innen aus der Peripherie eindeutig festgestellt werden. Die 24-Stunden-Betreuung, die unter prekären Arbeitsbedingungen ausgeführt wird und mit relativ niedriger Bezahlung entlohnt wird, stellt daher schon eine Arbeit dar, die vor allem von Personen aus der Peripherie ausgeübt wird. Diese Arbeit wird geografisch jedoch nicht (nur) in der Peripherie ausgeführt, sondern im Zentrum, da die Art der Arbeit (die Betreuung von Personen) an den Ort (Wohnort der zu betreuenden Personen) gebunden ist. Sie wird daher nur sinngemäß in die Peripherie ausgelagert, nicht jedoch geografisch.

Bedeutend ist zudem die Tatsache, dass die Weiterreichung der Arbeit an Migrant*innen aus der Peripherie, und nicht etwa an Migrant*innen aus anderen Ländern des Zentrums, wie etwa Deutschland, geschieht. Somit kann bezogen auf die 24-Stunden-Betreuung sehr wohl festgestellt werden, dass diese Arbeit typischerweise von Arbeitskräften aus der Peripherie ausgeübt wird. Dieses Verhältnis kann als eine Folge, ein ‚Symptom‘, von Zentrum-

Peripherie-Differenzen gesehen werden. Gleichzeitig verfestigt es die Verhältnisse, da es vor allem Frauen aus dem Zentrum weiterhin ermöglicht, sich vermehrt der Erwerbsarbeit zu widmen und gleichzeitig zur Aufrechterhaltung des Wohlfahrtsstaats beiträgt, der unter anderem durch verminderte Sozialausgaben profitiert.

Innerhalb der gesamten EU gibt es die Tendenz, vor allem im Care-Bereich, „öffentliche Leistungen für die (direkte) Erbringung von Dienstleistungen im formellen Sektor zu kürzen und durch andere Regelungen zu ersetzen, wie etwa Geldleistungen oder Dienstleistungsschecks“ (Schmidt und Leichsenring 2016: 20). Durch die Weiterreichung der Care-Arbeit an migrantische Arbeitskräfte wird somit in Österreich der Wohlfahrtsstaat aufrechterhalten oder zumindest gestützt. Denn, wie bereits erwähnt, reichen diese Geldleistungen (im konkreten Fall: das österreichische Pflegegeld) im Normalfall nicht aus, den Bedarf an professioneller Pflege zu decken, wodurch auf günstigere Betreuungskräfte aus der Peripherie zurückgegriffen wird.

Die Auslagerung der Arbeit trägt jedoch gleichzeitig zur Entstehung einer internationalen reproduktiven Arbeitsteilung bei (vgl. Bachinger 2014: 127ff). Neuhauser stellt zudem fest, „dass bestimmte Sektoren ohne ausländische Arbeitskräfte nicht mehr funktionsfähig wären“ (Neuhauser 2019: 20) und dass daran die Intensivierung der Ausbeutungsprozesse von Arbeitsmigrant*innen deutlich wird (vgl. Neuhauser 2019: 20). Die 24-Stunden-Betreuung ist wohl eindeutig einer dieser Sektoren.

4.2.2 Die Care Chain

Ein weiterer Aspekt, der bei der Betrachtung der europäischen Care-Ökonomie eine Rolle spielt, ist das Konzept der Care Chain. Dieses ist eine abgewandelte Form des bereits erwähnten Güterketten-Ansatzes aus der Weltsystemtheorie. Trotzdem verhält es sich etwas anders, da es keine Kette darstellt, bei der stufenweise Wert hinzugefügt wird, wie etwa bei einem Gut das produziert wird (beispielsweise Auto, Schuhe, etc.). Viel eher ist es eine Kette, bei der günstigere (ausländische) Pflege- und Betreuungskräfte ‚nachrutschen‘ und Lücken füllen, die sich durch mangelnde Arbeitskräfte in diesem Bereich ergeben. Anders ausgedrückt werden nicht Güter von der Peripherie ins Zentrum exportiert, sondern Arbeitskräfte. Im Sinne von Paine kann daher davon gesprochen werden, dass die Arbeitskraft als Ware von der Peripherie ins Zentrum exportiert wird. In der Folge entstehen jedoch in den Herkunftsfamilien der Care-Arbeitskräfte wiederum Versorgungslücken. Das Konzept der Care Chain, das ursprünglich von Arlie Hochschild entwickelt wurde, erfasst diese

Problematik. Es handelt sich dabei um „Versorgungsketten, die entstehen, wenn transnationale Migrantinnen die Betreuung und Versorgung von Kindern und alten Menschen im Ausland übernehmen, womit sie in ihrer Herkunftsfamilie eine Versorgungslücke hinterlassen“ (Lutz und Palenga-Möllnbeck 2011: 9f). Die ‚ursprüngliche‘ Lücke entsteht zumeist aus der vermehrten Erwerbsarbeit von Frauen, sowie der erhöhten Lebenserwartung und dadurch erhöhter Anzahl betagter Menschen.

Der Begriff beschreibt die Verknüpfung und Zusammenwirkung unterschiedlicher Phänomene, wie Globalisierung, Feminisierung von Migration, Gender, Care, emotionale Arbeit und kapitalistische Arbeitsverhältnisse (vgl. Lutz und Palenga-Möllnbeck 2011: 10).

Das Konzept der Versorgungskette erklärt die Kommerzialisierung im Bereich der Care-Arbeit und verdeutlicht, dass dadurch Migrationsflüsse entstehen. Der bereits erwähnte Care Drain ist eine Folge der Weiterreichung der Arbeit. Das Argument, dass es sich bei diesen Verhältnissen um einen simplen Tausch handelt, bei dem auf beiden Seiten ein Vorteil entsteht, wird eher kritisch betrachtet, „vielmehr besteht zwischen Angebot und Nachfrage ein Machtgefälle, das sich auf drei Ungleichheitsstrukturen stützt und diese zugleich reproduziert – Geschlecht, Ethnizität und Klasse“ (Palenga-Möllnbeck 2014: 141). Gewinnbringend ist diese Situation vor allem für „die Familien am oberen Ende der globalen *care chain*, die Care-Arbeit kaufen und zudem von einem „emotionalen Mehrwert“ profitieren können“ (Palenga-Möllnbeck 2014: 139). Unter dem Begriff „Eurowaisen“ wird die migrationsbedingte Abwesenheit der Eltern vor allem in den Herkunftsländern dieser politisch diskutiert, wodurch einerseits Rechtfertigungsdruck ausgeübt wird, gleichzeitig jedoch erwartet wird, dass diese zur Not für Erwerbsarbeit ins Ausland gehen (vgl. Palenga-Möllnbeck 2014: 138ff).

Da Fürsorgearbeit traditionell von Frauen geleistet wird, wird im Falle jener Frauen, die im Ausland arbeiten, „die bis dahin von diesen Frauen geleistete Care-Arbeit daher nicht automatisch von Männern übernommen. Stattdessen wird sie eher weiterhin zwischen Frauen aufgeteilt – teilweise von Großmüttern, aber auch von Geschwistern und Freundinnen übernommen“ (Palenga-Möllnbeck 2014: 145). Wenn das nicht möglich ist, werden Außenstehende dafür bezahlt. Diese sind meistens Frauen aus noch ärmeren Ländern. Dadurch entsteht die sogenannte „Kettenmigration“. Diese verläuft in umgekehrter Reihenfolge zum Lohngefälle. Außerdem kann es für die ärmsten Länder eine Herausforderung darstellen, „Nachschub“ zu finden (vgl. Lanz 2009: 118).

Das Ungleichgewicht bezüglich Lohngefälle, als auch Machtgefälle, verdeutlicht, dass die Care Chain trotz Unterschieden zu klassischen Güterketten-Ansätzen einer ähnlichen Logik folgt. Sie stellt einen wirtschaftlichen Bereich dar, der den Care Drain als kettenförmig beschreibt, und Analysen über Abhängigkeitsbeziehungen, Werte (von Arbeit) und ungleichen Tausch zulässt.

Dieses ungleiche Tauschverhältnis lässt sich dependenztheoretisch mit dem Konzept der sozio-räumlichen Dialektik fassen. Regionale Ungleichheit, die zwischen Österreich und Rumänien durchaus besteht, darf demnach nicht ohne die sozialen Prozesse, die damit einhergehen, analysiert werden. Die unterschiedliche Akkumulation in Zentrum und Peripherie lässt sich durch den geografischen Transfer von Wert erklären, der auch in der Care Chain eine Rolle spielt.

Um der Beantwortung der Forschungsfrage, inwiefern transnationale Pflege- und Betreuungsarbeit in Europa eine Güterkette im Sinne der Weltsystemtheorie ist, näherzukommen, wird nun auf die vier von Bair (2014) dargelegten Punkte, die im Kapitel 3.1.2 erläutert wurden, näher eingegangen:

Der Zusammenhang der Care Chain mit der Eingliederung der betroffenen Staaten innerhalb des Zentrum-Peripherie-Schemas kann folgendermaßen erklärt werden: Die Rolle des Zentrums zeichnet sich dadurch aus, dass dieses die Kontrolle über Güterketten innehat. Diese Kontrolle hängt mit sogenannten „brain activities“ im Zentrum zusammen (vgl. Weissenbacher 2019: 84; 244). Hier stellt sich die Frage, ob das für die Care Chain ebenfalls gilt. Grundsätzlich wird das obere Ende der Care Chain mit Sicherheit im Zentrum kontrolliert, da hier der ‚ursprüngliche‘ Bedarf an Betreuungskräften ist. Sowohl die Arbeitgeber*innen in Österreich, als auch Vermittlungsagenturen spielen bei der Kontrolle in diesem Bereich eine maßgebliche Rolle, da diese die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen festlegen. Die Expertise der Vermittlungsagenturen bezüglich Organisation kann zudem als „brain activity“ aufgefasst werden. Auch wenn nicht alle Vermittlungsagenturen zwingend ihren Sitz in Österreich haben, ist eine enge Verbindung zu Österreich wahrscheinlich vorteilhaft für diese Arbeit.

Neben Arbeitgeber*innen in Österreich und Vermittlungsagenturen hat auch der Staat Österreich an sich Kontrolle über (oder zumindest Einfluss auf) diese Versorgungsketten, indem Migrations- und Care-Politik geregelt werden. Ein Beispiel dafür ist die erwähnte

Anwerbung von Arbeitsmigrant*innen für die 24-Stunden-Betreuung aus Osteuropa. Auch die generelle Legalisierung des 24-Stunden-Betreuungsmodells ist ein Beispiel dafür, wie Staaten durch ihre Regulierungen und Gesetze Einfluss auf die Care Chain nehmen. Damit ist auch der Zusammenhang von Staaten und der Care Chain, beziehungsweise die von Bair aufgeworfene Frage danach, wie Staaten Güterketten – die in diesem Fall eine Care Chain ist – (mit)gestalten, weitgehend geklärt.

Obwohl im Fall der Care Chain die Kontrolle der gesamten Kette nicht im Zentrum liegt, da ‚nur‘ der Bedarf im Zentrum damit gedeckt und kontrolliert wird, haben Entscheidungen auf dieser Ebene jedoch indirekt sehr wohl Auswirkungen auf die gesamte Kette. Die Care Chain verhält sich daher bezüglich Kontrolle etwas anders, als herkömmliche Güterketten. Das obere Ende wird vom Zentrum kontrolliert, was zwar Auswirkungen auf das untere Ende hat, aber von diesem unteren Ende wird nicht mehr direkt profitiert, sondern es wird eher stufenweise von den jeweils ‚günstigeren‘ Arbeitskräften aus ärmeren Ländern oder Regionen profitiert. Am unteren Ende der Kette entstehen hingegen Probleme, vor allem wenn Versorgungslücken nicht informell geschlossen werden können.

Das Bestreben, Kosten für Care-Arbeit niedrig zu halten, zieht sich laut Jane Collins, Professorin für Soziologie und Gender und Women’s Studies, durch die gesamte Care Chain, da niedrige Kosten von Care vor allem für jene von Vorteil ist, die die Care-Arbeit kaufen: „This creates paradoxes of interest in which both wealthy and poor women depend on keeping wages for work low (but poorer women more so because they receive those low wages themselves)” (Collins 2013: 33). Der Ausgangspunkt der niedrigen Löhne (und damit der niedrigen Kosten) liegt jedoch auch in diesem Fall im Zentrum.

Ob die Care Chain als „stratification mechanism“ für Rumänien und Österreich im Sinne Bairs interpretiert werden kann, ist eher zu verneinen. Dadurch, dass Rumänien mindestens seit dem Zweiten Weltkrieg zur Peripherie zählt und Österreich seit den 1970er-Jahren zum Zentrum zählt, zeigt sich, dass die Einteilung der Länder in Zentrum und Peripherie historisch bereits weiter zurückliegt. Die Care Chain ist somit keine Ursache für die Einteilung der Länder. Sie kann wohl eher als eine Folge, als eine Art Auswirkung oder ein Symptom des bestehenden Zentrum-Peripherie-Modells, aufgefasst werden. Trotzdem trägt dieses Modell wohl zur Reproduktion und Aufrechterhaltung dieser Verhältnisse bei.

Weiters wirft Bair die Frage auf, wie Mehrwert in Güterketten entsteht und wie dieser verteilt ist. Wie bereits erwähnt, lässt sich laut Komlosy Wert nicht nur direkt aus der Erwerbsarbeit aneignen, sondern auch durch unbezahlte oder unterbezahlte Arbeit. Beide Arten können im Fall der 24-Stunden-Betreuung innerhalb von Care Chains festgestellt werden. Es wird indirekt von unbezahlter Arbeit profitiert, wenn Familienmitglieder unbezahlt Versorgungslücken schließen, damit rumänische 24-Stunden-Betreuer*innen in Österreich arbeiten können. Gleichzeitig wird durch die unterschiedlichen Lohnniveaus in Österreich und Rumänien und der daraus resultierenden Unterbezahlung Wert transferiert.

Letztendlich stellt sich mit Bezug auf Bair die Frage, wie Forschungen über Care Chains zur Entstehung politischer Organisationen beitragen. Diese Frage lässt sich in der vorliegenden Forschungsarbeit nicht eindeutig beantworten. Grundsätzlich kann angenommen werden, dass Erkenntnisse derartiger Forschungen ihren Weg in Politik und Gesellschaft finden, vor allem wenn sie von Autor*innen verfasst werden, die das forcieren und darauf aufmerksam machen wollen. Wie groß der konkrete Einfluss dieser Forschungen auf politische Organisation tatsächlich ist, ist jedoch schwer zu überprüfen.

Die Care Chain ist somit hinsichtlich bestimmter Kriterien schon mit dem klassischen Güterketten-Ansatz vergleichbar, dessen Wurzeln in der Weltsystemtheorie liegt. In bestimmten Punkten gibt es jedoch Unterschiede. Um diese zu verdeutlichen, wird auf die Kritik von Soziologin Wilma A. Dunaways Kritik zurückgegriffen, die beschreibt, dass in klassischen Theorien über Güterketten reproduktive Arbeiten oft nicht beachtet werden. Falls diese doch beachtet werden, werden sie analytisch von produktiven Arbeiten getrennt. Die Tatsache, dass diese Trennung fragwürdig ist, erklärt sie folgendermaßen: Durch die Vermarktung reproduktiver Arbeit entsteht eine internationale Arbeitsteilung reproduktiver Arbeit, bei der Arbeitsmigrant*innen aus ärmeren Ländern in reicheren Ländern arbeiten. Dadurch werden Kosten sozialer Reproduktion externalisiert, was einen großen Vorteil für die Empfänger dieser Arbeiter*innen bringt. „At this point, the reader should seriously question that there is any clear division between production and reproduction. If the analytical distinction were as great as economic theory suggests, reproductive labors would stay outside the market and not become economically valuable commodities” (Dunaway 2014: 71).

Care Chains schließen damit nicht nur reproduktive Arbeiten in ihre Analysen mit ein, sondern sie bieten zudem eine Möglichkeit, die Analyse von reproduktiver Arbeit mit

informeller Arbeit zu kombinieren, da Versorgungslücken teilweise informell gefüllt werden (durch die Übernahme von Care-Arbeiten durch Familienmitglieder, etc.). Sie gehen damit einen Schritt weiter als klassische Güterketten-Ansätze, da die Trennung von reproduktiver Arbeit und produktiver Arbeit kritisch betrachtet wird.

4.3 Die Corona-Krise

Die Corona-Pandemie, die im Februar 2020 Europa erreichte und noch immer nicht überwunden ist, nimmt Einfluss auf alle Bereiche des Lebens. So sehr die Anerkennung „systemrelevanter“ Berufe zu Beginn der Corona-Krise gestiegen ist, so schwer ist gleichzeitig der Kampf der 24-Stunden-Betreuer*innen, diese Anerkennung in Form von verbesserten Arbeitsbedingungen und besserer Bezahlung zu erhalten.

Die große mediale Aufmerksamkeit für sämtliche Berufe im Pflege- und Gesundheitswesen ließ vorerst auf eine Verbesserung der Situation hoffen. So wurde im Mai 2020 etwa im Falter geschrieben: „Gestern wurden sie noch übersehen, heute gelten sie als „systemrelevant“: In der Corona-Krise erschallt von den Balkonen viel Applaus für all die Krankenschwestern, Supermarktkassiererinnen und Altenpflegerinnen, die sich während der Pandemie einem erhöhten Ansteckungsrisiko aussetzen“ (Scheyerer 2020: 29). Weiters wird darin die Care-Revolution beschrieben, die sich gegen eine neoliberale Gesundheitspolitik richtet und es wird berichtet, dass die Politik keine Rahmenbedingungen dafür schaffe, „sich gut und ohne finanzielle Einbußen um Kinder, Alte, Kranke und andere Hilfsbedürftige kümmern zu können. Während Güter wie Autos überproduziert werden, herrscht selbst in den reichsten Ländern der Welt ein Versorgungsnotstand“ (Scheyerer 2020: 29).

In einer weiteren Ausgabe wird von den Charterflügen und Sonderzügen berichtet, die für die 24-Stunden-Betreuer*innen aus Osteuropa organisiert wurden, damit nur keine Versorgungslücken in Österreich entstehen. Angekündigt wurde der Bericht dramatisch: „Charterflüge, Prämien, Wärter vor der Tür: Bund und Länder bekommen die 24-Stunden-Betreuung in Covid-Zeiten nicht in den Griff. Die Frauen fühlen sich mitunter wie Sklaven“ (Fischer und Konzett 2020: 12). Die Schilderungen deuten tatsächlich auf dramatische Zustände hin: Für einige, die die Reise von Rumänien nach Österreich antraten, um weiterarbeiten zu können, bedeutete das Quarantäne, da noch nicht genügend PCR-Tests zur Verfügung standen, natürlich ohne Bezahlung. Manche berichteten davon, dass ihnen bei der Ankunft von den Agenturen der Pass abgenommen wurde, einigen Betreuer*innen wurde sogar der Flug in Rechnung gestellt. Auch die rumänische Regierung trug eher zur

Verschlechterung der Situation für die 24-Stunden-Betreuer*innen bei, indem ihnen die Heimreise massiv erschwert wurde, ebenfalls durch strenge Quarantäne-Auflagen (vgl. Fischer und Konzett 2020: 13f). Die Frage, wieso diese Zustände überhaupt möglich sind, lässt sich auf die bereits erwähnte fehlende Interessenvertretung der 24-Stunden-Betreuer*innen zurückführen. Die Corona-Krise bietet jedoch die Möglichkeit, das zu ändern, da Krisenmomente eine wesentliche Rolle dabei spielen, „antirassistische Kämpfe zu forcieren und in Gewerkschaften oder sozialistischen Parteien zu verankern“ (Löw 2019: 53).

Die Krise zeigt erneut, wie sehr Österreich von ausländischen Betreuungskräften abhängig ist. In einer ersten Analyse zur Lage der 24-Stunden-Betreuer*innen des WIFO wird es auf den Punkt gebracht: „Pflegedienstleister sind seit dem Ausbruch der Corona-Krise besonders gefordert. Ihre Kundinnen und Kunden zählen zu der am stärksten gefährdeten Gruppe“ (Famira-Mühlberger 2020). Mit Hochdruck wurde daher an den Einreisemöglichkeiten für die 24-Stunden-Betreuungskräfte gearbeitet. Auch die Probleme der Organisation und Finanzierung der Pflegevorsorge seien damit aufgezeigt worden (vgl. Famira-Mühlberger 2020).

Matei berichtet bezüglich der Corona-Krise davon, dass „Staaten über migrantische Arbeiter*innen wie über Waren“ (Matei 2020) verfügen. Sie kritisiert ebenfalls Vermittlungsagenturen, die großes ökonomisches Interesse daran haben, die Betreuer*innen in Österreich zu halten. Diese hätten mit Druck, Angstmake und Verunsicherung gearbeitet. Zur sowieso schon prekären Situation der Betreuungskräfte kam demnach sechs- oder siebenwöchige Isolation bei den pflegebedürftigen Personen, was zusätzlich psychisch und emotional belastend war. Besonders schlimm beschreibt sie die Situation für die rumänischen Betreuungskräfte: „Während es eine klare Regelung für die Ein- und Ausreise slowakischer Kolleg*innen [...] gibt, sind die Frauen* aus Rumänien den sich ständig ändernden Grenzöffnungen und -schließungen Ungarns und Rumäniens ausgesetzt. An- und Abreise in den bis auf den letzten Platz gefüllten Minibussen stellen ein massives Ansteckungsrisiko dar“ (Matei 2020). Der Zugang zum Härtefallfonds¹³ ist zudem voller Hürden für die migrantischen Betreuungskräfte, erstens aufgrund der Sprache (Antragsformular nur auf Deutsch), zweitens aufgrund der Voraussetzungen (Steuernummer und österreichisches Konto), die viele nicht erfüllen, obwohl sie ihre Sozialabgaben in Österreich zahlen und grundsätzlich Anspruch darauf hätten. Als absurd beschreibt sie letztendlich die Situation, die

¹³ Der Härtefallfonds der WKO ist eine Unterstützung in Form von finanziellen Zuschüssen für Ein-Personen-Unternehmen und Kleinstunternehmer, die wirtschaftlich von der Corona-Krise betroffen sind.

sich gerade dann für die rumänischen Betreuer*innen verschlechtert, wenn die breitere Gesellschaft in Österreich zum ersten Mal bemerkt, wie sehr sie auf migrantische Arbeiter*innen angewiesen ist (vgl. Matei 2020).

Doch wer denkt, dass diese Situation nur auf die Überforderung der Regierungen und Organisationen zu Beginn der Pandemie zurückzuführen ist, irrt. Denn selbst im Sommer 2020 gab es eine Reisewarnung von Österreich für Rumänien, im Oktober folgten Einreisebeschränkungen von Rumänien für Österreich. Rumänien setzte Österreich (und andere Länder) auf die „Rote Liste“. Das bedeutete in Rumänien für Einreisende aus Österreich eine 14-tägige Quarantäne, wobei die Möglichkeit bestand, diese mittels PCR-Tests auf 10 Tage zu verkürzen (vgl. ORF 2020). Streng genommen heißt das für die 24-Stunden-Betreuungskräfte, die üblicherweise im vierzehntägigen Rhythmus pendeln, dass die Zeit im Heimatland größtenteils in Quarantäne verbracht werden musste.

Die Tatsache, dass genau jene Personen, die zur Aufrechterhaltung der Altenbetreuung in Österreich während der Krise beitragen, nicht wertgeschätzt werden, verdeutlicht die Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Prekarität, denen sie in diesem Arbeitsverhältnis ausgesetzt sind. Im Folgenden wird nun darauf eingegangen, inwiefern die Corona-Krise zur Verfestigung der Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse führt, beziehungsweise inwiefern sie eine Chance darstellt, die Aufmerksamkeit zu nutzen, um Veränderungen herbeizuführen.

4.3.1 Die Krise als Brennglas

Die Corona-Krise hat weitreichende globale Auswirkungen. Sie wird laut Eurofound für Wirtschaft und Arbeitsmarkt stärkere Konsequenzen mit sich bringen, als die globale Finanzkrise 2008/2009 (vgl. Eurofound 2020: 5).

Um zu veranschaulichen, wie sie sich bis jetzt auf die in dieser Arbeit thematisierten Länder auswirkt, wird im Folgenden auf wirtschaftliche Faktoren, sowie Faktoren betreffend Lebensqualität kurz eingegangen. Aus der nachfolgenden Tabelle ist ersichtlich, dass sowohl das BIP (vgl. European Commission 2021: 42), als auch die Arbeitslosenquote (vgl. Eurostat 2021) in Österreich, Rumänien, Deutschland und der gesamten EU unter den Folgen der Krise zu leiden hat:

Tabelle 13: BIP-Veränderung und Arbeitslosenquote seit Beginn der Corona-Krise

	Österreich	Rumänien	Deutschland	EU27
BIP-Veränderung 2020 in %	-7,4	-5,0	-5,0	-6,3
BIP-Veränderung Prognose 2021 in %	2,0	3,8	3,2	3,7
BIP-Veränderung Prognose 2022 in %	5,1	4,0	3,1	3,9
Arbeitslosenquote in % 2019 (15-74 J.)	4,5	3,9	3,1	6,7
Arbeitslosenquote in % 2020 (15-74 J.)	5,4	5,0	3,8	7,1

(vgl. European Commission 2021: 42; Eurostat 2021)

Laut der Europäischen Kommission wurde in Deutschland nach zehnjährigem Wachstum im Jahr 2020 zum ersten Mal ein Minus von 5 % im BIP verzeichnet. Laut Prognosen erreicht das BIP in Deutschland jedoch bis spätestens 2022 wieder ungefähr das Level, das es vor der Krise hatte. Österreichs Veränderung im BIP zum Vorjahr liegt mit -7,4 % sogar über dem EU-Durchschnitt. In der ersten Jahreshälfte wurde hier die größte Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg verzeichnet. Das prognostizierte relativ geringe Wachstum von 2,0 % für 2021 wird unter anderem mit dem Ausbleiben des Wintertourismus erklärt. Rumäniens Veränderungen im BIP zum Vorjahr betrugen im Jahr 2020 -5 %, was unter dem EU-Durchschnitt liegt. Zurückzuführen ist das unter anderem auf das Baugewerbe, das in Rumänien eine wichtige wirtschaftliche Rolle spielt und ganzjährig zum BIP beitrug (vgl. European Commission 2021: 23f; 33; 40).

Zu bedenken ist bei diesen Angaben jedoch, dass die Veränderungen nur in Prozent angegeben sind und sich somit auf die Wirtschaftsleistung des eigenen Landes beziehen, das sich – wie bereits im Kapitel 3.1.1 thematisiert – stark unterscheidet. Deutlich wird jedoch, dass sich Krisen sowohl auf Länder der Peripherie, als auch auf Länder des Zentrums auswirken. Trotzdem gibt es starke Unterschiede in den Möglichkeiten der Länder, die negativen Folgen der Krise abzufedern¹⁴.

In allen Ländern erhöhte sich in Folge der Krise auch die Arbeitslosenquote. In Österreich, wo sie mit 4,5 % bereits 2019 höher war, als in Rumänien (3,9 %) und in Deutschland (3,1 %), stieg die Arbeitslosenquote 2020 auf 5,4 %, was aber immer noch unter dem EU-Durchschnitt liegt, der 2020 7,1 % beträgt. Die Veränderung von 2019 auf 2020 ist hingegen in Rumänien etwas höher, da die Arbeitslosenquote von 3,9 % auf 5,0 % anstieg (vgl. Eurostat 2021).

¹⁴ Zur detaillierten Beschreibung der unterschiedlichen Reaktionen der EU-Länder auf die Corona-Pandemie siehe Eurofound 2020. Eine detaillierte Diskussion der Ergebnisse würde den Rahmen dieser Arbeit übersteigen. Hervorgehoben sei jedoch, dass der österreichische Spezialfonds für die Aufrechterhaltung der 24-Stunden-Betreuung beschrieben wird und wohl einzigartig in dieser Form in der EU war (ebd.: 48).

Um die Lage der einzelnen Länder noch besser einschätzen und vergleichen zu können, werden in der folgenden Tabelle ausgewählte Ergebnisse des Eurofound e-surveys betreffend Lebensqualität, Arbeit und finanzieller Situation abgebildet. Die Daten dieses e-surveys zum Thema „Living, working and COVID-19“ werden seit April/Mai 2020 regelmäßig erhoben. Darin werden die Erfahrungen bezüglich Lebensumstände und Arbeitsleben abgefragt. Laut Eurofound ist das Ziel der Studie, die Entscheidungsfindung der Politik zu unterstützen (vgl. Eurofound 2021).

Tabelle 14: Lebensqualität, Arbeit und finanzielle Situation seit Beginn der Corona-Krise

		Österreich	Rumänien	Deutschland
Lebenszufriedenheit (1-10)	April/Mai 2020	7,0	6,2	6,7
	Febr./März 2021	6,2	6,2	5,9
Permanenter Jobverlust	April/Mai 2020	4,4 %	4,7 %	5,3 %
	Febr./März 2021	-	-	-
(Große) Schwierigkeiten, über die Runden zu kommen	April/Mai 2020	13,0 %	31,7 %	16,3 %
	Febr./März 2021	17,3 %	28,2 %	16,3 %
Schlechtere finanz. Situation verglichen m. Situation vor 3 Monaten	April/Mai 2020	28,3 %	45,4 %	31,3 %
	Febr./März 2021	23,7 %	30,7 %	23,3 %
Erwartete schlechtere finanzielle Situation in 3 Monaten	April/Mai 2020	22,7 %	40,2 %	30,6 %
	Febr./März 2021	21,8 %	22,4 %	22,1 %

(vgl. Eurofound 2021)

Die dargelegten Daten beziehen sich auf die Zeitpunkte April/Mai 2020, da hier die erste Erhebung stattfand und auf die aktuellste Erhebung im Februar/März 2021.

Ersichtlich ist, dass die Situation in den meisten Bereichen in Rumänien am schlechtesten ist. Bezüglich der Lebenszufriedenheit, bei der 1 „very dissatisfied“ und 10 „very satisfied“ bedeutet, ist der Wert von Rumänien mit 6,2 relativ zu Beginn der Pandemie genauso hoch wie im Februar/März 2021. Zu Beginn lag er damit niedriger als in Österreich (7,0) und Deutschland (6,7), wobei Deutschland bezüglich der Lebenszufriedenheit im Februar/März 2021 mit 5,9 hinter Rumänien und Österreich mit 6,2 gleichauf mit Rumänien liegt.

Obwohl in Rumänien prozentuell weniger Menschen permanent ihren Job verloren haben (4,7 %) als in Deutschland (5,3 %), sind die finanziellen Schwierigkeiten in Rumänien größer. Bei der ersten Erhebung gab fast ein Drittel (31,7 %) an, Schwierigkeiten oder große Schwierigkeiten dabei zu haben, finanziell über die Runden zu kommen. 45,4 % gaben an, finanziell in einer schlechteren Situation zu sein, als drei Monate vorher und 40,2 %

erwarteten, dass in drei Monaten die finanzielle Situation schlechter sein würde, als zum Zeitpunkt der Erhebung im April/Mai 2020. Auch wenn sich die Situation sowie der Ausblick der finanziellen Situation bei der aktuellsten Erhebung verbesserte, gaben nach wie vor 28,2 % an, (große) Schwierigkeiten dabei zu haben, finanziell über die Runden zu kommen.

In Österreich ist laut der Erhebung die finanzielle Situation am besten von den drei Ländern. So hatten im April/Mai 2020 „nur“ 13,0 % (große) Schwierigkeiten, über die Runden zu kommen. Im Februar/März 2021 stieg der Anteil jedoch auf 17,3 %. Zudem liegt der Wert jener, die im April/Mai 2020 eine schlechtere finanzielle Situation vermerkten in Österreich mit 28,3 % weit unter dem Vergleichswert in Rumänien mit 45,4 %. Auch die Erwartungen bezüglich der finanziellen Situation scheinen in Österreich weit optimistischer zu sein.

Obwohl die erhobenen Daten zum Teil subjektive Einschätzungen wiedergeben (Lebenszufriedenheit, Erwartungen bezüglich finanzieller Situation), zeichnen sie ein deutliches Bild ab. Während Rumänien schon vor der Krise ein Land der Peripherie war, ist es nicht verwunderlich, dass dort die allgemeine Einschätzung der Lage etwas schlechter ist, als in Österreich oder Deutschland.

Im Folgenden werden nun die Auswirkungen der Corona-Krise auf die 24-Stunden-Betreuung im Zusammenhang mit dependenztheoretischen Aspekten vertieft.

„Systemrelevanz“

„Systemrelevante“ oder „systemkritische“ Berufe haben gemeinsam, dass sie im Gegensatz zu jenen Berufsgruppen, die aufgrund der Corona-Pandemie auf Kurzarbeit oder Homeoffice umsteigen konnten, ihre Arbeit weiterhin vor Ort verrichten mussten, dabei einem erhöhten Gesundheitsrisiko, körperlichen und psychischen Belastungen ausgesetzt waren und überlange Arbeitszeiten verrichten mussten. Beispiele dafür sind Pflegeberufe, Einzelhandel, Reinigungskräfte, Transportwesen, öffentliche Sicherheit und medizinische Berufe. Viele der Berufe weisen atypische Beschäftigungsverhältnisse, einen hohen Frauenanteil und ein höheres Durchschnittsalter auf, einige davon weisen außerdem hohe Anteile an Beschäftigten mit Migrationshintergrund oder ausländischer Staatsbürgerschaft auf. Zudem verdienen jene „Gruppen, in denen der Frauenanteil am höchsten ist, im Schnitt weniger als der Durchschnittslohn in Österreich“ (Schönherr und Zandonella 2020: 8). Gleichzeitig kämpfen einige der systemrelevanten Berufe laut einer SORA-Studie mit unterdurchschnittlichem Ansehen in der Gesellschaft, beispielsweise Reinigungskräfte, Kassakräfte oder Lieferdienste. Während Pfleger*innen und medizinische Assistent*innen zu jenen Berufen zählen, die ein

hohes Ansehen in der Gesellschaft haben, tauchen 24-Stunden-Betreuer*innen in dieser Studie gar nicht auf (vgl. Schönherr und Zandonella 2020: 1ff).

Das überrascht nicht, da die 24-Stunden-Betreuung offiziell nicht als systemrelevant definiert wird. In der vorliegenden Arbeit wird diese Kategorisierung kritisiert, da „Systemrelevanz“ jene Arbeit meint, „die wesentlich zum Funktionieren einer Gesellschaft beiträgt“ (Schönherr und Zandonella 2020: 27). Die 24-Stunden-Betreuung ist hinsichtlich dieser Definition systemrelevant – und war es bereits vor der Corona-Krise. Eine Änderung dieser Einordnung fordert auch der Obmann der Personenbetreuer*innen der WKNÖ Robert Pozdena. Die Krise habe „die große Wichtigkeit der 24-Stunden-Betreuung für die Versorgung der Menschen im Land“ (APA 2020) gezeigt. Diese Relevanz der Betreuungsarbeit sollte daher in angemessener Form gewürdigt werden.

Die größte Herausforderung dafür ist wahrscheinlich, dass die 24-Stunden-Betreuer*innen zwar medial oft ‚mitgemeint‘ sind, wenn es um systemrelevante Berufe (vor allem um Pflegeberufe) geht, aber offiziell sind sie de facto nicht so definiert. Daher wäre es wichtig, dass Vertreter*innen von Gesundheits- und Sozialberufen aller Art gemeinsame Ziele definieren. So könnte vermieden werden, dass bestimmte Gruppen, wie die 24-Stunden-Betreuer*innen, übersehen werden.

Aber auch die Situation in den offiziellen systemrelevanten Gruppen verdeutlicht die große Ungleichheit, die am Arbeitsmarkt herrscht. Das Zusammenwirken mehrerer Faktoren macht die 24-Stunden-Betreuer*innen in vielen Hinsichten von den negativen Konsequenzen der Corona-Krise besonders betroffen (Gender, atypische Beschäftigung, etc.), was im folgenden Abschnitt dargelegt wird.

Die besondere Betroffenheit von 24-Stunden-Betreuer*innen von der Corona-Krise

„Gruppen, die es schon vor der Krise besonders schwer hatten – wie Niedrigqualifizierte, Ältere, Frauen, Personen mit Migrationshintergrund oder Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen – sind von der Krise besonders betroffen“ (Theurl 2020: 11). Auf rumänische 24-Stunden-Betreuer*innen trifft dies eindeutig zu. Auch die „Maßnahmen zur Krisenbewältigung wirken asymmetrisch entlang unterschiedlichster Arbeits- und Lebensrealitäten“ (Theurl 2020: 11). Bezüglich der unterschiedlich wirkenden Maßnahmen kann der bereits erwähnte Härtefallfonds genannt werden. Aber es gibt auch weitere Formen von Diskriminierung der rumänischen Betreuer*innen, beispielsweise der österreichische Corona-Kinderbonus. Dieser betrug grundsätzlich 360 Euro pro Kind, wurde jedoch für im

Ausland lebende Kinder indexiert¹⁵. Für rumänische Kinder gab es daher nur 177 Euro, obwohl, wie bereits erwähnt, migrantische 24-Stunden-Betreuer*innen Sozialabgaben in Österreich zahlen.

Die Corona-Krise trifft zudem jene „Beschäftigte, die arbeitsrechtlich oder sozial schlechter abgesichert sind, härter als Angestellte oder die Kernbelegschaft von Unternehmen“ (Haidinger 2020: 19). Dazu zählen unter anderem Selbstständige und hochmobile Beschäftigte. Diese waren bereits vor der Krise von unzureichendem Sozialschutz betroffen (vgl. Haidinger 2020: 18f). Hinzu kommt jedoch in dieser Krise das höhere Risiko, sich mit COVID-19 zu infizieren. Dieses ist generell für niedrigere sozioökonomische Gruppen größer (vgl. Stange und Scholz 2020). Das Ansteckungsrisiko ist bei den rumänischen Personenbetreuer*innen direkt am Arbeitsplatz wahrscheinlich eher nicht erhöht, aber vor allem bei der An- und Abreise, die normalerweise in Fahrgemeinschaften in Kleinbussen oder Sammeltaxis stattfinden und wo kein Sicherheitsabstand eingehalten werden kann.

Dass zudem vor allem Frauen von der Doppelbelastung aus Erwerbs- und (unbezahlter) Care-Arbeit seit Beginn der Corona-Krise wieder stärker betroffen sind, rückt zwar Diskussionen rund um die Verteilung von Care-Arbeit zwischen den Geschlechtern ebenfalls in den Fokus der Aufmerksamkeit, nicht beachtet wird jedoch in diesem Zusammenhang die Verteilung von Care-Arbeit zwischen Frauen des Zentrums und Frauen der Peripherie.

Diskussionen wie jene über die systemrelevanten Pflegeberufe und die Verteilung von Care-Arbeit unter den Geschlechtern müssen daher über Grenzen hinausgedacht werden und – im Sinne dieser Forschungsarbeit – Zentrum und Peripherie gleichermaßen adressieren, gerade weil das österreichische Wohlfahrtsystem von den migrantischen Arbeitskräften auch in der Krise aufrechterhalten wird.

Abhängigkeit

Da Lockdowns und Reisewarnungen nicht nur Auswirkungen auf Mobilität von Personen haben, wurden durch die Krise auch Produktionsketten unterbrochen. Deutlich wurde das unter anderem durch den plötzlichen Mangel an medizinischen Gütern wie Gesichtsmasken, Schutzanzügen oder bestimmten Arzneimitteln, deren Produktion meist in China stattfindet. Aufgrund der Krise lässt sich zwar ein Umdenken in öffentlichen Diskursen wahrnehmen, bei

¹⁵ Die Indexierung gilt seit 01.01.2019 auch für die Familienbeihilfe. Diese Regelung wird jedoch von der Europäischen Kommission mittels Vertragsverletzungsverfahren auf Rechtswidrigkeit wegen Verstoß gegen bestehende europäische Verträge und Gesetze geprüft.

der die nun offensichtlich gewordene Abhängigkeit hinterfragt und kritisiert wird, gleichwohl wird sich die internationale Arbeitsteilung nicht komplett rückgängig machen lassen.

Bezüglich rumänischen 24-Stunden-Betreuer*innen, deren Relevanz seit Beginn der Corona-Pandemie mehr als deutlich wurde, stellt sich nach wie vor die Frage, wieso Österreichs Abhängigkeit von ihnen immer noch zugunsten Österreichs ausgestaltet werden kann. Britta Baas, Historikerin und Journalistin, beschreibt die in der Krise aufkeimende Hoffnung, „dass die Sorgeketten in Richtung Osten in der Coronakrise auseinanderreißen“ (Baas 2020: 47). Dieses Auseinanderreißen würde zum Handeln zwingen. Gehandelt wurde zwar, jedoch nicht zum Vorteil der 24-Stunden-Betreuer*innen, sondern zum Vorteil Österreichs. Auch die betroffenen Betreuer*innen handeln zwar derzeit und organisieren sich, was im nächsten Abschnitt kurz thematisiert wird, trotzdem wird das Machtungleichgewicht in dieser Situation deutlich. Es stellt sich nämlich die Frage, welche Möglichkeiten die Betreuer*innen haben, wenn sie die ‚Angebote‘ Österreichs (Sonderzüge und Sonderflüge) nicht annehmen. Das würde für sie nur einen verlängerten Ausfall ihrer Einnahmen bedeuten. Die Kontrolle über dieses System liegt somit im Zentrum.

4.3.2 Die Krise als Chance

„In akuten Krisenlagen wird immer wieder hervorgehoben, dass Krisen auch Chancen sein können, etwas wie ein heilsamer Schock, und dass man gestärkt aus ihnen hervorgehen wolle. Diese Argumentation erfolgt manchmal zur Selbstberuhigung, manchmal als routiniert verwendete Phrase zur Abwehr von Kritik – oder aber auch, um weitgehende Veränderungen und Transformationen durchzusetzen“ (Steg 2020: 72). Auch die Corona-Krise bietet demnach eine Chance für nachhaltige sozial-ökologische Transformationen von Wirtschaft und Gesellschaft.

Erkannt wurde durch die Krise jedenfalls, dass systemrelevante Arbeiten oftmals unterbezahlt und unterbewertet sind. Wenn Erkenntnis der erste Schritt zur Besserung ist, sind die Politik und die Gesellschaft zwar bereits auf einem guten Weg, trotzdem werden Lösungen von der Politik derzeit oft nur temporär angeboten. Das resümiert auch die Studie von Eurofound:

“In the broader context of the discussion on minimum wages, the gender pay gap and labour shortages, it is also worth picking up on another area where lessons might be learned from the pandemic and this relates to the placing into sharp focus of the question of ‘essential services’. Many of the tasks which proved essential during the pandemic have tended to be

considered low-skilled and/or be low-paid and undervalued (and often female-dominated). Although some countries have acknowledged the value of these services to society by offering financial incentives (and other in-kind benefits) to workers on the front line, these are – in most cases – temporary.”

(Eurofound 2020: 52)

Langfristige Lösungen, die zudem migrantische Arbeitskräfte einschließen, müssen daher angestrebt werden.

Laut dem Soziologen Peter Birke, dessen Forschungsschwerpunkte unter anderem Arbeit und Migration sind, hat die Krise zumindest schon dazu beigetragen, dass migrantische Arbeitskräfte besser über ihre Rechte und Möglichkeiten informiert sind, als vor der Krise. Wichtig sind daher der Ausbau und die bessere Vernetzung von Beratungsstellen und sozialen Zentren, auch auf internationaler Basis. Zudem ist eine antirassistische Positionierung der Politik gefordert (vgl. Birke 2020: 21ff).

Einige Organisationen und Netzwerke nutzen die Krise, um ihre Forderungen nun zum Ausdruck zu bringen. Beispielsweise fordert das Netzwerk „Femme Fiscale“ mit ihrer Initiative „Mehr für Care!“ ein Konjunkturpaket, das explizit zur Hälfte Frauen zugute kommt, indem in Care-Bereiche investiert wird, wie beispielsweise Kinderbetreuung und Pflege. Kritisiert wird, dass die aktuelle Krisenpolitik blind für Geschlechterverhältnisse ist. Ein Teil dieses Pakets soll für menschenwürdige Pflege investiert werden. Auch internationale Zusammenarbeit wird zwar gefordert, sowie gleicher Familienbonus für alle, unabhängig vom Wohnort der Kinder, die 24-Stunden-Betreuung wird jedoch explizit nicht erwähnt und somit ausgeklammert (vgl. Femme Fiscale). Dass sie auch hier eventuell beim Thema Pflege ‚mitgemeint‘ ist, ist zwar möglich, aber aufgrund der Regelung der Personenbetreuung als eigenes Gewerbe ist sie somit de facto nicht integriert. Hier zeichnet sich ein Muster ab, das dem von Hartmann beschriebenen „Bourgeoisie“-Feminismus gleicht. Adressiert werden hier Probleme der Frauen in Österreich, im Zentrum. Nicht beachtet werden jedoch die Frauen, die aus der Peripherie einreisen, um die schlecht bezahlte und prekäre 24-Stunden-Betreuung in Österreich auch während der Krise zu gewährleisten.

Die Schlechterstellung der 24-Stunden-Betreuung gegenüber anderen Pflegeberufen war bereits vor der Krise eine Tatsache. Laut Elke Krasny gilt es in der Krisensituation das, was schon war, nicht zu leugnen und in den „Prozess der Heilung“ zu integrieren. „In der Krisenreaktion trifft das Virus auf Systeme, die auf Diskriminierung und Unterdrückung, auf

struktureller Ungleichheit und Ausbeutung beruhen. Diese Systeme tragen Verantwortung“ (Krasny 2020: 410). An den Krisenreaktionen kann ebenfalls systematische Diskriminierung und Ungerechtigkeit sichtbar werden (vgl. Krasny 2020: 405ff).

Eine Gruppe, die sich explizit rumänischen 24-Stunden-Betreuer*innen widmet, ist der bereits erwähnte Verein DREPT. Nachdem diese bereits seit mehreren Jahren besteht, wurde sie im August 2020 als gemeinnütziger Verein errichtet. Davor agierten die Mitglieder hauptsächlich über Facebookgruppen, wo sich rumänische 24-Stunden-Betreuer*innen zum Zweck von Informationsaustausch und Organisation von Mitfahrgelegenheiten vernetzten. Die Gründerin der Facebookgruppen musste jedoch „mit Morddrohungen und zahlreichen Gerichtsprozessen“ (Matei 2020) kämpfen, da Vermittlungsfirmen die Vernetzung durch Drohungen und Angstmake verhindern wollten (vgl. Matei 2020). Die Krisensituation bietet diesem Verein daher eine Möglichkeit, die mediale Aufmerksamkeit zu nutzen. Ob sie ihre Forderungen (zum Beispiel: Bezahlung auch während der Quarantäne als Arbeitszeit, gleiche Schutzmaßnahmen wie für den Rest der Gesellschaft, was unter anderem bedeutet, keine Transporte in überfüllten Kleinbussen, etc.) durchsetzen können, beziehungsweise ob diese auch langfristig umgesetzt werden, ist derzeit noch offen.

Zudem ist nicht jede Krise automatisch eine Chance. Bei der Corona-Krise handelt es sich immerhin um eine globale Pandemie, die die Gesundheit und das Leben von Menschen gefährdet. Global betrachtet sind die Möglichkeiten, die Krise als Chance zu nutzen, ungleich verteilt. Oft gehen Krisen auch mit antidemokratischen Maßnahmen einher. Daher bedarf es „alternative Ideen, Vorstellungen und Ziele für die weitere Entwicklung – und es braucht eine umfassende Politisierung und kollektives politisches Handeln“ (Steg 2020: 78).

Aus dependenztheoretischer Sicht, wo es neben Kapitalismuskritik auch um Alternativen zum vorherrschenden Paradigma geht, birgt die Krise vielleicht eine Chance. Immerhin zeigte sie die deutlichen Abhängigkeitsbeziehungen auf, die international und somit auch zwischen Zentrum und Peripherie bestehen. Trotzdem ist es eher eine utopische Vorstellung, dass die Corona-Krise das schaffen könnte, was bisherige Krisen nicht geschafft haben, nämlich das Überwinden des Kapitalismus. Die Möglichkeit, jetzt Veränderungen herbeizuführen bietet sie jedoch schon.

5 Conclusio

Die 24-Stunden-Betreuung stellt in Österreich ein eigenes Gewerbe dar, das hauptsächlich von migrantischen Arbeitskräften aus der Peripherie ausgeübt wird. Dadurch, dass es fast nur in Form des Selbstständigen-Modells verrichtet wird, bringt es viele Nachteile für die Betreuer*innen mit sich (z. B. das Umgehen des österreichischen Arbeitszeitgesetzes, kein bezahlter Urlaub oder Krankenstand, etc.). Gleichzeitig handelt es sich um eine ‚Scheinselbstständigkeit‘, da es in starker Abhängigkeit von Vermittlungsagenturen und den zu pflegenden Personen ausgeübt wird, sowohl hinsichtlich der Arbeitszeiten, als auch hinsichtlich der Bezahlung. Fast die Hälfte der Betreuer*innen stammt aus Rumänien, was im Sinne des Europäischen Dependenzparadigmas zur Peripherie zählt. Auch die anderen Betreuer*innen stammen aus Ländern der europäischen Peripherie oder Semiperipherie, während Österreich zum Zentrum zählt.

Das Modell ermöglicht die Ausbeutung der 24-Stunden-Betreuer*innen durch das Ausnutzen des unterschiedlichen Lohnniveaus zwischen Rumänien und Österreich. Dieser Zweig des österreichischen Pflegevorsorgesystems ist nur leistbar, weil es sich um ein Niedriglohnsegment handelt, in dem fast nur Migrant*innen arbeiten, wodurch zusätzlich Ausbildungs- und Sozialausgaben auf österreichischer Seite eingespart werden. Zudem handelt es sich bei den Betreuer*innen zum großen Teil um Frauen. Care-Arbeiten werden, egal ob bezahlt oder unbezahlt, vorwiegend von Frauen ausgeführt und diese Arbeiten werden traditionell abgewertet, unter anderem aufgrund ihrer Nähe zur unbezahlten Reproduktionsarbeit.

Die schlechten Arbeitsmarktbedingungen der Herkunftsländer der Betreuer*innen führen dazu, dass sie die prekären Arbeitsbedingungen in Österreich in Kauf nehmen, da sie trotzdem noch Vorteile aus dieser Arbeitsbeziehung ziehen können. Die Abhängigkeitsbeziehungen gehen somit in beide Richtungen, wobei durchaus ein Ungleichgewicht bezüglich Handlungsmacht besteht, was zur Ausbeutung führt.

Der geografische Transfer von Wert, der laut Soja ein zugrunde liegender Mechanismus von Zentrum-Peripherie-Beziehungen ist, ist bei der 24-Stunden-Betreuung ebenfalls zu beobachten. Dieser kann auf mehrere Arten entstehen, sowohl aus bezahlter als auch aus unbezahlter Arbeit. Die Aneignung fremder Arbeitserträge führt zur Mehrwertbildung, was im Falle von bezahlter Arbeit vor allem dann geschieht, wenn Arbeitsverhältnisse

flexibilisiert, prekariisiert und unterbezahlt sind, was auf die 24-Stunden-Betreuung zutrifft. In diesem Fall profitieren Staat (verringerte Sozialausgaben, Aufrechterhaltung des Wohlfahrtsstaats), die zu pflegende Person („billiges“ Pflegepersonal), sowie die Vermittlungsagenturen (im klassischen kapitalistischen Sinn durch Profit). Zudem kann bei Care-Arbeit ein „emotionaler Mehrwert“ entstehen. Damit sind Aufmerksamkeit und Zärtlichkeit gemeint, die in den Herkunftsfamilien der Migrant*innen fehlen und den zu betreuenden „geschenkt“ werden. Dieser Mehrwert lässt sich nicht bezahlen.

Weiters kann Transferwert durch ungleichen Tausch aufgrund unterschiedlicher Positionen in der Wertschöpfungskette, die in diesem Fall eine Care Chain ist, festgestellt werden. Deutlich wird das, da die Kontrolle dieser Kette im Zentrum liegt und das unterschiedliche Lohnniveau zwischen Österreich und Rumänien ausgenutzt wird. Im Falle einer Care Chain, wo noch ärmere Frauen die Versorgungslücken der rumänischen Betreuungskräfte füllen, zeigen sich die unterschiedlichen Positionen in dieser Kette deutlich. Wenn die Lücken durch unbezahlte Arbeit von Familienmitgliedern oder Bekannten gefüllt wird, wird im marxistisch-feministischen Sinne Wert durch Reproduktionsarbeit geschaffen, die wiederum zur Aufrechterhaltung der Arbeitskraft von Erwerbsarbeitenden beiträgt und dadurch ebenfalls Transferwert darstellt.

Im Zusammenhang mit Care Chains stehen Diskussionen über die Weiterreichung von Care-Arbeiten von Frauen aus dem Zentrum an Frauen aus der Peripherie. Die dadurch entstehende „Kettenmigration“, bei der Versorgungslücken von ärmeren Frauen gefüllt werden, verläuft in umgekehrter Reihenfolge zum Lohngefälle. Während aus feministischer Perspektive die Umverteilung von Care-Arbeiten zwischen den Geschlechtern im Sinne einer geschlechtlichen Arbeitsteilung gefordert wird, zeigen diese Verhältnisse, dass zwar eine Umverteilung von Care-Arbeit stattfindet, diese jedoch nicht zwischen den Geschlechtern verteilt wird, sondern zwischen unterschiedlichen Ethnien und unterschiedlichen Klassen. Dadurch entsteht eine internationale Arbeitsteilung. Die Auslagerung von Care-Arbeit an Frauen aus der Peripherie führt zwar dazu, dass sich Frauen im Zentrum vermehrt der Erwerbsarbeit widmen können, aber nicht zu einer geschlechtlichen Arbeitsteilung. In diesem Fall wird der von Hartmann beschriebene „Bourgeoisie“-Feminismus deutlich.

Weiters wird aufgrund der aktuellen Corona-Krise die Diskriminierung deutlich, denen die migrantischen 24-Stunden-Betreuer*innen ausgeliefert sind. So wurde einerseits mit

Hochdruck daran gearbeitet, dass diese trotz Lockdowns und Reisebeschränkungen zur Aufrechterhaltung der 24-Stunden-Betreuung nach Österreich kommen, trotzdem wurde ihnen die Zeit, die sie in Quarantäne verbringen mussten, nicht bezahlt, einigen wurde der von Österreich organisierte Sonderflug in Rechnung gestellt. Zudem bietet der Zugang zum Corona-Härtefallfonds, auf den sie grundsätzlich Anspruch hätten, viele Hürden. Beispielsweise ist das Antragsformular nur auf Deutsch erhältlich, zudem ist ein österreichisches Bankkonto eine Voraussetzung, die viele nicht erfüllen. Die Diskriminierung ist auch am Beispiel des Corona-Kinderbonus sichtbar, der grundsätzlich 360 Euro pro Kind beträgt, für in Rumänien lebende Kinder aufgrund einer Indexierung jedoch auf 177 Euro reduziert wurde.

Weiters fällt die 24-Stunden-Betreuung offiziell nicht in die Kategorie „systemrelevanter“ Berufe, da es sich nicht um einen Pflegeberuf, sondern um Betreuung handelt. Es kann jedoch angenommen werden, dass sich pflegerische Tätigkeiten in der Praxis mit betreuenden Tätigkeiten vermischen. Trotzdem standen den Betreuer*innen dadurch keine PCR-Tests zur Verfügung, wodurch eine Quarantäne, sowohl in Österreich als auch in Rumänien, vorgeschrieben war.

Der temporäre Charakter der Arbeitsmigration (das typischerweise zwei- bis vierwöchige Pendeln zwischen Österreich und Rumänien) trägt zudem dazu bei, dass es schwierig ist, sich zu organisieren, beispielsweise durch Gewerkschaften. Die Krise und wahrscheinlich die dadurch entstandene mediale Aufmerksamkeit für dieses Thema tragen jedoch dazu bei, dass Migrant*innen bereits besser über ihre Rechte informiert sind. Zudem formulieren verschiedene Organisationen und Netzwerke derzeit Forderungen für verbesserte Arbeitsbedingungen und Bezahlung in Care-Arbeiten generell, sowie in der 24-Stunden-Betreuung speziell.

Beantwortung der Forschungsfragen

Letztendlich wird abschließend auf die zu Beginn aufgeworfenen Forschungsfragen eingegangen:

Die erste Frage lautet:

„Inwiefern spiegeln Care-Beziehungen innerhalb der 24-Stunden-Betreuung das Zentrum-Peripherie-Schema in Europa wider?“

Bei den Verhältnissen der 24-Stunden-Betreuung handelt es sich um eine ausbeuterische Dependenzbeziehung. Die 24-Stunden-Betreuung kann als Ausdruck von Zentrum-Peripherie-Beziehungen gesehen werden, da sie auf der bereits bestehenden Ungleichheit zwischen Zentrum und Peripherie aufbaut, die historisch gewachsen ist. Gleichzeitig trägt sie durch die Ausbeutung zur Aufrechterhaltung der Ungleichheit innerhalb der EU bei.

Die 24-Stunden-Betreuung stellt zwar nur einen Teil der gesamten Care-Ökonomie dar und Österreich und Rumänien wurden als jeweilige Beispiele für Zentrum und Peripherie gewählt, trotzdem lässt sich aufgrund der Arbeit feststellen, dass die Hypothese

„In Europa zeichnet sich innerhalb der Care-Ökonomie ein Muster ab, das dem Zentrum-Peripherie-Schema des Europäischen Dependenzparadigmas entspricht.“

bestätigt werden kann.

Weiters wurde folgende Frage aufgeworfen:

„Inwiefern stellt die transnationale Pflege- und Betreuungsarbeit in Europa eine Güterkette im Sinne der Weltsystemtheorie dar (in der Arbeit eine Ware der Güterkette ist)?“

Die Care Chain, die auf dem Güterketten-Ansatz aufbaut, stellt eine Servicekette dar, bei der Migrant*innen aus der Peripherie ins Zentrum kommen, um dort zu arbeiten und die dadurch entstandenen Versorgungslücken wiederum von ärmeren Migrant*innen gefüllt werden. Typischerweise ist diese Arbeitsmigration zeitlich beschränkt, beziehungsweise wird sie im Falle der 24-Stunden-Betreuung als regelmäßiges Hin- und Herpendeln zwischen den Ländern als Pendelmigration bezeichnet. In Analysen bezüglich der Care Chain fließen sowohl bezahlte, als auch unbezahlte Arbeiten ein. Sie verdeutlichen das Wohlstandsgefälle und die Probleme, die mit der Kommodifizierung von Care-Arbeit einhergehen (wie das Entstehen von Versorgungslücken in den Herkunftsländern der Care-Arbeiter*innen, sowie den Care Drain).

Die transnationale 24-Stunden-Betreuung ist ein Beispiel dafür, dass für Pflege- und Betreuungsarbeiten migrantische Betreuer*innen von der Peripherie ins Zentrum exportiert werden, um dort im Niedriglohnsegment zu arbeiten. Die Arbeitskraft stellt in diesem Fall die Ware innerhalb der Care Chain dar.

Die Hypothese

„Transnationale Pflegearbeit in Europa kann in einem Konzept gefasst werden, das sich am Güterketten-Ansatz der Weltsystemtheorie orientiert.“

kann somit ebenfalls bestätigt werden, auch wenn die Care Chain eine Modifizierung und Erweiterung des klassischen Güterketten-Ansatzes darstellt. Trotzdem wurden in der vorliegenden Forschungsarbeit Kriterien identifiziert, die für einen weltsystemtheoretisch geleiteten Forschungsansatz über Güterketten von Bedeutung sind und überprüft, inwiefern diese mit dem Ansatz der Care Chain im Einklang stehen. Somit konnte festgestellt werden, dass die Care Chain im Sinne der Weltsystemtheorie als Güterkette aufgefasst werden kann, in der die Arbeitskraft der 24-Stunden-Betreuer*innen eine Ware darstellt, die von der Peripherie ins Zentrum exportiert wird.

Als untergeordnete Forschungsfrage wurde zudem die Frage

„Welche Auswirkungen hat die Corona-Krise auf die Zentrum-Peripherie-Beziehung hinsichtlich der 24-Stunden-Betreuung?“

aufgeworfen. Es hat sich gezeigt, dass sich die Corona-Krise gesamtwirtschaftlich sowohl auf Länder des Zentrums als auch auf Länder der Peripherie negativ auswirkt. Hinsichtlich der Beziehungen innerhalb der 24-Stunden-Betreuung lässt sich feststellen, dass die Diskriminierung und Ausbeutung rumänischer Betreuer*innen durch die Krisenreaktionen offensichtlich wurden. Somit ging einerseits eine Verschlechterung der Situation für die Betreuer*innen mit der Krise einher. Gleichzeitig bietet die Krise aufgrund der medialen Aufmerksamkeit die Chance, die Verhältnisse jetzt zu ändern. Organisationen und Netzwerke nutzen die Situation, um für verbesserte Arbeitsbedingungen und Bezahlung in der Care-Arbeit generell, sowie in der 24-Stunden-Betreuung speziell, zu kämpfen.

6 Ausblick

Autor*innen des Dependenzparadigmas zielen unter anderem auf die Formulierung von Alternativen zum kapitalistischen Paradigma ab. Die vorliegende Arbeit kann insofern dazu beitragen, als dass die Bedeutung und die Notwendigkeit von Veränderungen innerhalb der kommodifizierten Care-Arbeit, zumindest innerhalb der 24-Stunden-Betreuung, deutlich werden.

Zudem wurde festgestellt, dass eine Art „Entwicklung von unten“, wie sie im Dependenzparadigma gefordert wird, am Verein DREPT erkannt werden kann. Diese Vernetzung von rumänischen 24-Stunden-Betreuer*innen ist eine Antwort auf die fehlende Interessensvertretung dieser Gruppe. Die Corona-Krise hat zum Erstarken dieser Gruppe beigetragen. Inwiefern sich langfristige Änderungen bezüglich verbesserter Arbeitsbedingungen und Bezahlung sowie bezüglich Diskriminierung von migrantischen 24-Stunden-Betreuer*innen am österreichischen Arbeitsmarkt umsetzen lassen, ist jedoch derzeit noch offen.

Auch gesamtgesellschaftlich werden kritische Stimmen gegenüber dem globalen Kapitalismus lauter, da Abhängigkeitsverhältnisse in vielen wirtschaftlichen Bereichen deutlich wurden. Die ungleiche Verteilung von Wohlstand wird in diesem Zusammenhang ebenfalls kritisiert und Initiativen für einen „Corona-Lastenausgleich der Reichsten“ (vgl. Attac) gestartet. Trotzdem ist es unwahrscheinlich, dass trotz der Kritik und der Aufmerksamkeit für dieses Thema tatsächlich eine alternative Entwicklung im großen Stil stattfindet – auch wenn das in einzelnen Bereichen passiert.

Anknüpfend an diese Arbeit könnten daher zumindest Forschungen über Alternativen zur kapitalistischen Organisation der Care-Arbeit und die damit einhergehende Aufrechterhaltung von Ungleichheit zwischen Zentrum und Peripherie angestellt werden.

7 Quellenverzeichnis

Literatur

- Appelt, Erna (2014): Sorgearbeit und soziale Ungleichheit im Wohlfahrtsstaat. In: Aulenbacher, Brigitte; Dammayr, Maria (Hrsg.): Für sich und andere sorgen. Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft. Weinheim und Basel: Beltz Juventa. S. 103-115.
- Aulenbacher, Brigitte; Dammayr, Maria (2014): Krisen des Sorgens. Zur herrschaftsförmigen und widerständigen Rationalisierung und Neuverteilung von Sorgearbeit. In: Aulenbacher, Brigitte; Dammayr, Maria (Hrsg.): Für sich und andere sorgen. Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft. Weinheim und Basel: Beltz Juventa. S. 65-76.
- Baas, Britta (2020): Corona: Wenn Superwoman die Kraft ausgeht. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 6/2020. 65. Jahrgang. S. 45-48.
- Bachinger, Almut (2014): 24-Stunden-Betreuung – ganz legal? Intersektionale Regime und die Nutzung migrantischer Arbeitskraft. In: Aulenbacher, Brigitte; Dammayr, Maria (Hrsg.): Für sich und andere sorgen. Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft. Weinheim und Basel: Beltz Juventa. S. 127-137.
- Bair, Jennifer (2014): Editor's Introduction: Commodity Chains in and of the World-System. In: Journal of World-Systems Research. 20(1). pp. 1-10.
- Bauer, Gudrun; Haidinger, Bettina; Österle, August (2014): Three Domains of Migrant Domestic Care Work: The Interplay of Care, Employment and Migration Policies in Austria. In: Anderson, Bridget; Shutes, Isabel (ed.): Migrations and Care Labour. Theory, Policy and Politics. Basingstoke: Palgrave Macmillan. pp. 67-86.
- Bhattacharya, Tithi (2017): Introduction: Mapping Social Reproduction Theory. In: Bhattacharya, Tithi (ed.): Social Reproduction Theory. Remapping Class, Recentring Oppression. London: Pluto Press. pp. 1-20.
- Birke, Peter (2020): „Das Virus unterscheidet nicht, aber die gesellschaftlichen Verhältnisse“ – Migrantische Beschäftigung in der COVID-Krise. In: COVID-Kaleidoskop I. Wie die Krise die Ungleichheit verschärft. Wien: BEIGEWUM. S. 20-23.
- BMSGPK – Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (2020): Österreichischer Pflegevorsorgebericht 2019. Wien.
- Bomert, Christiane (2020): Transnationale Care-Arbeiterinnen in der 24-Stunden-Betreuung: Zwischen öffentlicher (Un-)Sichtbarkeit und institutioneller (De-)Adressierung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Brown, Rachel H. (2016): Re-examining the Transnational Nanny. In: International Feminist Journal of Politics. Volume 18. Issue 2. pp. 210-229.
- Clapp, Alexander (2017): Romania Redivivus. In: New Left Review 108. Nov/Dec 2017. pp. 5-41.
- Coffey, Amanda (2013): Analysing Documents. In: Flick, Uwe (ed.): The SAGE Handbook of Qualitative Data Analysis. London: SAGE Publications. pp. 367-379.
- Collins, Jane (2013): A Feminist Approach to Overcoming the Closed Boxes of the Commodity Chain. In: Dunaway, Wilma A. (ed.): Gendered Commodity Chains: Seeing Women's Work and Households in Global Production. Stanford, California: Stanford University Press. pp. 27-37.
- Delgado Wise, Raúl; Marquez Covarrubias, Humberto (2011): The Dialectic between Uneven Development and Forced Migration: Toward a Political Economy Framework. In: Faist, Thomas; Fauser, Margit; Kivisto, Peter (ed.): The Migration-Development Nexus. A Transnational Perspective. Basingstoke: Palgrave Macmillan. pp. 57-82.
- Dunaway, Wilma A. (2014): Bringing Commodity Chain Analysis back to its World-Systems Roots: Rediscovering Women's Work and Households. In: American Sociological Association. Volume 20. Number 1. pp. 64-81.
- Eurofound (2020): COVID-19: Policy Responses across Europe. Luxembourg: Publications Office of the European Union.
- European Commission (2021): European Economic Forecast. Winter 2021 (Interim). Institutional Paper 144. February 2021.

Famira-Mühlberger, Ulrike (2017): Die Bedeutung der 24-Stunden-Betreuung für die Altenbetreuung in Österreich. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

Ferguson, Susan; McNally, David (2013): Capital, Labour-Power, and Gender-Relations: Introduction to the Historical Materialism Edition of Marxism and the Oppression of Women. In: Vogel, Lise (ed.) [1983]: Marxism and the Oppression of Women. Toward a Unitary Theory. Leiden: Brill. pp. xvii-xl.

Fischer, Karin; Reiner, Christian; Staritz, Cornelia (2009): Einleitung. Globale Güterketten, weltweite Arbeitsteilung und ungleiche Entwicklung. In: Fischer, Karin; Reiner, Christian; Staritz, Cornelia (Hrsg.): Globale Güterketten. Weltweite Arbeitsteilung und ungleiche Entwicklung. Wien: Promedia, Südwind. S. 7-23.

Fischer, Laura; Konzett, Eva (2020): Sonderzug und Quarantäne. In: Falter 21/20. S. 12-14.

Frank, Andre Gunder (2016 [1966]): Die Entwicklung der Unterentwicklung. In: Schmidt, Lukas; Schröder, Sabine (Hrsg.): Entwicklungstheorien. Klassiker, Kritik und Alternativen. Wien: Mandelbaum Verlag. S. 170-185.

Grübler, Julia (2020): Auf gute Nachbarschaft! Österreichs Wirtschaftsbeziehungen mit Osteuropa seit der Ostöffnung 1989. In: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen. Heft 3/2020. S. 47-57.

Gurková, E; Soósová, M. S.; Haroková, S.; Žiaková, K; Šerfelová, R.; Zamboriová, M. (2013): Jobsatisfaction and Leaving Intentions of Slovak and Czech Nurses. In: International Nursing Review 60. pp. 112-121.

Gutperl, Bettina; Wolter, Kerstin (2019): Geschlechterverhältnisse im Kapitalismus der Bundesrepublik heute. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Nr. 120. Dezember 2019. S. 27-42.

Haidinger, Bettina (2013): Hausfrau für zwei Länder sein. Zur Reproduktion des transnationalen Haushalts. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Haidinger, Bettina (2020): Atypische Beschäftigung im Ausnahmezustand. In: COVID-Kaleidoskop I. Wie die Krise die Ungleichheit verschärft. Wien: BEIGEWUM. S. 17-19.

Hartmann, Heidi (1981): The unhappy Marriage of Marxism and Feminism: Towards a more progressive Union. In: Sargent, Lydia (ed.): Women & Revolution. A Discussion of the unhappy Marriage of Marxism and Feminism. Montréal: Black Rose Books. pp. 1-42.

Heinrich, Michael (2005): Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung. Stuttgart: Schmetterling Verlag.

Hockenos, Paul (2020): Vom Geheimdienst zur Polit-Mafia: Rumänien und der lange Schatten der Securitate. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 6/2020. 65. Jahrgang. S. 103-114.

Komlosy, Andrea (2012): Arbeit und Werttransfer im Kapitalismus. Vielfalt der Erscheinungsformen und Operationalisierung. In: Sozial.Geschichte Online: Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts. Heft Nr. 9/2012. S. 36-62.

Komlosy, Andrea; Hofbauer, Hannes (2020): „Zurück nach Europa“. Zur Westintegration ehemaliger RGW-Staaten. In: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen. Heft. 3/2020. S. 17-25.

Krasny, Elke (2020): In-Sorge-Bleiben. Care-Feminismus für einen infizierten Planeten. In: Volkmer, Michael; Werner, Karin (Hrsg.): Die Corona-Gesellschaft. Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft. Bielefeld: transcript Verlag. S. 405-414.

Kügler, Agnes; Sardadvar, Karin (2015): Pflege und Betreuung: Arbeit, Werte, Erfahrungen. Ausschnitte des österreichischen Sorgesystems. Wien: AK Wien.

Lanz, Anni (2009): Frauenmigration – Bedeutung für die Pflege und Betreuung in der Schweiz. In: Olympe. Feministische Arbeitshefte zur Politik. Heft 30. S. 115-119.

Löw, Neva (2019): Österreichische Gewerkschaften im Sommer der Migration. In: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen. Heft 3/2019. S. 52-60.

Lutz, Helma; Palenga-Möllnbeck, Ewa (2011): Das Care-Chain-Konzept auf dem Prüfstand: eine Fallstudie der transnationalen Care-Arrangements polnischer und ukrainischer Migrantinnen. In: GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft, 3(1). S. 9-27.

Mairhuber, Ingrid (2014): Vereinbarkeitsprobleme mit Zukunft? Erwerbsarbeit, Kinderbetreuung und Angehörigenpflege in Österreich. In: Aulenbacher, Brigitte; Dammayr, Maria (Hrsg.): Für sich und andere sorgen. Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft. Weinheim und Basel: Beltz Juventa. S. 183-193.

- Nadasen, Premilla (2017): Rethinking Care: Arlie Hochschild and the Global Care Chain. In: *Women's Studies Quarterly*. 45. New York: Feminist Press at the City University of New York. pp. 124-128.
- Neuhauser, Johanna (2019): Die Funktion migrantischer Arbeit: Zur Aktualität klassischer Segmentationstheorien. In: *Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen*. Heft 3/2019. S. 13-22.
- Österle, August (2014): Care-Arrangements zwischen privater und öffentlicher Verantwortung. Ein europäischer Vergleich. In: Aulenbacher, Brigitte; Dammayr, Maria (Hrsg.): *Für sich und andere sorgen. Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft*. Weinheim und Basel: Beltz Juventa. S. 92-102.
- Paine, Suzanne (1974): *Exporting Workers: The Turkish Case*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Palenga-Möllnbeck, Ewa (2014): Globale Versorgungsketten: Geschlecht, Migration und Care-Arbeit. In: Aulenbacher, Brigitte; Dammayr, Maria (Hrsg.): *Für sich und andere sorgen. Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft*. Weinheim und Basel: Beltz Juventa. S. 138-148.
- Pries, Ludger (2010): *Transnationalisierung. Theorie und Empirie grenzüberschreitender Vergesellschaftung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Reiner, Christian; Gassler, Helmut; Sardadvar, Sascha (2015): Österreichische Regionalentwicklung zwischen neuer Dynamik und alter Stabilität. In: Beigewurm (Hrsg.): *Politische Ökonomie Österreichs. Kontinuitäten und Veränderungen seit dem EU-Beitritt*. Wien: Mandelbaum Verlag. S. 156-173.
- Reinprecht, Christoph (2019): Innereuropäische Migration: Zwischen Personenfreizügigkeit und arbeitsmarktbedingter Mobilität. In: *Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen*. Heft 3/2019. S. 32-41.
- Rosenberger, Michael (2014): Der Sorge eine Zukunft geben. Ethik und Gerechtigkeit von Care in Krisenzeiten. In: Aulenbacher, Brigitte; Dammayr, Maria (Hrsg.): *Für sich und andere sorgen. Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft*. Weinheim und Basel: Beltz Juventa. S. 77-89.
- Scheyerer, Nicole (2020): Der Aufstand der Unsichtbaren. In: *Falter* 19/20. S. 28-29.
- Schmidt, Andrea; Leichsenring, Kai (2016): 24-h-Service. Der österreichische Weg der 24-Stunden-Betreuung und seine Wirkung auf Qualität und Qualitätssicherung. In: *Soziale Sicherheit* 1/2016. S. 15-21.
- Schmidt, Lukas (2016): Einleitung: Politische Ökonomie. In: Schmidt, Lukas; Schröder, Sabine (Hrsg.): *Entwicklungstheorien. Klassiker, Kritik und Alternativen*. Wien: Mandelbaum Verlag. S. 130-149.
- Schönherr, Daniel; Zandonella Martina (2020): Arbeitsbedingungen und Berufsprestige von Beschäftigten in systemrelevanten Berufen in Österreich. Sonderauswertung der Österreichischen Arbeitsklima Index. April 2020. Wien: SORA – Institute for Social Research and Consulting.
- Schwenken, Helen; Neuhauser, Johanna (2019): Arbeitsmigration: Zwischen Bedarf und Barriere. In: Weis, Florian; Bussemer, Johanna; Jakob, Christian; Wenke, Christoph; Kron, Stefanie; Riethmüller, Dorit; Albrecht, Franziska (Hrsg.): *Atlas der Migration. Daten und Fakten über Menschen in Bewegung*. Paderborn: Bonifatius GmbH Druck-Buch-Verlag. S. 20-21.
- Seers, Dudley (1979a): The Periphery of Europe. In: Seers, Dudley; Schaffer, Bernard; Kiljunen, Marja-Lisa (ed.): *Underdeveloped Europe: Studies in Core-Periphery Relations*. Sussex: Harvester Press. pp. 3-34.
- Seers, Dudley (1979b): Patterns of Dependence. In: Villamil, Jose (ed.): *Transnational Capitalism and National Development*. Sussex: Harvester Press. pp. 95-112.
- Sekulová, Martina (2012): It Is Not a Choice, It Is the Must. Family and Gender Implications of Elder Care Migration from Slovakia to Austria. Bratislava: Institute for Public Affairs.
- Smith, John (2012): The GDP Illusion. Value Added versus Value Capture. In: *Monthly Review*. 2012, Volume 64, Issue 03 (July-August). pp. 86-102.
- Soja, Edward (1980): The Socio-Spatial Dialectic. In: *Annals of the Association of American Geographers* 70, 2. pp. 207-225.
- Steg, Joris (2020): Normale Anomalie. Die Coronakrise als Zäsur und Chance. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. Heft 6/2020. 65. Jahrgang. S. 71-79.

Theurl, Simon (2020): Die ungleichen Auswirkungen der COVID-Krise auf den Arbeitsmarkt. In: COVID-Kaleidoskop I. Wie die Krise die Ungleichheit verschärft. Wien: BEIGEWUM. S. 11-14.

Weber, Jenny (2020): Pflege: Der alltägliche Ausnahmezustand. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 6/2020. 65. Jahrgang. S. 13-16.

Weissenbacher, Rudy (2018a): Die Krise als Normalität: Kapitalismus, Regionen und ungleiche Entwicklung. In: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen. Heft 2/2018. S. 53-62.

Weissenbacher, Rudy (2018b): Peripheral Integration and Disintegration in Europe: the 'European Dependency School' revisited. In: Journal of contemporary European Studies. Vol. 26, 1. pp. 81-98.

Weissenbacher, Rudy (2019): The Core-Periphery Divide in the European Union. A Dependency Perspective. Cham: Springer International Publishing AG.

Williams, Fiona (2014): Making Connections across the Transnational Political Economy of Care. In: Anderson, Bridget; Shutes, Isabel (ed.): Migrations and Care Labour. Theory, Policy and Politics. Basingstoke: Palgrave Macmillan. pp. 11-30.

Willig, Carla (2013): Interpretation and Analysis. In: Flick, Uwe (ed.): The SAGE Handbook of Qualitative Data Analysis. London: SAGE Publications. pp. 136-149.

Wright, Erik O. (2018): Ausbeutung als soziologisches Konzept. In: Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Z-Nr. 113, März 2018. S. 39-52.

Onlinequellen

APA – Austria Presse Agentur (2020): 24-Stunden-Betreuung: Land NÖ und WKNÖ organisieren Sonderflüge, um Betreuerinnen ins Land zu bringen. 28.03.2020.
https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200328_OTSO005/24-stunden-betreuung-land-noe-und-wknoe-organisieren-sonderfluege-um-betreuerinnen-ins-land-zu-bringen
[12.05.2021]

Attac: Corona-Lastenausgleich.
<https://www.attac.at/kampagnen/die-corona-krise-solidarisch-bewaeltigen/corona-krise-jetzt-beitrag-der-reichsten-fordern>
[02.06.2021]

BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2020): Migrationsbericht 2019.
https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Migrationsberichte/MB-2019/migrationsbericht-2019-kap1.pdf;jsessionid=E6A3B0DFFC3C8A58491173163EF21939.internet532?__blob=publicationFile&v=3
[01.02.2021]

Bernau, Patrick (2018): Ohne Polen und Rumänien hätten wir ein Problem. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. 07.10.2018.
https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/neue-arbeitsplaetze-ohne-polen-und-rumaenen-haetten-wir-ein-problem-15824572.html?printPageArticle=true#pageIndex_2
[12.06.2021]

BMZ – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.
https://www.bmz.de/de/laender_regionen/infolinksLaender/Wirtschaft/Bruttonationaleinkommen_pro_Kopf_pro_Jahr_in_US-Dollar.html
[26.01.2021]

Eurofound (2021): Living, Working and COVID-19 data.
<https://www.eurofound.europa.eu/data/covid-19>
[11.05.2021]

European Commission (2020): Employment, Social Affairs & Inclusion.
[09.06.2021]

- Österreich
<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1101&langId=de&intPageId=4407>
- Rumänien
<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1126&langId=de&intPageId=4754>

- Deutschland
<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1111&langId=de&intPageId=4554>

Eurostat (2020): Remittances 2019.

https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Personal_remittances_statistics#Croatia_and_Latvia_are_most_dependent_from_international_remittances_in_the_EU
[27.04.2021]

Eurostat (2021):

- Unemployment by sex and age – annual data.
https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/une_rt_a/default/table?lang=en
[11.05.2021]
- Tourism
 - Employed persons by age groups and NACE Rev. 2 activity
<https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/submitViewTableAction.do>
[11.10.2021]
 - Over 13 million people employed in tourism in EU
<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/-/edn-20190306-1>
[11.10.2021]

Famira-Mühlberger, Ulrike (2020): Altenpflege in der Corona-Krise. Eine erste Analyse der stellvertretenden WIFO-Leiterin Ulrike Famira-Mühlberger. 24.03.2021.

<https://wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/main.jart?rel=de&content-id=1487278189573&j-cc-node=news&j-cc-id=1585026016905>
[16.04.2021]

Femme Fiscale: Mehr für Care! Das feministische Konjunkturpaket.

https://zwanzigtausendfrauen.at/wp-content/uploads/2021/01/Mehr_fuer_Care_Broschuere_final.pdf
[14.05.2021]

Friedrich- Ebert-Stiftung (2019): Rumänien. Gewerkschaftsmonitor. FES Briefing. April 2019.

<https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=39342&token=c74f2d2985cd79d439f6b0ec3a423d1d0e5c8948>
[12.06.2021]

German Foreign Policy (2020): Brain Gain. Deutschland ist einer der Hauptprofiteure vom Brain Drain aus ärmeren Ländern. Diese verlieren dadurch teuer ausgebildete Fachkräfte. 31.07.2020.

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8351/>
[16.03.2021]

Havlicek, Teresa (2017): 24-Stunden-Pflege: von Lohndumping und Ausbeutung. In: Mosaik Blog. 07.09.2017.

<https://mosaik-blog.at/24-stunden-pflege-lohndumping-ausbeutung/>
[18.03.2021]

Kunsthalle Wien (2020): Die Verfügbarkeit des Ostens. Ein Gespräch mit Sónia Melo und Flavia Matei, geführt von Ana Hoffner.

<https://kunsthallewien.at/die-verfuegbarkeit-des-ostens/>
[21.04.2021]

Matei, Flavia (2020): Wie sich 24-Stunden-Betreuer*innen in der Corona-Krise organisieren. In: Mosaik-Blog. 08.04.2020.

<https://mosaik-blog.at/wie-sich-24-stunden-betreuerinnen-in-der-corona-krise-organisieren/>
[20.09.2020]

Motakef, Mona; Teschlade, Julia; Wimbauer Christine (2014): Was ist normal? Was ist prekär? Überlegungen zur Ambivalenz eines zeitdiagnostischen Konzepts. In: SozBlog. Blog der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS). 12.04.2014

<https://blog.sozioologie.de/2014/07/was-ist-normal-was-ist-prekaer-ueberlegungen-zur-ambivalenz-eines-zeitdiagnostischen-konzepts/>
[24.5.2021]

ORF – Österreichischer Rundfunk (2020): Rumänien verschärft Einreisebestimmungen für Österreich. 06.10.2020.

<https://orf.at/stories/3184075/?fbclid=IwAR3DG9EroUGAyiSI4eYoVf62QDeVBzpaWal3OE7Tueve5YBPq5iL8iOY7qMQ>
[10.03.2021]

Stange, Jennifer; Scholz, Nina (2020): Arbeitsbedingungen in der Coronakrise. Wenn der Job zur Gefahr wird. 12.05.2020.
https://www.deutschlandfunk.de/arbeitsbedingungen-in-der-coronakrise-wenn-der-job-zur-724.de.html?dram%3Aarticle_id=476541&fbclid=IwAR%E2%80%A6
[23.09.2020]

Statistik Austria (2020): Wanderungsstatistik 2019 (nach Staatsbürgerschaft).
https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/wanderungen/wanderungen_mit_dem_ausland_aussenwanderungen/index.html
[01.02.2021]

UNDP – United Nations Development Programme (2020): Human Development Reports.
<http://hdr.undp.org/en/content/download-data>
[31.05.2021]

WKO – Wirtschaftskammer Österreich (2020): Fläche und Bevölkerung in Europa.
http://wko.at/statistik/eu/europa-bevoelkerung.pdf?_ga=2.135590769.1394489544.1582748851-491729669.1560278274
[02.02.2021]

WKO – Wirtschaftskammer Österreich (2020): Mitgliederstatistik:

- Personenberatung und Personenbetreuung: Branchendaten.
http://wko.at/statistik/BranchenFV/B_127.pdf
[12.04.2021]
- Selbstständige Personenbetreuer*innen (0200). Anzahl der Berufszweimitglieder nach Nationalität (aktiv):
https://www.daheimbetreut.at/sites/default/files/downloads/FV127_BZ0200_2020_Nation.pdf
[12.04.2021]

WKO – Wirtschaftskammer Österreich (2020): Wirtschaftsprofile

- Österreich
http://wko.at/statistik/eu/wp-oesterreich.pdf?_ga=2.232084575.1394489544.1582748851-491729669.1560278274
[28.01.2021]
- Rumänien
http://wko.at/statistik/eu/wp-rumaenien.pdf?_ga=2.21382322.840833774.1611754693-1810516718.1611754693
[28.01.2021]
- Deutschland
http://wko.at/statistik/eu/wp-deutschland.pdf?_ga=2.114262286.840833774.1611754693-1810516718.1611754693
[28.01.2021]
- EU27
http://wko.at/statistik/eu/wp-eu27.pdf?_ga=2.46040109.840833774.1611754693-1810516718.1611754693
[28.01.2021]